

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930 1919

10 (24.3.1919)

Ämtliche Berichte

über die Verhandlungen der verfassunggebenden badischen National-Versammlung.

N^o 10.

Karlsruhe, den 24. März

1919.

10. öffentliche Sitzung

am Freitag den 14. März 1919, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

1. Begründung und Beantwortung der Interpellationen

- der Abgg. Weißhaupt und Gen., die Erhaltung des nötigen Viehstandes betr., sowie der Abgg. Müller-Schopfheim und Gen., die Notlage in der Landwirtschaft betr. (Druckf. Nr. 8 und 8a),
- der Abgg. Vogel und Gen., die Lebensmittelfürsorge, hier die Fleischversorgung der Städte Mannheim und Heidelberg betr. (Druckf. Nr. 9a),
- der Abgg. Goehring und Gen., die Binderung der Fliegergeschäden betr. (Druckf. Nr. 12)

— Fortsetzung —

2. In Verbindung mit der letzteren Interpellation:

- Kurze Anfrage der Abgg. Wittemann und Gen. in Betreff der Fliegergeschäden.
- Bericht der Haushaltskommission und Beratung über die Eingabe des A. Schumann in Karlsruhe im Namen der Fliegerbeschädigten wegen Binderung der Fliegergeschäden,
Berichterstatter Abg. Habermehl.

Am Regierungstisch: Präsident der vorläufigen Volksregierung Weiskopf, Minister des Innern Dr. Haas, Minister für Ernährungswesen Trunkl, Justizminister Marum, die Geh. Oberregierungsräte Dr. Schneider und Kamm, Oberregierungsrat Fehsenmaier, Amtmann Pfisterer und Odonomierat Dr. Bauer.

Präsident Kopp eröffnet um 9¼ Uhr die Sitzung und gibt den Eingang eines Urlaubsgesuchs des Abg. Kausch bekannt. Der Urlaub wird erteilt.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Ziffer 1 derselben: Begründung und Beantwortung der Interpellationen

- der Abgg. Weißhaupt und Gen., die Erhaltung des nötigen Viehstandes betr., sowie der Abgg. Müller-Schopfheim und Gen., die Notlage in der Landwirtschaft betr.,
- der Abgg. Vogel und Gen., die Lebensmittelfürsorge, hier die Fleischversorgung der Städte Mannheim und Heidelberg betr.,

erhalten in Fortsetzung der Besprechung das Wort:

Abg. Dr. Gotthein (D. Dem. P.):

Wie oft ist in den letzten 4 Jahren die gleiche Debatte, wie wir sie gestern gehabt haben und heute fortsetzen, schon dagewesen, und schließlich immer mit dem gleichen Verlauf! Immer dieselben Klagen, nur daß sie sich im Laufe der Zeit noch verschärft haben. Immer dieselben teilweisen Beschwich-tigungen, teilweisen Versprechungen! Immer ist man den

alten Weg möglichst energischer Zwangswirtschaft gegangen. Immer haben die Minister im Reich und in den Einzelstaaten versprochen, daß man nichts an der Preisfestsetzung ändern werde, und immer ist man nachher doch, weil man es gar nicht anders konnte, den Weg gegangen und hat, den Schleichhandel als den Schrittmacher betrachtend, doch mit den Preisen in die Höhe gehen müssen! Und auch gestern haben wir ja nun wieder von allen Seiten die gleichen Klagen und von der Ministerbank auch wieder die gleichen Zusicherungen gehört.

Was die Abhilfemaßregeln anlangt, so hat der Herr Kollege Karl hier eine „Kartoffelpredigt“ gehalten und ist der Ansicht gewesen, daß mit Predigten — obgleich vielleicht die Herren Pfarrer es daran bisher auch nicht haben fehlen lassen — und mit gutem Zureden zu helfen sei. Eine derartige Predigt wird wenig gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen erreichen (Zustimmung links). Aber das, was der Herr Minister gesagt hat, ja auch das, was der Herr Kollege Kemmle gesagt hat, der ja gestern am tiefsten in den Gegenstand eingebrungen ist, läuft eigentlich auch immer wieder auf eine andere Art Predigt hinaus, nämlich immer wieder darauf: Die Menschen müssen sich auf ihr Pflichtgefühl besinnen und, wenn sie sich nicht darauf besinnen, soll ihnen das auf alle Weise eingepreßt werden. Die Sozialdemokratie ist eigentlich sonst immer der Ansicht gewesen, daß die moralischen Zustände eine Folge der wirtschaftlichen und nicht umgekehrt die wirtschaftlichen Zustände eine Folge der moralischen Verhältnisse sind. Ich glaube, sie würde, wenn sie sich auf diesem Standpunkte hielte, recht haben. Die wirtschaftlichen Zustände aber sind doch zunächst einmal so, daß hier wirklich eine Notlage vorliegt und man schließlich auch für die völlig zerrüttete Preisbildung immer in letzter Instanz auf den Konsumenten zurückgehen muß. Immer wieder wird der Bedarf schließlich für die Preisgestaltung den Ausschlag geben.

Ich bin neulich auch im Elsenzale gewesen — nicht in privaten Ernährungsfragen (Heiterkeit), sondern in politischen Angelegenheiten —, aber das, was ich da gesehen habe, hat sich mir eingepreßt. Ich habe so etwas von Anstürmen des Volkes auf die Eisenbahn mit Rucksäcken und mit großen Säcken und all demjenigen, was in der Sonntagsernte draußen im Lande eingeheimst worden war, noch nie gesehen. Wenn man sich da mit den Leuten unterhält, so geben sie einem klar zu verstehen, das sei die einzige Möglichkeit für die Heidelberger und Mannheimer der unteren Bevölkerungsschichten, sich noch Kartoffeln und etwas an Nahrungsmitteln zu verschaffen. Und so gehen selbst die Kinder, wie mir gesagt wurde, hinaus und betteln — d. h. betteln um guten Preis, den sie zahlen! — bei den Bauern um ein paar Pfund Kartoffeln, um sich auf diese Weise noch ernähren zu können. Einer der Leute sagte mir bitter: Ja, wenn ich Geheimrat wäre — er mochte mich wohl kennen —, dann würde ich noch ganz anders hamstern (Heiterkeit).

Ich konnte ihm den Trost geben, daß es uns nicht um eine Spur anders gehe, und daß hier eine Bevorzugung einzelner Klassen, wenn sie nicht unredliche Wege gehen wollen, eben wirklich nicht vorhanden ist.

Der Herr Minister hat ja gestern uns Heidelberger einen papierernen Trost gegeben. Die von ihm genannten Ziffern, nach denen wir mit 89 Prozent — nach unserer eigenen, sehr exakten Rechnung waren es nur 83 Prozent — beliefert worden seien, helfen uns in Heidelberg auch nicht darüber hin-

weg, daß wir tatsächlich nicht einmal regelmäßig die reduzierten 2 Pfund Kartoffeln bekommen haben, welche wir bekommen sollten. Die Sache erklärt sich übrigens ganz einfach: Diejenigen, welche sich gleich zu Anfang eingedeckt haben, haben heute ihre 83 Prozent und mehr, sie haben zum Teil sogar ihre volle Deckung erhalten; aber der Nachschub hat eben immer gefehlt. Selbstverständlich mache ich dafür nicht die Regierung verantwortlich, auch sie steht einer Notlage gegenüber; Tatsache aber ist, daß alle diejenigen, die sich nicht eingedeckt haben, sondern — und das ist der größere Teil der unteren Bevölkerung — auf die wöchentliche Belieferung seitens der Kommune angewiesen sind, eben nichts bekommen. Auch die Kommune ist nicht schuld; denn diese hatte nicht die Lagerräume, um in derjenigen Zeit, in der sie viel hätte bekommen können, alles einzulagern zu können; auch sie ist auf den regelmäßigen Nachschub angewiesen — und dieser blieb aus: die Folge davon war der Hunger und die weitere Folge davon der Schleichhandel.

Was nun die Fleischversorgung anlangt, so rühren die Zustände hier eben doch zum Teil auch von einer Notlage her. Beim Mangel anderer Nahrungsmittel suchen sich die Leute eben, so wie es was es wolle, von Fleisch zu ernähren. Gestern haben wir uns nun Alle sehr energisch gegen die Art und Weise ausgesprochen, wie das Publikum und wie die Wirte — die hier eben doch nichts anderes als die Beauftragten des Publikums oder seine Geschäftsführer sind — mit Hilfe von Schwarzschlachtungen sich Fleisch verschaffen. Aber schlagen wir doch einmal an unsere eigene Brust als Konsumenten: Auch diejenigen, die — ich rechne mich selbst auch dazu — niemals die geringste Beziehung zu einem Schleichhändler gehabt, die nie etwas von einem solchen eingekauft haben: wenn wir einmal ein gut Stück Fleisch haben essen können, ohne daß uns die Marke dafür abgefordert worden ist, dann haben wir's Alle getan. In diesem Falle sind wir wirklich allzumal Sünder (Sehr richtig!). Alle diese Dinge liegen doch auf der Oberfläche; wir aber müssen doch tatsächlich den Verhältnissen auf den Grund gehen. Da haben wir nun gestern noch einige Gründe gehört; wir haben vernommen, daß an den Kartoffeln dasjenige, was uns aus Norddeutschland zugesagt worden ist, nicht geliefert worden ist, vielleicht nicht hat geliefert werden können. Aber so steht's eben jetzt überall. Das sog. Hamstern, das Zurückhalten der Vorräte, ist eben eine ganz allgemeine Folge der Knappheit. Wir sind eben mit beiden Füßen wiederum in die Naturalwirtschaft hereingeraten und kommen nicht wieder aus ihr heraus. Der Selbstversorger hält zurück, der Bauer hält zurück, zum guten Teil in der Erwartung, daß er später immer noch höhere Preise bekommen werde; weiterhin hält der einzelne Konsument zurück, er „hamstert“, um Vorräte für späterhin zu haben; es hält zurück der Kommunalverband, und gerade gestern haben wir auch wieder vom Herrn Minister gehört, daß als ein Rettungsmittel gegen den nicht erlaubten, gegen den zu falschen Zwecken geübten Handel mit Zuchtvieh und Zugvieh eine weitere Erschwerung desselben, also ein weiteres Zurückhalten seitens der Kommunalverbände, eintreten soll. Dann halten auch die Einzelstaaten wieder gegeneinander zurück; der Herr Kollege Vogelmann hat ja angeführt, daß er ein Lied davon zu singen weiß. Kurzum, das Zurückhalten vom Markt, oder, wie man jetzt wohl sagen muß, das Zurückhalten von der Belieferung, ist eigentlich der Krebsbissen geworden. Deutschland ist während der Kriegszeit in so und so viele Tausende in sich abgeschlossener Einzelwirtschaften zerfallen, die früher im Ausgleich zueinander standen; heute aber ist auch die bloße Möglichkeit einer Preisbildung durch den normalen Handel infolge der geschilderten Art von Vorratswirtschaft von vornherein unterbunden.

Da sucht nun — und in feiner Weise sucht er ganz recht, auf seine Art bewundernswert — der Staat mit seiner Zwangs-wirtschaft zu Hilfe zu kommen. Die Herkulesarbeit, wie sie hier geleistet worden ist, werden wir voll anerkennen; ich bewundere namentlich das, was der Herr Geh. Rat Schneider in dieser Beziehung geleistet hat, auf das Allerhöchste. Aber mit all dem kommen wir dabei nicht über die Tatsache hinweg, daß eben bei dieser Herkulesarbeit, wenn jetzt der Hydra ein Kopf abgeschlagen ist, gleich wieder neun andere Köpfe nachgewachsen sind: daß wir also unablässig von einem Übel in ein anderes Übel hineinkommen.

Der Herr Minister hat vom „Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft“ gesprochen. Nun, das System ist schon jetzt so gut wie zusammengebrochen; es ist durch und durch schon so sehr durchlöchert, daß es nirgends mehr Stich hält. Durchlöchert worden ist es aber in allererster Linie durch den

Sleichhandel. Dieser Sleichhandel aber ist wieder aufgekommen, weil aller und jeder legitime Handel zerrüttet worden ist, so daß er überhaupt nicht mehr da ist. Ich weiß sehr wohl, daß die Viehhandelsverbände versagt haben. Sie waren auch zu klein; sie waren auf lokale Verhältnisse beschränkt. Die schönen Zeiten, als man auf dem Manheimer und dem Karlsruher Schlachthof gar keine badischen, sondern lauter norddeutsche Schweine sah, die Zeiten, wo man Schlachtvieh, gutes Mastvieh aus allen Teilen Deutschlands, sogar aus Ostpreußen, am wenigsten aber badisches Vieh dort erblickte, sind vorbei. Und wenn wir uns daran erinnern, dann wissen wir auch, wie die richtige Fleischversorgung ausgefallen hat, welches die richtige Preisbildung war; wir wissen aber ebenso gut, daß heute ein großer Handel, der alle Teile Deutschlands mit einander verbindet, der einen wirklichen Ausgleich schafft, der eine öffentliche und jedermann bekannte sichere Preisbildung ermöglicht, verschwunden ist, und zwar verschwunden ist unter den Bedingungen, wie wir sie alle kennen, wie ich sie eben auseinandergesetzt habe. Jetzt ist der Schleichhandel das Schmarogergewächs, er ist das schlechte Surrogat. Ihn aber auf die Weise zu beseitigen, wie die Herren das glauben, das scheint mir doch tatsächlich fast unmöglich. Aus Gründen, die auf der Hand liegen, hat der Schleichhandel im Augenblick eine ganz ungewöhnliche Ausdehnung erlangt. Ein paar dieser Gründe werden vorbeigehen, werden an Bedeutung verlieren; das plötzliche Einstellen von Pferden, durch welche soundsovielte bis dahin als Zugtiere verwendete Stüde Rindvieh frei wurden; die ungeheure Futternot, die eine starke Einschränkung des Viehbestandes notwendig gemacht hatte, geht vorbei; auf die beklagte Überhäufung von Fleisch wird binnen kürzester Zeit schon eine Minderversorgung von Fleisch folgen. Infolgedessen wird der Schleichhandel nach dieser Richtung hin nicht mehr soviel leisten und erfassen können, als es vorher der Fall war. Aber zu Ende gehen wird er bei dieser Notlage und diesen Forderungen des Publikums tatsächlich auch jetzt nicht.

Nun ist uns ja versprochen worden, er solle auf alle und jegliche Weise bekämpft werden. Mit erhobener Stimme hat der Herr Ernährungsminister fortwährend betont: „soweit“ das Gesetz und „soweit“ die Verwaltung es irgend wie vermögen, wird er auf das strengste unterdrückt werden. Das ist aber alles mit der Bedingung „soweit“ ausgesprochen; und dieses „soweit“, muß ich sagen, erfüllt mich mit schwersten Bedenken, besonders gegen das, was uns auch gestern wieder von einer immer weitergehenden Verschärfung der Forderung gesprochen worden ist. So wie jetzt die Dinge stehen, sind wir im Volksstaat genau auf den gleichen Standpunkt gekommen, auf dem man vor ungefähr 100 Jahren im absolutistischen Staat angelangt war: damals sprach man von „Spizeln“, die in alles und jegliches sich eindrängten; jetzt hat man nur für die gleiche Sache ein edleres Wort, das Wort der *Schundung*, gefunden. Die Tatsache, daß die Verwaltung die Möglichkeit geschaffen hat, wonach in jede Wirtschaft ein agent provocateur kommen und sich dort ein Vespital bestellen kann, um auf diese Weise eine Gesetzesübertretung feststellen zu können, diese Tatsache ist uns als Rettungsanker dargestellt worden. Ob man aber von Seiten des Staates einer derartigen neuen Beamtenschaft, wie dieser Fährder, moralisch Herr bleiben wird, ist mir in höchstem Maße zweifelhaft (Sehr richtig!). Es ist neulich schon gelegentlich gesagt worden, daß an der Schweizer Grenze diese Aufsichtsbeamten die Rolle des Hundes in der Fabel spielen, der aus dem Korbe mitfrüht, weil er ihn schließlich nicht mehr bewachen kann oder nicht mehr bewachen will. Gerade ein derartiges ungefundenes Denunziantensystem wird noch weiter die Moral des Volkes zerrütten, und im günstigsten Falle wird doch immer wieder nur das erreicht, daß in einer Art orientalischer Kadjustiz ein einzelner Schuldiger herausgenommen, beim Kopfe gefaßt und bestraft wird — weil man hofft, daß das als abschreckendes Beispiel wirken werde. Ich glaube, daß das alles in allem sehr geringen Erfolg haben wird.

Was nun aber die Wiederherstellung eines freien Handels anlangt, so weiß ich sehr wohl: Solange wir unter der absoluten Zwangsgewalt stehen, solange wir nur beschränkte Mengen haben und durch das allgemeine Zurückhalten und allgemeine Hamstern immer noch beschränktere Mengen haben, als wir haben könnten, ist ein freier Handel ganz und gar unmöglich. Das gebe ich ohne weiteres zu. Jetzt kommt nun aber doch die Zeit, sie wird jetzt kommen, in der wir Beziehungen zum Auslande haben werden. Dann wird die große Frage sein, die uns über die unmittelbar von heute auf morgen gehenden Sorgen nicht etwa hinweghelfen, sie aber zurückdrängen wird: Wie soll es dann gehalten werden? Abbauen,

heißt es dann, abbauen, wenn wir in die freien Beziehungen zum Auslande kommen. Ja, die Zwangswirtschaft wird sich vielleicht abbauen lassen. Aber die Preise, wie die Herren namentlich von der Linken anzunehmen scheinen — da wollen wir uns nicht von vornherein verblenden — werden sich nicht abbauen lassen, sondern sie werden im Gegenteil im Anfang gründlich in die Höhe gehen; denn sie brauchen sich bloß die Preise im Ausland anzusehen, und sie brauchen sich nachher nur unsere elende Valuta vor Augen zu halten, um sofort zu sehen, daß die Preise, mit denen wir dann rechnen müssen, noch ganz anders steigen werden, als es augenblicklich der Fall ist.

Demgegenüber steht nachher die furchtbare Notlage unseres Volkes; denn in derselben Zeit können wir, eben weil wir mit dem Weltmarkt, und zwar exportierend, was das dringendste aller Erfordernisse ist, in Verbindung stehen, nicht mehr mit den Arbeitslöhnen in die Höhe gehen. Da kommen wir in die furchtbare Lage: es muß gearbeitet werden, damit wir ins Ausland überhaupt etwas absetzen können, zu verhältnismäßig niedrigeren Preisen, und es müssen zu höheren Preisen als den gegenwärtigen die Nahrungsmittel beschafft werden. Dann kommt eigentlich erst die allerschwerste Preiskrise. Ja, da wird der Staat wirklich noch zeigen müssen, was er kann. Ich sehe dann gar keine andere Aushilfe — und ich glaube, das ist auch überall die Absicht —, daß nun auch das, was wir einmüßig überbürdeten verteilt und daß das Reich nach so und soviel Milliarden Schulden noch eine Milliarde Schulden mehr machen wird, um auf diese Weise ein plötzliches Emporgehen der Preise zu verhindern und im Inlande eine gewisse Billigkeit — Billigkeit ist natürlich jetzt ein euphemistisches Wort — der Lebensmittel zu bewirken. Ich glaube, es wird die einzige Möglichkeit sein, daß wir nachher noch diese Art Reichswirtschaftung in jenen Waren, die wir von außen bekommen, durchführen. Ich glaube, nach dieser Richtung hin werden wir auch im Inlande selber noch weiter verfahren müssen. Unmittelbar den freien Handel herzustellen, wird auch hier nicht anstehen. Aber ich glaube, mit der Zwangswirtschaft bisheriger Art, mit der Art von Preisbildung, die immer nur den tatsächlichen Schleichhandelspreisen nachhinkt und sie regelmäßig als ihre Schrittmacher benutzt, werden wir dann auch nicht mehr auskommen. Ich kann mir die Sache nur so denken, daß alsdann der Staat den Lieferungsverbänden, die bisher an das Heer geliefert haben, auferlegt, nachdem das Heer weggefallen ist, Lieferungen in gewisser Höhe für die großen Städte, für die Arbeiterbevölkerung der großen Städte zu machen. Was sie für das Heer geleistet haben, das können sie dann für die Arbeiterarmee, wie wir sie einfach nennen wollen, auch leisten, damit auf diese Weise in jedem Falle das unbedingt Nötigste, das Existenzminimum der unteren Klassen gewährleistet wird. Dann mögen auch die Städte noch einmal in ihren Sädel greifen, mag der Sädel auch noch so schmal geworden sein, dann müssen sie über diese letzte Notstandsperiode auch noch einmal mit ihrem Kredit hinweghelfen. Aber für alle anderen, die es nur einigermaßen leisten können — ich sage mit Absicht ein i g e r m a ß e n leisten können — soll nachher auch der freie Verkehr bestehen, sie sollen nachher auch die höheren Preise, wie sie dann durch unsere Beziehungen zum Weltmarkt festgesetzt werden, ruhig zahlen. Ich sehe gar keine andere Möglichkeit. Denn dann wird der Schleichhandel aufhören; wenn er gewissermaßen legitimiert wird oder wenn dann wieder ein wirklicher Großhandel an seine Stelle tritt, dann werden sich auch die Preise, weil es dann einen wirklichen Ausgleich gibt, wiederum ernähren. Denn daß die Preise im Schleichhandel eine so unerhörte Höhe angenommen haben, liegt eben daran, daß es ein versteckter Handel, daß es ein Schmuggelhandel ist, daß für ihn neben dem Preise, welcher durch das Drängen der Konsumenten und durch die Zurückhaltung der Produzenten veranlaßt wird, immer noch eine Schmuggelprämie dazu bezahlt werden muß.

Wenn nun die Notwendigkeit — ja, ich sage: die Notwendigkeit — eines Schleichhandels wegfällt, wenn wir wieder zu einem legitimierten Ausgleich im Handel kommen, dann werden wir in der Tat auch wiederum die Vorteile sehen, die eine freie und offene Preisbildung mit bekannten und fixierten Preisen mit sich bringt, denn sie ist es eben, welche wir durchaus ablehnen (Abg. Memmel: Das Gesetz von Angebot und Nachfrage!). Ja, das Gesetz von Angebot und Nachfrage! Ich weiß nicht, Herr Kollege Memmel, ob sie es hier anerkennen oder ob sie es vom sozialistischen Standpunkt aus ablehnen wollen. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage besteht. Aber Angebot und Nachfrage müssen gut organisiert werden,

und eine bessere Organisation, als sie der große internationale Markt bietet, ist einstweilen noch nicht gefunden, und zu einer derartig großen gleichmäßigen öffentlichen, bekannten Preisbildung müssen wir einstweilen erst einmal wieder zurückkehren, damit wir auf diese Weise Klarheit schaffen.

Nun komme ich noch zum Schluß auf die Frage, die gestern hier der Herr Kollege Fischer, dem bereits der Herr Minister geantwortet hat, angerührt hat, zur Tabakfrage. In aller Kürze! In einer unverkühlteren Weise, als es der Herr Kollege Fischer getan hat, ist ein Recht oder ein Anspruch des Pflanzers auf Schleichhandelspreise wohl kaum jemals erörtert worden (Sehr gut! links). Der Herr Minister hat auch sofort widersprochen, und wir danken ihm ganz entschieden dafür . . . (Lebhafte Zurufe aus der Deutsch-Nationalen Volkspartei). Nur dadurch, daß der Schleichhandel, zum guten Teil dank der Zurückhaltung der Pflanzler über solche Quantitäten verfügen kann, konnten solche Preise zustande kommen. Aber vor allem möchte ich eines sagen. Die Preise, wie sie festgestellt worden sind, sind ja durchaus mit Zustimmung der Landwirtschaft festgestellt worden. In den Preisämtern, die vollständig nach dem Reichsgesetz geordnet sind, sind die Produzenten und die Händler in gleicher Weise vertreten. Die Händler, die übrigens alle in der deutschen Tabakgesellschaft gleichmäßig zusammengefaßt sind, sind ebenso berücksichtigt, wie die Landwirte berücksichtigt sind. Wenn die Landwirte mit besonderer Befugung der Landwirtschaftskammer solchen Preisen zugestimmt haben, dann können doch unmöglich dieselben Landwirte nachher wieder ins Volk hinausgehen und Stimmung machen gegen dasjenige, was sie oder ihre Vertrauensmänner getan haben. Schlecht sind die Preise doch wahrhaftig nicht, sie sind fünf, ja beinahe sechsmal höher, als die Friedenspreise waren. Das ist eine große Steigerung (Zuruf rechts: Zigarrenpreise). Was die Preise der Zigarren anlangt, so würden diese, wenn man die Schleichhandelspreise zu allgemeinen machen würde, noch weiter in die Höhe gehen. Außerdem ist der ganze Weg, der von dem Rohtabak bis zur Zigarre führt, ein weiter, und auf diesen haben eben viele Leute und immer in gesteigerter Weise verdient. Es ist eine vollständig ungewöhnliche Forderung der Landwirtschaft, wenn sie nun den gesamten Verdienst, den alle diese Zwischenleute berechtigt und unberechtigt eingestekt haben, zunächst selber haben will. Aber wie steht es denn auch hier, wenn der Friede kommt? Wenn sich die Beziehungen zum holländischen Markt gebessert haben, dann stellt sich für den Tabakpreis ganz das gleiche heraus, daß auch er eine bloße Funktion des Weltmarktpreises ist, und dann werden wir sofort sehen, daß sich normale Verhältnisse einstellen. Solange das aber nicht der Fall ist und wir gerade beim Tabak das absolute Monopol der Inlandspflanzler haben, hat der Staat denn doch ein entschiedenes Interesse dran, ein derartiges Inlandsmonopol nicht in einer solchen Weise ausnützen zu lassen, wie es von seiten der Pflanzler hin und wieder und wie es gestern von dem Herrn Kollegen Fischer verlangt worden ist, dem wir haben allen Anlaß dazu, die Monopolpreisbildung, wenn sie einmal notwendig ist, in unserer eigenen Hand zu halten und sie nicht nachher jedem Beliebigen, namentlich nicht den Interessenten selber zu überlassen. Ich bedauere sehr, daß der Herr Kollege Sänger verhindert ist, hier anwesend zu sein, sonst würde er sachkundiger und gerade als Landwirt dem Kollegen Fischer, seinem nächsten Nachbarn im Wahlkreise, antworten können, als es von meiner Seite aus geschieht. Es stellt sich überall das Gleiche heraus. Wir müssen auch hier die Beziehungen zum Weltmarkt haben. Aber wir müssen diese Beziehungen zum Weltmarkt in der Übergangswirtschaft regulieren. Regulieren aber können wir sie nur durch eine staatliche Wirtschaft, aus der wir allmählich wieder zu freieren Verhältnissen übergehen.

Ich kehre damit zum Schluß zu dem zurück, was ich vorherhin von den Lebensmitteln gesagt habe. Es ist in jedem Falle notwendig, daß wir zunächst die Ernährung des unteren Volkes durch die uns zugehenden Lieferungen sicher stellen und daß wir im übrigen so rasch wie möglich zur Freiheit des Verkehrs übergehen und daß wir es dann auch ruhig auf uns nehmen, daß die höheren Schichten des Volkes hohe Preise, die sich aber im Laufe der Zeit mit den Weltmarktpreisen ausgleichen werden, zahlen müssen (Lebhafte Beifall bei den Demokraten).

Abg. Scheil (Zentr.):

Ich hatte nicht die Absicht, mich über die Tabakfrage zu äußern, will es aber doch wegen der Schlussworte des Herrn Vorredners tun. Ich glaube, daß die Aufregung bei den Ta-

baubauern bei weitem nicht so groß geworden wäre, wenn nicht die Spannung zwischen dem Preis für Rohtabak und dem für Rauchtobak unverhältnismäßig groß wäre (Sehr richtig! beim Zentrum). Und die Worte des Herrn Vorredners können es nicht aus der Welt schaffen, daß die Preise für den Rohtabak verhältnismäßig gering sind, während die Preise für den Rauchtobak unverhältnismäßig hoch sind. Hier liegt der Grund, und so lange die Spannung nicht geringer wird, wird auch die Aufregung der Tabakbauern sich nicht legen. Meiner Ansicht nach ist diese Aufregung nicht ganz ohne Grund (Zustimmung beim Zentrum und der Deutsch-Nationalen Volkspartei). So viel über diese Sache.

Die Debatte, die wir gestern und heute hier führen, erinnert diejenigen, die schon bisher dem Landtag angehört haben, sehr lebhaft an die Ernährungsdebatten der früheren Landtage (Sehr richtig! im Zentrum). Es ist eigentlich dieselbe Debatte in neuer Auflage. Einen Fortschritt glaube ich allerdings konstatieren zu können. Ich meine, die Vertreter der verschiedenen Berufsstände und Erwerbsstände bemühen sich auf diesem Landtage mehr, als das früher geschehen ist, eine gegenseitige Verständigung zu suchen, Verständnis zu finden. „Verständigung“ kommt her von „Verstehen“, um auch eine philologische Bemerkung zu machen, und man wird eine Verständigung finden, wenn man sucht sich gegenseitig zu verstehen. Aus den Bemerkungen, die gestern und heute gefallen sind, glaube ich den Schluß ziehen zu können, daß man ehrlich bemüht ist, sich gegenseitig zu verstehen, und das ist zweifellos ein Fortschritt.

Diese Debatten, die wir gestern und heute führen, wären nicht notwendig, wenn nicht die Blockade auch jetzt nach Abschluß des Waffenstillstandes noch aufrecht erhalten würde. Es soll von hier aus laut gesagt werden, daß das Waffenstillstandsabkommen keinen Grund und keine Berechtigung bietet, die Blockade über das Deutsche Reich aufrecht zu erhalten, und es mag dieses Wort auch hinausdringen über die Mauern dieses Hauses und mag hinüberbringen über den Rhein, der nicht sehr weit von hier entfernt ist. Wir protestieren in aller Öffentlichkeit gegen die Fortsetzung der Absperrung, die uns durch die Feinde auferlegt worden ist.

Die Blockade allein könnte aber keine Erklärung bieten für die Not unserer Ernährung, insbesondere auch nicht für den Schleichhandel, den heimlichen Handel, den Bucherhandel. Zu diesem äußeren Grund der Knappheit der Lebensmittel kommt noch ein innerlicher — ich meine, innerlich in dem Sinne, daß er die Seele des Menschen betrifft — das ist die schrankenlose Selbstsucht, die während der Kriegsjahre und nach Schluß des Krieges ihre Orgien gefeiert hat und feiert. Diese Selbstsucht ist ja während des Krieges, ich möchte sagen, systematisch gezüchtet worden. Wir sind ja darauf hingewiesen worden, nur das eigene Ich voran zu stellen, verkörpert im eigenen Volk, im ganzen Volk (Zustimmung links). Die Feinde sind geschmäht worden in allen Ausprägungen. Ich meine, das ist ein Widerspruch gegen das Gebot des göttlichen Heilands: Du sollst Deinen Nächsten lieben wie dich selbst! Ich habe vor zwei Jahren schon darüber gesprochen und habe von jener Seite des Hauses (zur Sozialdemokratie gewendet) die Antwort bekommen: „Sagen Sie das Ihren Wählern draußen“. Ich habe die Antwort gegeben: „Das tue ich alle Tage“. Aber die Stimme des Predigers in der Wüste wird nicht gehört, wenn so und so viele Stimmen anderer seine Stimme übertönen. Und da muß ich sagen: Der praktische Materialismus (Abg. Weichmann: Der Kapitalismus!) verkörpert auch im Kapitalismus, ich gebe das ohne weiteres zu, ist der größte Feind des deutschen Volkes. Und das ist die Hauptursache, die innere Ursache für die Not unserer Ernährung, die Selbstsucht und zwar die Selbstsucht beim Erzeuger wie beim Verbraucher, ich nehme keinen Kreis aus.

Wie ist die Sache gekommen? Ich bin draußen auf dem Lande und habe die Entwicklung mit eigenen Augen angeschaut. Zu einer Zeit, als von irgend einer Knappheit an Lebensmitteln noch gar nicht die Rede war, als man an irgend eine Rationierung noch gar nicht dachte, da kamen schon Anforderungen aus der Stadt von solchen Personen, die vielleicht weiter geschaut haben als andere, die dahin gingen: Schafft uns Lebensmittel, vor allem solche, die haltbar sind; auf den Preis kommt es uns nicht an. Das waren die Außerungen, die nicht nur einmal, sondern wiederholt hinausgeschrieen worden sind. Diese Leute haben weiter hinausgesehen als andere und wollten der Knappheit an Lebensmitteln für ihre eigene Person vorbeugen, ohne Rücksicht darauf, ob andere unter dieser Knappheit leiden und zwar mehr als sie selbst. Das ist die Selbstsucht beim Erzeuger.

Als dann die Rationierung kam, haben die Leute sich nicht damit beruhigt, daß sie sich gesagt haben: „Ich bekomme jetzt

das, was mir zusteht“, sondern sie sind weitergegangen und haben draußen Preise geboten, mit denen die realen Preise niemals Schritt halten konnten und können. Wir können die regulären Preise festsetzen, wie wir wollen, der Schleichhandel wird sie immer überbieten. Ich kann Beispiele aus eigener Erfahrung vortragen. In einer kleinen Gemeinde war vor 14 Tagen ein Händler tätig. Er hat dort Fett, Schweinefleisch zusammengekauft und hat für das Pfund 18 Mark geboten. Der Mann hat in dem kleinen Ort auf diese unerhörte Preisbieten hin einen vollen Zentner Schmalz zusammengebracht. Wohin kommt das Schmalz? Arbeiterfamilien sind außer Stande, diesen Preis zu bieten; kleine Beamte können diesen Preis auch nicht bieten. Das Schmalz kommt in solche Kreise, die schon vorher ihren Beutel gefüllt haben mit Kriegsgewinn (Zustimmung). Dort waren sie die Schädlinge und jetzt sind sie es wieder. Ein anderes Beispiel. Es ist mir mitgeteilt worden, daß in einem Ort 3000 Mark für ein Schwein geboten worden ist. Das ist unerhört. Man greift sich an den Kopf, wenn man derartiges hört. Nun sage ich aber: Hier ist der Hauptschuldige nicht der Bauer, der das Schwein verkauft, oder die Hausfrau, die das Schmalz verkauft, sondern der Händler, der diese Preise zahlt (Zustimmung rechts).

Meine Herren von den linken Seite, nehmen Sie es dem Bauern nicht übel, wenn er einen derartigen Preis annimmt. Nehmen wir folgenden Fall an. Ein Arbeiter arbeitet an einer Stelle, wo er täglich 15 Mark Lohn bekommt, wollen wir einmal ruhig sagen. Es wird ihm eine andere Stelle angeboten, an der er 30, oder 45 oder 60 Mark verdient. Wer wollte es dem Mann übel nehmen, wenn er diese Stelle annimmt? (Abg. Kurz: Er schädigt keinen andern dadurch!) Doch, das Produkt wird dadurch verteuert, das können Sie nicht leugnen. Die Arbeitskraft des Arbeiters ist seine Ware, von der er lebt; für den Landwirt sind die erzeugten Lebensmittel die Ware. Wollen Sie es ihm übel nehmen, wenn er eine derartige Gelegenheit benützt, um sich eine solche Einnahme zu verschaffen, — immer unter dem Gesichtspunkt, daß er auch die erhöhten Ausgaben für seine Betriebsmittel hat. Das dürfen wir auch nicht außer Acht lassen (Lebhafte Unruhe links; Abg. Jhrig: Bei den Bauern handelt es sich um rationierte Waren!). Ich rede gegenwärtig von der Selbstsucht, die sich schrankenlos auswächst, und ich habe auch den Grund für diese Erscheinung angegeben: die materielle, die materialistische Weltanschauung! Nehmen wir also nun einen Mieter, der irgendwo eine Wohnung innehat, und der sonstwo eine andere Wohnung bekommen kann, die besser ist und weniger Geld kostet, warum soll er die nicht nehmen? Geschädigt wird auch jemand dadurch, nämlich der Hausbesitzer. Nehmen Sie doch die Sache, wie sie ist, betrachten Sie die Sache, wie sie sich darstellt, und Sie werden zum Verständnis dafür kommen, daß für die Erhöhung der Preise die Hauptschuld nicht den Landwirt trifft, sondern diejenigen, die ihm die Preise beim Verkauf dieser Waren bieten. Das ist die Sache.

Diese materialistische Lebensanschauung ist durch die Revolution nicht abgeschwächt, sondern gesärmt worden, und infolgedessen trägt auch die Entwicklung der letzten 4 Monate einen Teil der Schuld an den üblen Erscheinungen, die wir heute miteinander besprechen (Abg. Weichmann: Sie trägt die Schuld nicht allein!). Bitte, ich sage ja, sie trägt einen Teil der Schuld; ich habe wohl überlegt, was ich sage, und glaube, es vertreten zu können. Böse Beispiele verderben gute Sitten, das ist ein altes Wort, und leider Gottes ist die Widerstandskraft gegenüber dem Einfluß des bösen Beispiels nicht überall so groß, wie man es wünschen möchte. Auch dort, wo vielleicht im Anfange der feste Entschluß vorhanden war, sich an diesem wilden Tanz ums goldene Kalb nicht zu beteiligen, erlahmt allmählich die Widerstandskraft durch das ringsum gegebene Beispiel.

Dazu kommt noch etwas anderes. Wer gegenwärtig in Karlsruhe abends nach Einbruch der Dunkelheit über die Kaiserstraße oder über den Marktplatz geht, kann dort Zeuge eines Treibens werden, wie es wahrlich unerhört ist. Ich sehe ganz ab von dem Eindrud, den dieses Leben — es wird nicht nur hier in Karlsruhe, sondern es wird in anderen Großstädten ähnlich sein — draußen im Auslande machen muß. Es ist mir gestern gesagt worden, daß hier in Karlsruhe ein französischer Offizier wohnt, der sich schon überaus scharf über die Dinge ausgesprochen hat, die man hier in den Straßen wahrnehmen kann. Man hat auch in den Zeitungen Außerungen ausländischer Blätter gelesen, die es nicht verstehen können, wie ein Volk, das, wie wir gestern aus dem Munde des Herrn Ernährungsministers gehört haben, nahezu am Abgrunde steht, noch ein derartiges Leben führen kann. Ich sehe also von diesem Eindrud ganz ab, den dieses Treiben auf das Ausland macht.

Aber glauben Sie nur, es kommen auch Landwirte hierher nach Karlsruhe und sehen, wie es hier in Karlsruhe getrieben wird, wie es zugeht. Nehmen Sie es diesen Männern übel, wenn sie sich sagen: So lange in Karlsruhe das Treiben noch derartig ist, haben wir keine Veranlassung, unsern Verbrauch einzuschränken zugunsten dieser Leute, die nicht wissen, wie sie den Tag herumbringen und die Zeit totschlagen sollen?? Ich sage das hier in aller Öffentlichkeit. Ich möchte aber nicht mißverstanden werden: Ich sage durchaus nichts gegen die Arbeitslosen, die sich bemühen, Arbeit zu suchen. Das, was man gegenwärtig auf den Straßen wahrnehmen kann, das sind keine Arbeitslosen, die Arbeit suchen, das sind andere Leute (lebhaft Zustimmung rechts), und die tragen mit einem Teil der Schuld daran, daß die Belieferung der Städte mit Lebensmitteln allmählich immer geringer wird.

Was für Vorschläge können wir nun machen? Ich meine, wir alle, die wir hier versammelt sind, wir wollen eine gemeinsame Front bilden gegenüber dem gemeinsamen Feind, das ist die Selbstsucht, die ich heute schon wiederholt als diesen Feind bezeichnet habe. Fangen wir bei uns selber an und fangen wir an bei denen, die uns nahe stehen. Ich meine, daß auch das gute Beispiel nicht ohne Wirkung bleibt. Und wenn jemand in die eigene Brust hineinschaut und sagt: „Ich habe da und dort gefehlt“, wird er sich auch sagen müssen: „Ich will in Zukunft die Sache anders machen.“ Ich komme zurück auf das Gebot des göttlichen Heilands: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Und, um diesem Nachdruck zu verleihen, hat er noch gesagt: Was ihr einem meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan. Das gilt im guten wie im schlechtesten Sinne, beides ist richtig.

Zu den einzelnen Punkten, die die Interpellationen hier betreffen, möchte ich mich weiter nicht äußern, es ist ja darüber schon so viel von sachverständiger Seite gesprochen worden, daß ich mir weitere Ausführungen darüber ersparen kann (Beifall beim Zentrum).

Abg. Hertle (D.-Natl. Vp.):

Der Herr Abg. G o t h e i n hat heute in Bezug auf die Ausführungen, die gestern hier gemacht worden sind, gemeint, er wolle keine Kartoffelpredigt halten. So viel mir bekannt, stehen Interpellationen für Ernährungsweisen auf der Tagesordnung, und da muß man eben auch von diesen Dingen reden. Wenn heute auf unserer Tagesordnung das Pensum irgend einer Hochschule oder der Universität Heidelberg stehen würde, so würde ich nicht in die Lage kommen, Ihnen eine Kartoffelrede zu halten. Ich würde dann vielleicht über Mathematik oder Philosophie reden, oder ich würde es vielmehr nicht tun, sondern ich würde es einem meiner Fraktionsfreunde, der akademisch gebildet ist, überlassen.

Freiheit, Frieden, Brot! das sind die Worte gewesen, unter denen die neue Zeit angebrochen ist. Auch wir Landwirte hatten gehofft, daß uns diese neue Zeit Erleichterungen bringen würde, Erleichterung von so manchen Zwangsmaßnahmen, die schwer auf unserem Stande lasteten. Durch den Krieg und durch die Absperrung unserer Feinde, eine Politik, die sie heute noch weiter treiben, sind wir aber dazu gezwungen gewesen, diese Zwangsmaßnahmen einzuführen, und dieser Politik unserer Feinde ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß wir eben nicht in der Lage sind, unser Volk zu ernähren.

Wenn wir die einzelnen Verhältnisse betrachten, so müssen wir sagen, daß man früher viel vom Auslande eingeführt hat, so müssen wir aber auch gestehen, daß wir während des Krieges hauptsächlich von Norddeutschland mit Brot und mit Kartoffeln beliefert worden sind. Der Herr Minister hat unlängst in einer Versammlung in Tauberbischofsheim erklärt, daß, solange wir von Norddeutschland beliefert worden sind, die Belieferung eine ziemlich gute war, mit anderen Worten, daß uns eben Norddeutschland das geliefert hat, an was es uns gegenüber vertragsmäßig gebunden war. Solange Norddeutschland uns liefern mußte, richtete sich der Unwille, will ich einmal sagen, der Konsumenten an die Adresse der norddeutschen Großgrundbesitzer, an die norddeutschen Junker. Alle die Dinge, die man heute dem badischen Bauern vormirft, wurden damals jenem in die Schuhe geschoben. Nun haben sich seit der Revolution die Verhältnisse wesentlich geändert. Sie wissen, durch die Unruhen in Norddeutschland ist uns die Lieferung von Norddeutschland abgeschnitten. Nun sollten wir von Bayern 200 000 Zentner Kartoffeln erhalten. Was haben wir erhalten? Ganze 14 000 Zentner! Sie sehen daraus, daß der badische Konsument fast nur auf die badische Landwirtschaft angewiesen ist. Hier aber möchte ich Ihnen zu bedenken geben, daß wir in

Baden eben nicht ein Ausführgebiet sind, sondern ein Bezugsgebiet, wir sind nicht Agrarstaat, sondern wir sind Industriestaat. Die badische Landwirtschaft war während des Krieges und vor dem Kriege nicht in der Lage, unser Volk zu ernähren, und heute verlangt man von uns, daß wir diese Aufgabe restlos erfüllen sollen. Es wird uns wirklich in der Beziehung viel zu viel zugemutet.

Wenn ich nun auf die einzelnen Interpellationen etwas näher eingehen werde, die heute zur Tagesordnung stehen, so möchte ich zunächst auf die erste Interpellation, die Interpellation We i ß h a u p t und G e n., zu sprechen kommen. Diese Interpellanten glauben, daß durch Einführung scharferer Maßnahmen, durch Einführung der Viehkataster, der Schweinehandel oder das sog. Schwarzschlachten aus der Welt zu schaffen wäre. Der Herr Minister hat gestern schon darauf hingewiesen, daß in dieser Beziehung bei Besprechung dieser Frage im Ernährungsbeirat nicht alle einig gingen. Auch ich stand damals auf dem Standpunkte, daß die Einführung von Viehkatastern wohl nicht das Allheilmittel sein werde, um diese Schwarzschlachtungen zu beseitigen. Der Herr Minister hat uns gestern mitgeteilt, daß dieses System in Bayern vollständig versagt hat: ich befürchte, daß das Gleiche auch in Baden der Fall sein würde.

In diesem Zusammenhang möchte ich mit einigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Kollegen K u r z zu sprechen kommen. Er hat uns geschildert, wie in einzelnen Gemeinden — ich nehme an, es möchte vielleicht seine Heimatgemeinde dabei gewesen sein — die Viehzählungen vorgenommen werden. Er hat uns gesagt, daß die Viehzählungskommission, bei der auch ein Lehrer sei oder sein könne, von Haus zu Haus gehe und die Großmutter oder das kleine Kind frage, wieviel Vieh sie eben hätten. Wenn dies der Fall ist, Herr Kollege K u r z, dann muß ich eben sagen, daß in der Gemeindeverwaltung, wo dieses vorkommt, überhaupt nicht der Wille besteht, die Bestimmungen des Gesetzes durchzuführen (Beifall rechts). In anderen Gemeinden ist es anders: dort geht diese Kommission nicht nur hin und fragt die Großmutter und die kleinen Kinder, sondern sie geht von Stall zu Stall und sieht, was da ist; das ist eine Gemeindeverwaltung, die ihres Amtes gewissenhaft waltet (Abg. K u r z: Pflicht, auch Pflicht!). Auch Pflicht! Und auch in den Fällen, Herr Kollege K u r z, die Sie angeführt haben, auch in ihnen muß die Pflicht maßgebend sein im Interesse der Allgemeinheit.

Was nunmehr die Interpellation des Herrn Kollegen V o g e l anbetrifft, so muß ich auf die schon etwas näher eingehen. Der Herr Kollege V o g e l oder die demokratische Partei in ihrer Interpellation meint, daß auf dem Lande noch hinreichend Vieh vorhanden wäre. Der Herr Kollege V o g e l hat in seiner Begründung darauf hingewiesen, daß eben doch jetzt leichtere Stücke Vieh usw. kämen, daß nicht mehr so viel gutes Vieh in die Städte komme. Das geht eben daraus hervor, daß es eben schwer wird, die Aufgabe der Rationierung, der Ablieferungspflichten, deren Übernahme den einzelnen Gemeinden zugeteilt wird, pro Monat, pro Vierteljahr so und so viel Stück an die Städte abzustufen, zu erfüllen. Darin liegt auch der Grund, warum leichteres, minderwertigeres Vieh abgeliefert werden muß.

Wenn sich nun aber der Herr Kollege V o g e l in seiner Begründung hauptsächlich darauf berufen hat, daß man in Mannheim sog. schlechtes Fleisch, Gefrierfleisch, hätte, so möchte ich ihm mitteilen, daß wir, ich und mein Freund F i s c h e r, im vorigen Jahre, als dieses Gefrierfleisch fabriziert wurde, und zwar kurz ehe die Grünfütterung eintrat, hier im Hause und im Ernährungsbeirat darauf hingewiesen haben, daß das ein Unding sei (Abg. F i s c h e r: Sehr richtig!). Ich habe damals im Ernährungsbeirat und in der Kommission für Ernährungsweisen die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß, falls man diese Tiere ein Vierteljahr länger leben ließe, eine Menge von Fleisch gewonnen worden wäre, das recht gut zur Ernährung der Bevölkerung zu gebrauchen wäre (Sehr richtig! rechts). Nun ist es interessant für mich, zu hören, wie der Herr Kollege V o g e l ausführt, daß dieses Gefrierfleisch leider teilweise verdorben gewesen sei; interessant war auch noch, daß der Herr Kollege V o g e l darauf hinwies, daß es aus dem Schlachthof Karlsruhe gestammt habe. Bezüglich der 1200 Stück Vieh, die damals abgeschlachtet worden sind, haben wir rechtzeitig gesagt, das sollte nicht geschehen. In mancher Beziehung könnte es innerhalb unseres Ernährungswesens besser stehen, wenn man nicht immer mehr und mehr dem verlnöcherten Bürokratismus Rechnung getragen hätte und

wenn man sich nicht immer wieder von der Professorenweisheit hätte verleiten lassen (Abg. Fischer-Bahr: Bravo!), wenn man nicht das ganze Wirtschaftsweisen unseres Volkes immer nur nach Wärmeinheiten eingerichtet hätte (Abg. Spag: Das sind die Theoretiker!).

Nun möchte ich noch auf die Ausführungen zurückkommen, welche sowohl von Seiten des Herrn Kollegen Vogel als auch vom Herrn Kollegen Kemmle unterstrichen worden sind. Sie haben sich hauptsächlich beschwert, daß sie in Mannheim immer und in jeder Beziehung sozusagen von der Regierung stiefmütterlich behandelt würden in der Belieferung von Vieh, in der Belieferung von Kartoffeln usw., so haben Sie doch gemeint, Herr Kollege Vogel! (Abg. Vogel: Ich habe nicht so gesagt!). Nun, Sie haben gesagt, die Belieferung stünde nur auf dem Papier: mithin haben Sie doch sagen wollen, daß die Belieferung eine schlechte sei. Ich komme hier wieder etwas auf die Kartoffelversorgung zurück. Gerade in diesem Teil ist hauptsächlich der Kommunalverband Mannheim der schuldige Teil: er läßt in nucherscher Weise draußen für die Kartoffeln, die er angeblich als Saatkartoffeln aufkaufen läßt, die in Wirklichkeit aber nichts sind als Speisefartoffeln (Hört, hört!), ganz hohe Preise bieten. Der Kommunalverband Mannheim hat zu der Zeit, als die Gegenrevolution in Mannheim regierte, Bescheinigungen ausgestellt — ich habe solche Bescheinigungen gesehen — und Leute hinausgeschickt, die hunderte von Zentnern Saatkartoffeln kaufen, zum Preis von 9 Mark; so und aus kleinen Gemeinden 200 Zentner hinausgelassen. Dann Herr Kollege Vogel, dann sollen wir unseren Gemeindebürgern wieder sagen: Jetzt gibt sie für sechs Mark her? Und das sollen wir, nachdem man auf diese Art und Weise die gesetzlichen Bestimmungen durchbrochen hat!

Ähnlich wie hier verhält es sich auch in anderer Beziehung. Ich will zwar nicht in den Geruch kommen, daß ich Ihnen etwas vorlese; immerhin aber hoffe ich, es werde das ganze Haus interessieren, wenn ich Ihnen vorlese, was ich gestern schon dem Herrn Kollegen Vogel zu lesen gegeben habe, und was mir ein Bauer des Hinterlandes geschrieben hat, damit ich es hier dem Hohen Hause zur Kenntnis bringen möchte. Sie wissen, daß die Städte, um die Ernährung ihrer Bürger sicher zu stellen, hauptsächlich große Gutswirtschaften, große Güter gepachtet haben; der Herr Kollege Strobel ist es ja gewesen, der voriges Jahr hier behauptet hat, daß die Stadtgemeinde Mannheim eigentlich der größte landwirtschaftliche Betrieb wäre: aus diesem Grunde wurde dann der Antrag gestellt, die Städte sollten als Mitglieder der Landwirtschaftskammer aufgenommen werden dürfen. Aber wenn schon, denn schon! Ich will Ihnen sagen, was dieser Bauer schreibt. Er schreibt mir, ich solle folgendes vortragen: „Als Vertreter des badischen Hinterlandes, das hauptsächlich für die Fleischbelieferung der Städte Mannheim und Heidelberg zu sorgen hat, habe ich Ihnen zu sagen, daß wir alle die Erbitterung der städtischen Bevölkerung verstehen und voll auf zu würdigen wissen. Vielfach wird nun aber der Bauern von der städtischen Bevölkerung der Vorwurf gemacht, daß sie nicht genügend abliefern, und kein Herz für ihre Mitbürger in der Großstadt hätten. Diesen Vorwurf muß ich an dieser Stelle ganz entschieden zurückweisen. Gehen Sie hinaus auf das Land und fragen Sie überall auf den Dörfern bei kleinen und größeren Bauern, wie sie sich zu diesem Vorwurf stellen! Und überall werden Sie hören: Wir geben gern und würden noch viel lieber und auch freiwillig noch mehr hergeben, als wir müssen, wenn wir bestimmt wüßten, daß auch alles das, was wir hergeben, unseren Brüdern in der Stadt, die wirklich bedürftig sind, zugute kommt. Aber auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher geht sehr vieles verloren; bei letzterem setzt sich dadurch nur allzu leicht die Meinung fest, daß ersterer daran schuldig sei. Und das ist, wie ich schon sagte, absolut nicht der Fall, sondern lediglich der Zwischenhandel, auch der behördlich angeordnete. (Hört, hört!). Im Interesse der Bauern und im Interesse der städtischen Bevölkerung bitte ich die hohe Regierung dringend um genaue Aufklärung und Nachforschung in dieser Angelegenheit. Vor allem bitte ich, feststellen zu wollen: Erstens, ist das zur Ablieferung bestimmte und in den Ställen der Bauern gezeichnete Großvieh restlos zur Ablieferung an die Untertäufel gekommen? Zweitens: Haben die Untertäufel auch alles von den Bauern abgenommene Großvieh restlos der Viehverwertung Mannheim und Heidelberg überwiesen? Es liegen hier Anzeichen vor, daß einzelne Untertäufel mit dem Vieh nochmals Handel getrieben und solches als Zuchtvieh weiter veräußert haben. Drittens bitte ich festzustellen, ob die von den Städten Mannheim

und Heidelberg erpachteten Güter selbst restlos ihrer Großviehablieferungspflicht nachgekommen sind und dadurch Vorbildlich gewirkt haben. Viertens bitte ich, feststellen zu wollen, wo das von Untertäufel auf dem Lande, namentlich in einzelnen Ortschaften, so z. B. Eubigheim und Bödigheim notgeschlachtete Vieh hergekommen ist, ob diese Schlachtungen auch tatsächlich wirkliche Notgeschlachtungen waren oder ob das Vieh nicht hätte nach Mannheim und Heidelberg transportiert werden können. Wie gerade den Herren Interpellanten bekannt sein mußte, haben die Städte Heidelberg und Mannheim während des Krieges größere Gutswirtschaften im badischen Unterlande angepachtet, um die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Milch, Fleisch und anderen landwirtschaftlichen Produkten sicher zu stellen. Von einem dieser Betriebe — ich kann nun nicht sicher sagen, ob ihn die Stadt Mannheim oder die Mannheimer Milchzentrale gepachtet hat, bei der aber ja auch die Stadt stark beteiligt ist — ist mir nun zu Ohren gekommen, daß er absolut nicht in gemeinnützigem Sinne verwaltet, sondern nur auf den Profit hin betrieben wird. Die Milchlieferung ist Nebensache geworden, ein schwunghafter Dörrobst-, Schaf- und Pferdehandel ist die Hauptsache. Das Milchvieh wurde von 100 Stück auf 60 Stück reduziert. Von den hiervon zur Ablieferung an die Viehverwertung Mannheim bestimmten Tieren ist im letzten Vierteljahr nicht ein einziges nach Mannheim gekommen; sie sind, so viel ich hörte, alle in einem Nachbarort notgeschlachtete, wahrscheinlich auch zu einem höheren Preise abgegeben worden, wie bei der Abgabe nach Mannheim erzielt worden wäre.“ (Abg. Kemmle: Wie heißt der Hof?). Herr Kollege Kemmle, dem Stadtrat in Mannheim werden wohl die Höfe im Hinterland genügend bekannt sein, und wenn Sie bei diesen paar Höfen und in der Umgegend Erhebungen machen, dann werden Sie den sicheren Tatbestand feststellen können (Abg. Kemmle: Sie können doch keine solche Behauptungen aufstellen, ohne zu sagen, welcher Hof es ist!). Ich habe Ihnen gesagt, Herr Kollege, daß Sie den Hof herausfinden können. Sie wissen doch, wieviele Höfe Sie im Hinterland gepachtet haben (Rufe von den Sozialdemokraten: Beweise! — Abg. Kemmle: Es ist Schwindel, wenn Sie es nicht beweisen können!).

Wenn Sie das, was ich Ihnen vorgetragen habe, als Schwindel bezeichnen, dann hätte ich doch gehofft, daß man von Ihrer Seite mir gegenüber eine andere Stellung in der Beziehung einnehmen würde.

Präsident Koss (unterbrechend):

Dem Herrn Abg. Kemmle gegenüber muß ich bemerken, daß der Ausdruck „Schwindel“ gegenüber den Ausführungen eines Abgeordneten nicht erlaubt ist. Ich muß das rügen.

Abg. Hertle (fortfahrend): Herr Kollege Kemmle! Die Geschäfte mit den Kartoffeln habe ich Ihnen schwarz auf weiß belegt. In meiner Gemeinde sind 100 Zentner auf einen Schlag an einen Lieferanten hinausgekommen. Ähnlich wurde es von Seiten der Rüstungsindustrie während des Krieges gemacht, und heute sind diejenigen wieder die Schieber, die es während des Krieges schon gewesen sind. Wie was es zur Zeit des Krieges? Wer hat die gesetzlichen Bestimmungen durchbrochen? Niemand anders als die Kriegsgewinnler und die Rüstungsindustrie. Sie haben ihre Aufkäufer hinausgeschickt und die Bauern dazu verleitet, daß sie höhere Preise nehmen. Die Bauern haben sie nicht gefordert, sondern man hat sie ihnen geboten. Jene Leute haben sich draußen Elemente gedungen, die mit ihnen unter einer Decke gesteckt sind. Auf diese Art und Weise gelang es, für die Rüstungsindustrie mehr Nahrungsmittel heranzubringen. Gerade von dieser Seite aus wurden schon damals alle die gesetzlichen Bestimmungen, die gemacht worden sind, annulliert, vollständig außer Kraft gesetzt. Hier liegt hauptsächlich der Ansporn des Schleichhandels.

Ich komme jetzt auf diesen Schleichhandel zu sprechen. Der Schleichhandel, der einerseits gerade von diesen industriellen betrieben wurde, hat das Unglück hervorgerufen und ist mit Schuld an der jetzigen schlechten Ernährungsweise unseres Volkes. Daneben gibt es den anderen Schleichhandel, der vorhin auch erwähnt wurde, daß Frauen und Kinder betteln, um zu hohen Preisen, wie der Herr Kollege Dr. Gothein sagte, die notwendigen Lebensmittel zu bekommen. Es wurde von Ihrer Seite (zu den Sozialdemokraten) ein Bravo dazu gesagt (Zuruf links: Es ist auch so!). Nein, Herr Kollege (Zuruf links: Jawohl!). Nein! Ich reise viel, es ist mir nichts Neues. Dem Herrn Kollegen

Gothein war es neu, er hat es noch nicht gesehen. Ich sehe es schon mehr als ein Jahr, daß diese armen Leute auf das Land hinausgehen und versuchen müssen, sich Lebensmittel zu hohen Preisen zu ergattern, will ich einmal sagen. Sie werden mir als Landbürgermeister zugeben, daß ich die Sache ganz genau beurteilen kann. Es kommen Frauen; sie klagen während des Krieges, daß ihr Mann im Feld gestanden hat; es kommen Kinder, die klagen, daß ihr Vater im Feld stand. Und viele dieser Frauen und Kinder, die von Haus zu Haus an die Türen klopfen, haben viel davon gratis und umsonst erhalten. Wenn dann sich einer durch das fortwährende Anbitteln dazu verlocken ließ, einen höheren Preis als den gesetzlichen zu verlangen, das habe ich hundertmal mit meinen Ohren gehört, dann hieß es, wenn die Herrschaften in der Eisenbahn saßen: „Die Bauern haben noch alles, man darf es nur zahlen.“ Drei Viertel von dem, was sie hatten, hatten sie aber umsonst; und wenn sie einmal etwas zu einem höheren Preis bezahlen mußten, wurde es verallgemeinert von Lauda bis Mannheim, und am nächsten Tag mußte es das halbe Land, daß man die Sachen haben könne, wenn man hohe Preise bezahle. Was aber durch die Müßigkeit der Landwirte in die Städte gekommen ist, was die Leute gratis erhalten haben, davon hat kein Mensch gesprochen. Und wenn Sie es nicht glauben wollen, dann gehen Sie einmal an den Bahnhof von Mannheim, wo die vielen Samstager aussteigen, dort können Sie sich über meine Ausführungen vergewissern. — Ich muß aber den Vorwurf, daß wir Kriegsgewinnler, Schleichhändler und Bucherer seien, zurückweisen. Ich kann es verstehen, wenn Arbeiter, die durch ihr hartes Los verbittert sind, ab und zu diese Ausdrücke gebrauchen. Aber zurückweisen muß ich es, wenn, wie unlängst hier am letzten Freitag in einer Versammlung, der Direktor der Lebensmittelversorgung in Karlsruhe uns mit dieser Bezeichnung beschimpft hat. Ich will mich nicht näher darüber äußern, aber ich sage: Ich muß es zurückweisen.

Der Schleichhandel im allgemeinen soll, wie wir ja gehört haben, scharf bekämpft werden. Auch in dieser Beziehung bin ich kein allzu großer Optimist. Ich glaube nicht, daß die Maßnahmen, die die Regierung heute trifft, noch einmal durchgeführt werden können, durchgeführt in dem Maßstabe, daß dieser Schleichhandel voll und ganz zu unterbinden wäre.

Wie ich vorhin erwähnt habe, unterscheide ich zwei Arten von Schleichhandel. Den armen Teufel — da habe ich gar nichts dagegen einzumenden, wenn man ihn seine Sachen heimbringen läßt; denn auch der Herr Kollege Dr. Gothein hat schon darauf hingewiesen, daß auch er ein Sünder sei, und daß das nicht ausreicht, was einem zugewiesen wird. Also sind wir allzumal Sünder. Aber bei den Kriegsgewinnlern, die während des Krieges ungezählte Millionen verdient haben, gehört der Schleichhandel erfasst, dort gehört er unterbunden. Und hätte ihn die frühere Regierung dort unterbunden, dann wären wir nicht in die Verhältnisse gekommen, in denen wir leider Gottes jetzt stehen. Also, wie gesagt, von allen den Kontrollen verpreche ich mir wenig. Was die Kontrollen erreichen können, ist in erster Linie Verbitterung. Ich möchte die Regierung aufmerksam machen, daß die Schleichhändler, die heute zu uns kommen, nicht mehr die Frauen und Kinder sind, sondern es sind kräftige Leute, und man darf ihnen, wenn sie truppweise kommen, nicht mehr trauen. Sie treten mit Brutalität auf, wenn der Bauer fest bleibt und sagt: Ich verkaufe nichts. Wir haben ja ein Beispiel gehabt auf dem Hof, wo man den Bauer kurzerhand über den Haufen geschossen hat.

Auf der andern Seite verspreche ich mir nichts von den Kontrollen, die überall draußen auf dem Lande vorgenommen werden sollen. Alle diese Kontrollen haben draußen auf dem Lande auch Verbitterung hervorgerufen. Wir haben uns diese Kontrollen während des Krieges gefallen lassen, wo wir unsern Leuten sagen konnten: Es ist für eure Brüder im Meer; Ihr müßt das Letzte hergeben, um durchhalten zu können. Auch auf dem Lande haben sich in dieser Beziehung die Verhältnisse gewaltig geändert. Auch wir haben heute nicht mehr alte Männer und Frauen draußen, denen man diese Maßnahmen aufkotzen kann, sondern die Leute, die heute bei uns zu Hause sind, sind auch im Feld gestanden, und lassen sich nicht mehr das bieten, was man ihnen zumutet. Ihre Forderung und Meinung ist: Heraus aus der Zwangswirtschaft und nicht noch immer weiter in die Zwangswirtschaft hinein! In dieser Beziehung möchte ich dem Herrn Minister zu bedenken geben, was unlängst hier in diesem Saale, wo mehr als hundert Bauern von Konstanz bis Wehrheim anwesend gewesen sind, gesagt worden ist. Alle diese hundert Leute stehen in führender Stellung bei der Landwirt-

schaft draußen. Sie haben einmütig hier erklärt, daß sie all das leisten wollen, was sie leisten können; sie haben der Regierung aber auch ihre Mindestforderungen zur Kenntnis gebracht, ihre Mindestforderungen sage ich. Und bei diesen Mindestforderungen war auch der eine Punkt, der vielleicht dem Herrn Kollegen Vogel gefallen dürfte, daß die Landwirte verlangen, daß ein Fleischhöchstpreis festgesetzt wird, und daß man die Erzeugerhöchstpreise fallen lassen möge, aus dem Grunde, weil die Landwirte mit dem Aufkäufertum nicht mehr zufrieden sind. Warum sie nicht mehr damit zufrieden sind — ich habe hier noch Belege, ich könnte sie Ihnen vorlesen, aber ich will es der vorgeschrittenen Zeit wegen unterlassen.

Meine Mahnung geht an die Regierung, sie möge die ersten Zeichen der Zeit auch auf dem Lande beachten, sie möge uns nicht mit neuen drakonischen Maßnahmen treffen, sondern den neuen Geist der Freiheit auch den Landwirten zubilligen, um die Landwirte zufrieden zu erhalten (Beifall rechts).

Abg. Belzer (Zentr.):

Ich will der Mahnung des Herrn Präsidenten folgend meine Ausführungen so kurz als möglich machen.

Die Klagen, die wir gestern und heute über das Ernährungsleiden unseres Volkes gehört haben, sind wahrlich keine neuen, sie sind aber leider nur zu berechtigt. Die Städte klagen über schlechte Belieferung vom Lande, das Land klagt, daß zuviel herausgeholt wird. Wenn wir die Sache genau betrachten, finden wir an beiden Orten, sowohl in den Städten, wie auf dem Lande, daß Mangel vorhanden ist. Insbesondere trifft das zu für die Kommunalbezirke, die um die großen Städte und Industriegebiete gelegen sind, insbesondere in Mittelbaden, wo keine größere Landwirtschaft betrieben wird, wo es in der Hauptsache nur Kleinbetriebe sind. Immer und immer kommen Klagen über zu starke Eingriffe in die Viehbestände. Ich hatte schon oft Gelegenheit, für die Leute Gesuche zu machen, um für ihre beschlagnahmten Rinder die Freigabe zu bekommen. Es dreht sich in der Hauptsache um Arbeiter, die nebenbei eine kleine Landwirtschaft haben und dann auch um kleine Landwirte, welche das Vieh eben zum Gespann brauchen, um ihre Landwirtschaft bewirtschaften zu können. Gar mancher ist gegenwärtig nicht mehr in der Lage, seine Landwirtschaft richtig besorgen zu können, weil eben das nötige Zugvieh fehlt. Es wird gewissermaßen mit rauher Hand eingegriffen. In letzter Woche erst sagte mir ein Beamter vom Kommunalverband Ettlingen, daß er in einer Gemeinde 19 Leute aufgefordert hat, Tiere abzugeben, und es sind auch wieder 19 beschwerden zurückgekommen. Jeder einzelne hatte besondere Gründe und leider nur zu berechtigte Gründe, daß er eben nicht in der Lage sei, das Tier abzugeben. Derartige Fälle häufen sich immer mehr. Die Ursachen, die im Laufe der Debatte angegeben worden sind, werden zurückgeführt auf den Schleichhandel und auf die Schwarzschlachtung. Es mag das bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Denn aber, glaube ich, darf man nicht alles das, was als Schwarzschlachtung angesehen wird, auf dieses Konto setzen. Es wird auch viel öffentlich geschlachtet, was eigentlich auch dem Kommunalverband entzogen wird. Ich erinnere an die Viehhaltung und die Schlachtungen der industriellen Betriebe, wie sie im Laufe der letzten Jahre immer stärker um sich gegriffen haben. Es hat der Herr Kollege Kurz gestern in bezug auf die Abgabe des Viehs und den Schleichhandel erklärt, die Bauern trügen die Schuld daran. Er weiß aber ganz genau, wie es draußen steht, er kennt ja die kleinen Verhältnisse, er ist ja selbst so ein kleiner Landwirt. Ich möchte ihm da nur entgegenhalten: er weiß, daß offizielle Personen, und zwar von staatlichen Verwaltungen, im Lande herumgeschickt worden sind, um Vieh und andere Lebensmittel aufzukaufen. Die Leute hatten ihre Bescheinigung, und die Sache ging nicht durch den Kommunalverband, sondern es ging direkt an die Betriebe. Die Eisenbahnverwaltung hatte es in den letzten Jahren so weit gebracht, daß sie einen ansehnlichen Viehstand zusammenbrachte und dann häufig Schlachtungen vornahm. Wenn da ein Ende gemacht wird, könnte, glaube ich, nach dieser Richtung hin wenigstens eine gewisse Besserung eintreten.

Zu der Interpellation Vogel und Gen. möchte ich nur eines bemerken. Wenn die Bevölkerung auf dem Lande die Verhandlungen liest und sieht, wie Mannheim in der Zuteilung von Fleisch bzw. Vieh von der Regierung bedacht wird, dann wird wohl ein allgemeines Kopfschütteln die Folge sein. Die Leute werden es nicht verstehen, wie es möglich ist, daß man der Stadt ganz besondere Zuteilungen macht, während

die anderen Bewohner im Lande knapper gehalten werden. Es ist ja allerdings gesagt worden, daß die besondern Zuwendungen nur auf dem Papier stünden, das selbe trifft aber für uns im Lande draußen auch zu. Wir in den Landgemeinden haben nicht nur fleischlose Tage, sondern wir haben mehrmals fleischlose Wochen. Und die Schweinebestände zur Selbstversorgung sind wahrlich nicht so groß. Da möchte ich nur warnen, und zwar in entzerrtem Sinne, wie der Herr Kollege Kemmle, die Schlachtscheine ja nicht einzustellen. Der Herr Kollege Kemmle hat nämlich eine Warnung an die Regierung ergehen lassen, man möge mit den Schlachtscheinen vorsichtiger umgehen. Ich bin da anderer Meinung, und ich glaube, wenn so ein kleiner Landwirt oder ein Arbeiter sein Schweinle mit großer Mühe und Not groß gebracht hat, wird er doch auch das Tier genießen dürfen. (Lachend links: Das hat ja Herr Kemmle gar nicht gemeint!). Ich glaube, wenn der Herr Kollege Kemmle einmal zu einem seiner Kollegen hinauskommt, der auch das Glück gehabt hat, so ein Schweinle zu schlachten, und er bekommt ein Stück vom Hinterteil dieses Tieres vorgekehrt (Heiterkeit), wird er es auch nicht so von der Hand weisen.

Nun, wie kann denn der Notstand abgeholfen werden? Es wird alles Mögliche vorgeschlagen. Ich bin auch sehr pessimistisch, und ich habe auch keinen rechten Glauben daran, daß die Regierung wirklich Abhilfe schaffen kann, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Lebensmittel in unserem Lande nicht in genügender Menge vorhanden sind. Es fehlt einfach überall daran, auf dem Lande, wie in den Städten, und deshalb können die Mägen unseres Volkes nicht in der Weise befriedigt werden, wie das wünschenswert wäre. Ich möchte aber noch eine besondere Warnung an die Regierung richten, und zwar dahingehend: Wenn jetzt wieder neue Maßnahmen draußen gemacht werden und Durchsuchungen, so möge man ja vorsichtig sein und den Leuten nicht auch noch in das Saatgut eingreifen. Wenn da ein Eingriff gemacht wird, dann gute Nacht für die nächste Ernte, dann haben wir im nächsten Jahre noch viel schlimmeres zu erwarten, als in diesem Jahre. Deshalb ist es notwendig, den Landwirten genügend Saatgut zu belassen, umsomehr als wir jetzt aus Norddeutschland kein solches bekommen; und viele unserer kleinen Landwirte haben im Spätjahre schon Kartoffeln abgegeben in der Meinung, daß sie im Frühjahr Saatgut bekommen. Das bleibt nun aus, und es wird auch dadurch jetzt eine besondere Not entstehen. Wir sind mit unserer Lebensmittelversorgung auf das Ausland angewiesen. Wenn uns das Ausland nicht hilft, dann werden wir wohl mit unserer Ernährung nicht zustande kommen. Ich erinnere daran, was der Herr Ernährungsminister Schmidt in der deutschen Nationalversammlung in Weimar gesagt hat. Er sagte da u. a.: „Wir hätten in nicht geringem Umfange Reis, Öl, Fleisch und Süßfrüchte einführen können, wenn wir dafür als Kompensation Kohle, Kali und Eisen hätten geben können. Das Ausland will nicht unser entwertetes Geld, es will unsere Erzeugnisse. Ich sage es vor aller Öffentlichkeit, daß ich die Verantwortung für die Ernährung der Städte nicht übernehmen kann, wenn nicht Vernunft und Einsicht zurückkehrt. Jeder Streik der städtischen Arbeiter ist ein Verbrechen an der Nation.“ — Wir hören da, daß der Minister in der Lage gewesen wäre, Lebensmittel hereinzubringen, daß aber auf der anderen Seite ein großer Teil der städtischen Bevölkerung selber daran schuld ist, wenn diese Lebensmittel ausgeblieben sind. Ich glaube, wir sind in diesem Hause alle einig und beurteilen diese Streiks. Denn was kommt dabei heraus? Alle diese Streiks, die da stattgefunden haben, sind keine Hungerstreiks, keine Lohnstreiks gewesen, sondern es waren Gewaltstreiks und politische Streiks (Abg. Hertle: Sehr wahr!). Das Volk will Ruhe, will Brot und will Arbeit. Hier aber wird die Arbeit unterbunden.

Nun hat der Herr Kollege Kemmle gestern einen Appell an die Versammlung gerichtet. Es hat mir sehr gefallen, was er da ausgeführt hat. Er hat gesagt: Alles muß zusammenstehen, wir müssen alle zusammenhelfen, um das große Werk der Volksernährung noch bis zur nächsten Ernte zu vollbringen, um hier unsere Bevölkerung durchzubringen. Das ist recht schön und gut. Ich meine, es sollen alle diese Mahnungen hinausrichten an ihre Kreise, nicht zuletzt auch die Herren um den Kollegen Kemmle, an ihre Leute draußen. Auch die Demonstrationsversammlungen und Um-

züge bringen kein Brot. Arbeiten, sagt der Minister Schmidt, heißt es, dann gibt es Brot. Auch die Revolution, das möchte ich besonders sagen, ist nicht in Gefahr, wie man vorgibt, was aber in Gefahr ist, ist das Leben Hunderttausender von armen Kindern und Frauen, wie auch der übrigen Bevölkerung. Hier haben wir Großes zu leisten, hier müssen wir alle eingreifen, hier helfen nur Taten.

Noch ein Wort an die Regierung wegen der Sorge für die nächste Ernte. Die im Lande noch vorhandenen Lebensmittel kann die Regierung nicht vermehren. Aber für die nächste Ernte sollte darauf hingearbeitet werden, eine Produktionssteigerung herbeizuführen, und hier kann durch Beschaffung von Düngemitteln geholfen werden. Wohl haben wir gestern gehört, daß, eben infolge der Streiks, die nötigen Kunstdüngemittel nicht hergestellt werden konnten. Es müssen Düngemittel beschafft werden, und wenn das nicht geschehen kann, dann müssen Streumittel und zwar bis zum äußersten heraus. Hier darf nicht knauserig vorgegangen werden: die Wälder auf die Bauern hereinlassen, damit sie die wertvollen Materialien, die dort noch lagern, herausholen können, um mit deren Hilfe unsere Produktion zu steigern!

Dann noch eine Bemerkung über einen Punkt. Fast jeden Tag bekommt man Anfragen und Gesuche wegen der Entlassung von noch beim Heere befindlichen Soldaten. Auf der einen Seite werden immer noch junge Bauernburschen zurückgehalten, und draußen auf dem Lande ist in der Tat Mangel an Arbeitskräften. Es ist doch noch manche Wittfrau und noch mancher andere Landwirt vorhanden, deren Söhne noch drin in der Kaserne oder sonst in einer Gemeinde im Quartier liegen, wo sie eigentlich keine praktische Arbeit leisten können. Darum: heraus mit ihnen! dem heimatischen Betrieb wieder zugeführt! Auch dadurch kann etwas mitgeholfen werden, um die Steigerung der nächsten Ernte sicherzustellen.

Wenn alle diese Dinge beachtet werden, werden wir vielleicht im nächsten Jahre besser dastehen, als wir es in diesem Jahre sind (Beifall).

Abg. Rieslich (Soz.):

Gestatten Sie auch mir ein paar Worte über die Fleischversorgung. Die Fleischversorgung im badischen Oberland, namentlich in den Industrieorten, ist sehr schlecht. Die Gemeinde Haringen, die 85 Prozent Arbeiterbevölkerung aufzuweisen hat, hat 2 volle Wochen hindurch kein Gramm Fleisch ausgeben können. Woran es da gefehlt hat, weiß ich nicht; jedenfalls machte sich eine tiefe Mißstimmung gegen eine derartig schlechte Versorgung bemerkbar. Genau so sind die Dinge gelagert in Weil, in Steinheim, in Brombach und auch in Bruch; es ist überall großer Mangel. Erschwerend tritt noch hinzu, daß gerade diese Industrieorte mit einer der schlechtesten Kartoffelverfahrungen aufzuweisen haben. Die Bevölkerung ist sehr schwer zu beruhigen und zwar deshalb, weil die Kommunalverbände bestrebt waren, aus den großen Probantämtern in Eimeldingen und Döringen sich Kartoffelbestände zu sichern. Das gelang leider nicht, und die Bevölkerung mußte zusehen, wie Hunderte von Waggons Kartoffeln abgewandert sind. Daß dies jetzt natürlich nicht zur Beruhigung beiträgt, ist ganz selbstverständlich.

Ferner führt die Bevölkerung Klage darüber, daß beispielsweise die Speisewagen in Leopoldshöhe übermäßig beliefert werden. Ich ließ mir bestimmen von Leuten, die es wissen, sagen, daß täglich Fleisch in diese Speisewagen geliefert wird, während die Bevölkerung Not zu leiden hat. Die Eisenbahner waren bestrebt, Wandel zu schaffen, aber es war nicht möglich; daß nicht der Eisenbahner, welcher versuchte, Remedur zu schaffen, Anklage wegen Beamtenebeleidigung erhielt, war alles.

Daß durch solche Vorgänge das Vertrauen zu den Bezirksämtern nicht gehoben wird, muß jedem Kenner der Verhältnisse klar sein. Allerdings kann es auch nicht gehoben werden, wenn man es so macht, wie das Bezirksamt Schönau. Dieses hat im letzten Jahr, im Jahre 1918, einem Landwirt drei Schlachtscheine ausgestellt; das dritte Schwein wurde drei Wochen nach der Revolution geschlachtet; ich habe die Schlachtscheine selbst gesehen — und nun soll diese Fleischlieferung bis zum Jahre 1922 Geltung haben. Ja, wo soll das Vertrauen in die Belieferung noch herkommen, wenn ein Bezirksamt Selbstversorger im Jahre 1918 bis zum Jahre 1922 mit Fleisch versorgen läßt (Sehr richtig!) Ich meine, Sie reden jöhlich über Schwarzschlachtungen: reizt derartiges nicht geradezu zu Schwarzschlachtungen an? Sind solche Dinge nicht dazu

angetan, dem Schleichhandel gerade Tor und Tür zu öffnen? Denn darüber müssen wir uns doch klar sein, daß dieser Landwirt mit seiner Familie die drei Schweine, die bis zum Jahre 1922 verhalten sollen, nicht im Jahre 1918 aufgeessen haben kann.

Dana, hat der Herr Ernährungsminister erklärt, soll jetzt Kontrolle eingeführt werden. Ich darf da auch an das Wort erinnern: Die frohe Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wichtig dürfte sein, was mein Vorgesetzter sagte, daß die deutsche Landwirtschaft nicht mehr in der Lage ist, die gesamte Bevölkerung Deutschlands zu ernähren. Darauf kommt es an. Wir sind ausverkauft bis aufs Letzte; wir müssen uns klar sein darüber; wenn es uns nicht gelingt, bis in wenigen Wochen aus den Ententestaaten Lebensmittel zu bekommen, stehen wir vor einer Katastrophe.

Aber, ich darf wohl voraussetzen, daß nunmehr die Vertreter der deutschen Landwirtschaft auch in der Politik später die nötige Ruhanwendung daraus ziehen und sich erinnern werden, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage gewesen ist, die gesamte Bevölkerung ernähren zu können. Wenn sie nach dieser Richtung hin nicht in sich gehen, dann laufen sie Gefahr, in den Geruch zu kommen, daß sie zu denjenigen gehören, die heute noch Deutschland von allen Zufuhren absperren, selbst in der Lebensmittelgeschichte.

Der Herr Minister hat einen schweren Angriff gegen den Volksrat Lörrach gerichtet. Wie liegen denn die Dinge? In Lörrach sollte am letzten Mittwoch Büchsenfleisch abtransportiert werden. Es handelte sich um einen Eisenbahnwaggon, der dort an das Probiantamt Simoldingen geliefert war und den der Städteinkauf übernommen hatte. Das wurde auf irgend eine Art bekannt. Hunderte von Leuten stürmten aus den Betrieben. Alles drängte nach dem Güterbahnhof und im Nu waren Hunderte von Menschen versammelt, die diesen Eisenbahnwagen stürmen wollten. Die Arbeitslosenkommission hatte alle Hände voll zu tun, um die Plünderung zu verhindern. Der Volksrat hielt eine Sitzung mit dem Bürgermeister und dem Gemeinderat ab. Das wurde bekannt und vor dem Lokal, in welchem die Sitzung stattfand, sammelten sich Hunderte von Menschen. Als das Ergebnis der Beratung feststand, wurden drei Mann des Volksrates dazu bestimmt, dieses Verhandlungsergebnis der erregten Masse mitzuteilen. Ehe aber diese Beschlüsse gefaßt werden konnten, mußten die Volksräte alles aufgeben, hatten sie alle zu tun, um die Türe zu schützen, damit nicht die erregte Volksmasse, unter der Einzelne mit Handgranaten und Revolvern bewaffnet waren (Zuruf vom Zentrum: Woher haben sie die gehabt?), hineingelangen konnten. Nur unter eigener Lebensgefahr der Volksräte gelang es, den Bürgermeister zu retten; bedauerlicherweise ist auf ihn geschossen worden. Wir bedauern das alle; aber, es ist viel leichter, in diesem hohen Hause Angriffe gegen den Volksrat zu erheben, als in einer solchen Situation mit eigener Lebensgefahr Ruhe und Ordnung zu schaffen, damit man dann Leben und Eigentum wieder schützen kann. Wir wollten nun, um die Volksmänner — zerrügigen, auch am Samstagnachmittag eine große Versammlung abhalten. Der Volksrat hat am Freitag nachmittag mit dem Bürgermeister eingehend die ganze politische Lage besprochen. Wir haben uns darüber geeinigt, was wir dem Volke draußen sagen wollen, was wir mitzuteilen hätten. Die Erregung stieg aber stündlich, und es wurde uns Donnerstag Nacht bestimmt versichert, daß ein Angriff auf das Bezirksamt gemacht werden solle und daß man die Läden stürmen wolle. Der Oberamtmann bat mich, am Freitag vormittag zu ihm zu kommen. Ich beriet mit ihm die Situation und riet ihm dringend, sofort unauffällig abzureisen, weil ich leider nicht mehr in der Lage war, für sein Leben zu garantieren, da die erregten Volksmassen drohten, über unsern Kopf hinwegzugehen, und uns als Verräter des Volkes bezeichnen, weil wir versuchten, die Beamten zu decken, soweit es in unserer Macht stand (Zuruf aus dem Zentrum: Die Geister, die ich rief, werd' ich nicht mehr los!). Ach nein, da wenden Sie sich an eine falsche Adresse. Die Kriegerpartei ist schuld, daß das Volk in einem solchen Elend steckt, und es gibt ja heute noch Leute, die da wünschen, daß der Krieg noch bis 1920 gegangen wäre (Rufe rechts: Wer?), trotzdem man mußte, wie die politische Lage, wie das Ernährungswesen usw. in Deutschland stand (Rufe rechts: Namea nennen!).

Nun stieg die Fieberhitze immer weiter (Zurufe rechts). Wir haben versucht, den Boden zu glätten (Wiederholte Zurufe rechts). — Der Präsident bittet, Zwischenrufe zu unterlassen. Wir versuchten nun, durch diese Versammlung Aufklärung zu schaffen. Aber in der Freitagnacht wurde uns

mitgeteilt, daß wir wohl kaum in der Lage sein würden, die Volksmassen in der Hand zu behalten. Wir haben dann am Samstag vormittag beraten, was zu tun ist. Wir entschlossen uns, die Versammlung nicht abzuhalten, trotzdem sie publiziert war. Wir haben vormittags von 8—9 Uhr rasch in einer fieberhaften Spannung das Plakat entworfen, welches bis 11 Uhr mittags, vor Fabrikschluß heraus sein mußte, damit die Volksmassen unterrichtet werden konnten wie die Lage sich gestaltet. Da mag dem Volksrat es passiert sein, daß er nicht das richtige Wort im richtigen Moment fand. Anstatt daß wir schrieben: der Herr Geheimrat Dörle ist außer Dienst gesetzt, hätte man schreiben können: Herr Geheimrat ist zurzeit außer Dienst. Durch diese Änderung hätte sich allerdings ein anderer Sinn ergeben. Aber in einem solchen Moment, wo die Spannung auf das Fieberhafteste gestiegen ist, wo es darauf ankommt, die Volksmassen zu beruhigen, kann man eben mitunter auch nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen, und deshalb war der Angriff des Herrn Ministers ganz deplaziert und es war nicht angebracht, hier einen Vorwurf gegen den Volksrat zu erheben. Der Volksrat in Lörrach hat das getan, was er tun konnte, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Wenn es einem gelingen konnte, das fertig zu bringen, dann nur dem Volksrat, weil allen anderen Behörden das Vertrauen abgesprochen worden und zum großen Teil in der Tat leider nicht mehr vorhanden ist. Unsere Schuld ist das nicht. Deshalb hätte der Herr Ernährungsminister, ehe dieser Angriff gemacht wurde, sich erkundigen können, wie die Dinge stehen. Er hätte dann Aufklärung erhalten, und ich wäre nicht genötigt gewesen, all das im Plenum vorzutragen (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Hört, hört! rechts).

Abg. Martin (Zentr.):

Eine der hier zur Verhandlung stehenden Petitionen befaßt sich mit dem Gedanken des Abbaues der Preise. Da sagen wir nun: wenn man an den Abbau der Preise herangeht, so darf das entschieden nicht einseitig in der Weise geschehen, daß man nur an einen Abbau der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse denkt, sondern im gleichen Moment muß auch an einen Abbau der Preise für Handel- und Industrieprodukte herangegangen werden (Sehr richtig! bei der Deutsch-nationalen Volkspartei). Gegen einen Abbau der Preise nur einseitig für landwirtschaftliche Produkte werden wir Bauern uns mit aller Kraft und Entschiedenheit wehren (Abg. Schöpfl: Und streiten!), denn die Preislage mancher landwirtschaftlichen Produkte ist in der heutigen Zeit und unter den heutigen Verhältnissen so, daß der Erzeuger nicht mehr auf seine Kosten kommt. Ich will nur an einen hauptsächlichlichen Artikel erinnern, die Milch. Die Erzeugung der Milch kommt uns zurzeit weit höher zu stehen, als der Preis, den wir für die Milch erhalten. Die konsumierende Bevölkerung kann die Milch — wir verlangen das auch gar nicht — zurzeit nicht so teuer bezahlen, wie das Produkt uns selber zu stehen kommt und wie es bewertet werden müßte. Ebenso verhält es sich mit der Fleischmahlung. An der Viehhaltung und verdient der Bauer zurzeit garnichts, und die Brotfrucht hat eine Preislage wie schon in manchen Zeiten vor dem Kriege. Infolge dieser Umstände, infolge dieser Preislage der wichtigsten Produkte, würde es mich wundern, zu hören, in wie fern und in wie weit der Landwirt eigentlich noch besonders große Gewinne herauschinden könnte.

Nun ist aber nicht die mäßige Preislage unserer Produkte die Hauptursache manchen Unwillens und mancher Mißstimmung in der bäuerlichen Bevölkerung, sondern der Grund ist ein anderer. Der hauptsächlichste Grund der Unzufriedenheit und des Unwillens liegt in der unerhörten Überforderung bei der Beschaffung unserer notwendigen Bedarfsartikel. Hier will ich vorausschicken: ich richte den Vorwurf nicht gegen kleinere und mittlere Geschäftsleute und Kaufleute, sie werden von ihren Lieferanten ebenso überfordert, wie ihre Abnehmer. Aber es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß große Teile des Handels und der Industrie während der letzten vergangenen Jahre, weit höhere Gewinne gemacht haben, als das beim Landwirt der Fall war. Das ist ein unbestreitbares Kapitel, über das die Abrechnung noch nicht abgeschlossen ist. Dieser Zustand aber ist ein hauptsächlichlicher Nährboden des Schleichhandels, denn aus diesen Umständen und Zuständen heraus sagen sich auch die Bauern im Laufe der Zeit: Warum sollen denn wir stets nur billig verkaufen, wenn wir bei all dem, was wir an Bedarfsartikeln brauchen, in unerhörter und zum Teil in unverhältnißmäßiger Weise das Geld aus der Tasche gezogen bekommen. Ich will hier nur an einige

auffallende Unterschiede erinnern. Wir bekommen für ein Pfund Rohhäute zurzeit etwa 70 Pfennig, bezahlen aber dagegen das Pfund Leder mit 8, 10, 12 Mark und noch höher (Abg. Schöpfle: hört, hört!). Die Rohwolle gibt der Schafhalter ab das Pfund für 3,5 M., und im gebrauchsfertigen Zustand bezahlen wir das Produkt mit 40 und 50 M. und vielleicht noch höher. Kaufen wir eine Viehbürste, die zu normalen Zeiten 70 bis 80 Pfennig gekostet hat, so zahlen wir heute 7 bis 8 M. Kaufen wir eine Milchmaschine, die vor dem Krieg 200 bis 220 oder 250 M. gekostet hat, so zahlen wir heute 500, 600, 700 und noch mehr Mark; und im gleichen Verhältnis ist der Preis der anderen Maschinen, der Futtererschneidemaschinen z. B., und anderer Gebrauchsgegenstände gestiegen.

Dazu kommt noch ein anderer Umstand. Der Bauer sagt: Wir geben unsere Produkte in natürlichem, in echtem Zustand ab, wir verändern daran nichts, wir geben das Fleisch z. B. ab, wie es an dem Ochsen, an der Kuh und an dem Schwein wächst; wir verändern an der Butter nichts usw. Aber bei den Produkten, die wir vielfach kaufen, sind wir trotz der vielfach unverhältnismäßig teureren Preise noch angeschmiert. Vielfach machen wir, wenn wir die Artikel in Gebrauch nehmen wollen, die Wahrnehmung, daß wir sie in ein paar Tagen auf den Markt werfen und nichts damit anfangen können, obwohl wir sie unverhältnismäßig teuer erworben haben. Daraus hat sich ein Zustand entwickelt, daß wir soweit sind, daß einer ein Unrecht mit dem des andern entschuldigt und zu entschuldigen sucht. Anfangs beschränkte sich ja der Schleichhandel auf Lebensmittelprodukte kleinerer Art; jetzt, im Laufe der Zeit und namentlich in letzter Zeit überträgt sich dieser verwerfliche Mißstand auch auf den Umsatz mit Vieh. Und wenn wir der Ursache dieses Umstandes nachgehen, so finden wir die Veranlassung dazu hauptsächlich im Angebot. Nur ein Beispiel: Vor etwa 14 Tagen wurde aus meiner Gemeinde ein schwerer Schlachtochse an den Kommunalverband abgeliefert. Die Frau, die ihn zur Ablieferung brachte, erzählte mir: „Jetzt will ich Ihnen sagen, was ich für den Ochsen hätte bekommen können, wenn ich ihn auf einem anderen Wege verkauft hätte. Vor wenigen Tagen waren zwei auswärtige Händler bei mir, ob Metzger oder Händler weiß ich nicht, die boten mir für den Ochsen den Preis, den der Kommunalverband bezahlt, den gesetzlichen Höchstpreis und dazu noch 1000 M. Tringeld.“ Da muß man sich doch fragen, wer ist dann das Fleisch von einem Tier, das auf diese Art erworben und mit diesem Preis bezahlt wird? Und andererseits darf man auch die Frage aufwerfen und für uns zur Entschuldigung anführen: Wer würde auf die Dauer dem verlockenden Angebote widerstehen können, vielleicht in fünf Minuten 1000 M. zu verdienen?

Zur Frage der Fleischversorgung nur noch wenige Worte. Einen hauptsächlich Grund der jetzt leider in mangelhaftem Maße vorhandenen Fleischversorgung erblicke ich persönlich unter anderem insbesondere in der mir nie sympathisch gewesenenen Maßnahme gegenüber der Schweinehaltung und Schweinemast und insbesondere der Preispolitik für die Mastschweine. Ich weiß recht wohl, daß diese Maßnahme unter dem Gesichtspunkt erlassen worden ist, daß das Schwein dem Menschen das Brot und die Kartoffeln wegfrißt. Bis zu einem gewissen Grade mag dieser Grund seine Berechtigung haben, das will ich gar nicht bestreiten. Aber man hat bei Erlassung dieser Maßnahme doch vergessen, daß man in unseren klein- und mittelbäuerlichen Verhältnissen ganz wohl in der Lage gewesen wäre, ohne irgend welches Produkt, das der menschlichen Ernährung direkt hätte zugeführt werden können, in Anspruch zu nehmen, zwei oder drei Schweine in den meisten Betrieben zu halten. Aber die Aufzucht und Haltung der Schlachtschweine war bei der Preispolitik vollständig unmöglich. Denn heute liegt die Sache so: wenn wir heute ein vor 5, 6 oder 7 Monaten gekauftes Schlachtschwein abliefern und geben es an den Kommunalverband ab, so erlösen wir trotz mehrmonatlicher Arbeit nicht mehr das dafür, was wir heute im Ankauf für es ausgegeben haben. Aus einem Schwein, das vor einem halben Jahr meinetwegen mit 20 oder 30 Pfund zu 150 oder 160 M. gekauft worden ist, erlösen wir heute, wenn es 2 Zentner wiegt, knapp daselbe oder noch etwas weniger. Nun möchte ich einmal fragen: Wer wollte den Bauer für einen solchen Esel halten, daß er ein Schwein ein halbes Jahr füttert und dann noch Geld verliert. Da sollte man endlich einmal diese Ungerechtigkeit unserer Kriegswirtschaft beseitigen, die zu dem Unglücklichsten gehört, was wir in der ganzen Kriegswirtschaft zu verzeichnen haben. Ist es unter diesem Gesichtspunkt nicht zu verstehen, wenn der Bauer sich weizert, auf diesem Wege und zu diesem Preise ein Schlachtschwein abzugeben? Ich glaube annehmen zu dürfen, daß das eine und andere

Schlachtvieh auch jetzt noch aufzutreiben wäre, und man könnte es dem Verbraucher noch zuführen. Aber der Bauer sagt: Unter keinen Umständen gebe ich ein Tier aus dem Stalle, an dem ich ausgerechnet noch Geld verliere. Und von diesem Gesichtspunkt aus muß man den Standpunkt, obwohl er nicht zu billigen ist, verstehen, wenn der eine und andere ihn schärfer vertritt und sagt: „Ehe das Tier aus dem Hof kommt, schlage ich es tot, oder wer es holen will, muß gewärtig sein, was ihm passiert.“

Bezüglich der Zurückhaltung möchte ich sagen, daß vielfach übertrieben wird. Es mag Fälle geben, wo ein strafliches Zurückhalten vorliegt, aber in den meisten Fällen beruht das Zurückhalten nur in der Sorge um den eigenen Bedarf. So glaube ich auch, daß im Laufe des Frühjahrs die sehr mangelhafte Kartoffelversorgung eine Besserung erfahren dürfte. Ich glaube Kenntnis davon zu haben, daß in manchen bäuerlichen Betrieben noch Überschüsse an Kartoffeln vorhanden sein werden (Hört, hört! links), aber nicht in großen Quantitäten. Aber vorerst möchte der Bauer die Saat für die nächste Ernte gesichert haben. Er weiß nicht, was er dieses Jahr an Saatgut braucht, weil ein großer Teil der jetzt vorhandenen Vorräte solcher Qualität ist, daß mit Abgängen gerechnet werden muß, die ausgeschieden werden müssen, so daß der Bauer ein klares Bild über die erforderliche Quantität zur Sicherstellung seiner diesjährigen Ernte nicht hat. Ich glaube, da ist kein Vorwurf berechtigt, wenn er diese Vorsichtsmäßigkeit trifft; denn das erste, um Durchhalten zu können, ist eine richtige Bestellung der Felder.

Nach der Saat, glaube ich, wird mit gutem Willen und restlos aller noch vorhandene Überschuss abgegeben werden.

Gerade bei der Kartoffelversorgung möchte ich noch auf eines aufmerksam machen. Zu mir sind im Herbst kurz nach der Ernte häufig Leute gekommen und haben angefragt, ob noch keine Kartoffellieferungen stattfinden könnten. Wochenlang haben wir auf Aufträge gewartet; die Leute hätten ihre Kartoffeln gern vom Acker und von der Scheune auf die Bahn geführt. Aber nichts war bereit, man konnte weder Frachtbrief noch Wagen erhalten. Erst in dem Augenblick, als die Gefahr des Erfrierens eintrat, also viel zu spät, kamen die Aufträge. Auch da muß ich einen gewissen Vorwurf gegen die maßgebenden Stellen der Kartoffelversorgung erheben. Und nun haben wir die gleiche Erfahrung mit der Heuablieferung gemacht. Mir ist bekannt, daß in meiner Gemeinde Bauern ihr Heu wochenlang auf dem Wagen abfahrtsbereit stehen hatten. Sie habens wieder abladen müssen (Hört, hört!). Derartige Dinge bewegen nicht zur Bereitwilligkeit.

Ich kann zum Schluß nur nochmals kurz konstatieren, daß auch in dem weitaus größten Teile der bäuerlichen Kreise ein Verständnis für die Not der Zeit, insbesondere für die Not der städtischen Bevölkerung, vorhanden ist, und auch ein guter Wille, zu helfen. Aber man soll auch unsere Verhältnisse in gerechtem Sinne beurteilen und uns Gerechtigkeit angeeignen lassen (Beifall beim Zentrum).

Minister für Ernährungswesen Trunk:

Gestatten Sie mir die Bemerkungen, die mit Rücksicht auf die Ausführungen notwendig sind, die bisher von den Herren Rednern zur Sache gemacht worden sind, zur Sache: zu den Interpellationen, aber auch zur Sache allgemein, denn die Herren haben sich sehr weitgehend allgemein auf dem Gebiete des Ernährungswesens bewegt.

Zunächst hat der Herr Abg. Kieselich vorhin die Frage der Absetzung des Herrn Amisvorstands in Vörrach durch den Volksterrat Vörrach zur Sprache gebracht. Ich habe keinen Angriff an sich gegen den Volksterrat Vörrach erheben wollen. Ich habe die Tatsache feststellen wollen, die auch bereits in der Presse Mitteilung gefunden hat, und ich habe aus dieser Tatsache meinerseits lediglich die Erwägung abgeleitet und diese Erwägung den Leuten, die es angeht, in Stadt und Land anheimgeben wollen: welche Folgen denn daraus erwachsen müssen, wenn so vorgegangen wird. Ich bin der Auffassung, wenn in Vörrach droben, etwa getrieben von unbeschreiblicher aufgeregter Arbeiterschaft, der Volksterrat Vörrach die Absetzung des Amisvorstandes dekretiert, dann ist es nicht zu verwundern, wenn auch in Sickingen, in Elsenz und, nun auch gestern erneut in Windschlag droben die Bauern die Kommissionen der verschiedenen Art aus den Dörfern hinausjagen und hinausprügeln. Es wird eben auch schließlich in den Dörfern bei den Bauern gesagt: Was der Arbeiterschaft in den Städten und was dem Volksterrat in Vörrach recht ist, das ist uns Bauern billig (Sehr richtig! beim Zentrum). Es mag beides unver-

nünftig sein, — ich gebrauche das harte Wort unvernünftig, denn es ist unvernünftig angesichts unserer Gesamtverhältnisse mit Bezug auf die Ernährung —, aber wenn auch beides unvernünftig ist, ich muß konstatieren, daß es geschieht, und ich muß mit eindringlichster Stimme davor warnen, daß es weiter geschieht. Auch mit Bezug auf Windschlag wurde gestern abend dringlich Militär verlangt, damit dem Gesetze Beachtung verschafft werden könne, Beachtung gegenüber dem Produzenten, der seiner Ablieferungspflicht nicht nachkommen will.

Ich meinerseits habe nur den Wunsch, es möge die Industriebevölkerung, die Arbeiterschaft in Stadt und Land, fernerhin ihrerseits das gute Beispiel geben, daß sie die Verhältnisse erwägt und mithilft auf dem Wege, auf dem der Landesauschuß der Arbeiter- und Volksträte bisher mit uns zusammengearbeitet hat. Wenn Beschwerden vorhanden sind, Klagen aller Art, so mag man sie durch den Landesauschuß uns mitteilen, und man kann allseits versichert sein, soweit es irgendwie menschenmöglich ist, den Beschwerden nachzugeben, ihnen abzuwehren, so soll es geschehen. Es ist ja der parlamentarische Ernährungsbeirat wieder zu bilden, er mag uns mithelfen. Und es ist mir gestern abend durch den Herrn Abg. Maier noch der Vorschlag gemacht worden, wir sollten unter Umständen nach den Bezirken, wo erhebliche Klagen auskommen, parlamentarische Untersuchungskommissionen hinaus-schicken, gebildet aus Mitgliedern der verschiedenen Parteien, um nach dem Rechten zu sehen und mitzuhelfen, den Klagen Einhalt zu tun und Beschwerden abzustellen. Ich kann Ihnen erklären, das Ernährungsministerium wird recht gern auf diesem Wege mithelfen. Es soll den Beschwerden entgegengekommen werden, sie sollen untersucht werden, wo irgendwie etwas nicht in Ordnung ist — und es wird ja auf dem gewaltigen Gebiete der Tätigkeit im Ernährungswesen schließlich bei dem einen oder anderen fehlen, und zwar deshalb, weil auch die Menschen, die da in der Verwaltung tätig sein müssen, eben auch Menschen sind, fehlbare Menschen, wie die anderen Menschen schließlich auch. Mit diesem Appell möchte ich es meinerseits bewenden lassen.

Es ist dann darüber geklagt worden, daß für die Speisewagen in Leopoldshöhe zu viel Lebensmittel gegeben würden. Es soll das nicht sein. Wir werden der Klage nachgehen, wir werden auch hier, wenn hintenherum eine Überversorgung stattfindet, entsprechende Einreihen, denn wir können nicht wünschen, daß man in den Speisewagen recht gut während man sonst allseits im Lande diese gute Ernährung vermisst.

Über den Fall Riedichen-Schönau hinsichtlich der drei Schreine waren wir bisher nicht dahin informiert, wie der Herr Abg. Kieselich die Sache vorgebracht hat (Abg. Kemmle: Es ist ein gerichtliches Verfahren im Lauf!) Ich weiß, es sind Akten bei der Staatsanwaltschaft erwachsen, ich habe feststellen können, daß Anklage gegen einzelne Mitglieder des Arbeiterrats Zell erhoben worden ist. Ich werde so bald und so rasch wie möglich die Akten zu erhalten suchen, und wir werden feststellen, inwiefern etwa vom Kommunalverbande Schönau ein Unrecht begangen worden ist. Wenn die Bestimmungen nicht eingehalten worden sind, so wird das Ministerium auch in der Hinsicht einschreiten. Aber gerade mit Bezug auf diesen Fall muß ich fragen: Weshalb war es denn notwendig, daß der Arbeiterrat Zell zu dem Bauern Meier in Riedichen hinausriefe, um ihm das Schwein abzuholen? (Abg. Kieselich: Die Menge war eben sehr erregt!) Man hätte doch vielleicht der Erregung gewisser Volksmassen auch damit entgegenzutreten können, daß man gesagt hätte: Wir gehen sofort ans Telefon oder zum Telegraphenamt, und wir telegraphieren an den Landesauschuß, die Abgg. Kemmle und Maier — sie sind zweifelsohne oben als energische Männer bekannt, die auf Beschwerden der Arbeiterschaft recht gerne die nötige Rücksicht nehmen — ersuchen beide, daß sie sofort tätig werden! — Sie können versichert sein, wenn's so gegangen wäre, wenn das Ministerium auf diesem Weg davon erfahren hätte, hätte es sofort den Herrn Kemmle oder den Herrn Maier gebeten, mit dem nächsten Zug oder mit dem Auto nach der Gegend zu fahren, dort sofort nach dem Rechten zu sehen und fernerseits im Benehmen mit uns auszubrennen, was auszubrennen gewesen wäre. Das wäre jedenfalls besser gewesen, als daß man gewalttätig und selbstgewaltig eingreift. Ich möchte konstatieren, daß dieses selbsttätige und selbstgewaltige Eingreifen in die Staatsmaschine eben schließlich dazu führt, daß mit der Zeit die Maschine anfängt ins Schlagen zu kommen, und daß sie zuletzt versagen muß, insbesondere aber versagen muß nach der Seite der städtischen Verbraucher. Denn

wenn diese Vorkommnisse des selbstgewaltigen Eingreifens, wie sie da und dort bei der Arbeiterbevölkerung zu bemerken sind, weiter hinausgreifen aufs Land, dann, glaube ich, bricht die Katastrophe über die Städte herein (Sehr richtig! beim Zentrum).

Ich bedaure, daß von der Landwirtschaft so lebhaft über die hohen Preise des Handelsbedarfsartikels, Kleider, Stiefel usw. geklagt werden muß. Ich bin leider nicht in der Lage, daran etwas zu ändern. Zur Beurteilung der Frage, ob man in Berlin etwas daran ändern kann, fehlen mir die Unterlagen. Ich glaube, es wird daran eben sehr viel der außerordentliche Mangel an Rohstoffen schuld sein. Dazu kommen die allgemeinen Umstände mit Bezug auf die Arbeit, die ja in allen möglichen Richtungen vorhanden sind. Soweit wir in dieser Beziehung etwas tun konnten, haben wir's m. E. getan: wir haben von freigewordenen Excessbeständen soviel erfasst, als unter allen Umständen möglich gewesen ist; wir haben bei der Verteilung dieses freigewordenen Excessgutes, auch mit Bezug auf Leder, Kleidung usw. für die badische Bevölkerung zu halten gesucht, was immer möglich gewesen ist, und wir haben die Verteilung zu möglichst billigen Preisen veranlaßt. Ich glaube, die Landwirtschaft wird in der Hinsicht manches und zwar zu durchaus erträglichen Preisen haben erhalten können. Ich bitte die Landwirtschaft, auch das zu bedenken.

Wenn dann infolge der Absperrung der Bezirke hinsichtlich der Viehausfuhr etwa Klagen der Händler kommen werden, so werde ich die Händler bedauern; ich werde ein Ersehen damit haben, daß sie in der Tat mehr oder weniger um Verdienst, vielleicht auch in gewisser Hinsicht um ihren Verdienst kommen; denn es mag auch, insbesondere so in den Bezirken draußen, manchen Händler, manchen kleinen Viehhändler geben, der dort auch nichts zu lachen hat. Aber davon bitte ich überzeugt zu sein: keinerlei Sonderklage, keinerlei Sonderwunsch wird uns beirren können in den Maßnahmen, die wir im Interesse der Gesamtheit als absolut nötig erachten; ich werde darauf halten, daß die Bezirkssperrre insoweit durchgeführt wird, als es irgendwie notwendig ist, damit die Bedarfsstädte und die Bedarfskommunalverbände ausreichend mit Fleisch beliefert werden können.

Die Viehkataster — ich muß nochmals ein Wort dazu sagen — nachdem der Herr Abg. Kurz davon gesprochen hat — haben in Bayern absolut versagt. Deshalb wollen wir diese Art der Kontrolle nicht einführen. Wir können dem Bauern in diesen Monaten nicht zumuten, daß er zu uns komme, sondern wir müssen dazu übergehen, zu ihm in den Stall zu kommen, obwohl ich weiß, daß das auch nicht so ganz leicht sein wird; aber immerhin werden wir's eher können, als daß wir den Bauern dazu zwingen, mit seinen Meldungen zu uns zu kommen. Deshalb wird diese Bestandskontrolle allmonatlich in den Ställen — nicht im Zimmer bei der Großmutter — stattfinden; wir werden dafür Sorge tragen, daß sie in den Ställen stattfindet. Auch die Arbeit der Milchausschüsse muß im Stall des Bauern stattfinden. Damit die Sache richtig funktioniert, werden wir sehen, all den Beamten, die in dieser Arbeit tätig sind, geldlich entgegenzukommen, damit sie in der Lage sind, ihre Pflicht zu erfüllen; wir werden in den einzelnen Bezirken dafür sorgen, daß die vorhandenen Bezirksmilchkontrolleure auch ihrerseits diese Bestandsüberwachung kontrollieren. Dann werden wir auch die Herren Bezirksärzte ersuchen, ihrerseits bei dieser Kontrolle mitzuwirken. Ich weiß nun ganz genau, an der Ausführung dieser Maßnahmen wird manches nicht so sein, wie wir es wünschen; der Erfolg wird kein ganzer sein. Aber ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß wenn von allen Seiten die Pflicht erfüllt wird, doch etwas dabei herauskommen werde, und ich bin der Auffassung, daß es etwas durchaus Bemerkenswertes sein wird, was dabei herauskommt.

Der Herr Abg. Kurz hat gemeint: die Viehkataster mit der Zeichnung jedes Tieres, wonach jedes Tier seine Nummer bekommt; das wären nicht nur die Viehkataster, sondern das wäre auch die Einführung der Ohrmarke. Ich gebe zu, das wäre ein wesentlicher Schritt weiter zur Kontrolle. Wir sind aber der Auffassung, es wäre zur Zeit nicht möglich, etwa so und soviel Hunderttausend von Stück Rindvieh mit der Ohrmarke zu versehen. Dann ist uns weiter von sachverständiger Seite gesagt worden, auch die Ohrmarke sei nicht ein ganz durchgreifendes Heilmittel, denn die Ohrmarke würde leicht abfallen; und wenn eben ein Stück Vieh nicht mehr vorhanden sei, dann werde nach wie vor auch mit allen möglichen Entschuldigungsgründen operiert werden. (Abg. Kurz: Ab-

fallen müssen. Herr Minister!) — ja, sie würden wohl in einzelnen Fällen auch abfallen müssen. Der für das Ministerium entscheidende Gesichtspunkt ist aber, wie gesagt, gewesen, daß es jetzt wohl nicht angeht, jedes Stück Rindvieh mit einer Ohrmarke zu versehen; zu derartig gewaltigen Maßnahmen dürfen wir m. E. in diesen Monaten nicht schreiten.

Wir werden der Landwirtschaft für Düngemittel sorgen, soviel das irgendwie möglich ist. In diesem Zusammenhang möchte ich nur die Hoffnung aussprechen, daß in der Tat die Streiks und insbesondere diejenigen mit Bezug auf die Gewinnung von Kali und mit Bezug auf die Erzeugung von Stickstoff aufhören. Es ist Tatsache, daß wir dadurch Mangel an Düngemittel haben, daß eben vielfach gestreikt worden ist. Ich darf aber bitten, auch in Rücksicht zu ziehen, daß Kali und Stickstoff unter denjenigen Waren sind, die wir brauchen könnten, um dagegen gewisse Nahrungsmittel aus dem neutralen oder feindlichen Ausland wieder zu erhalten. Es wird da, um das Richtige zu treffen, weise Politik notwendig sein: den Bauern an Düngemitteln zu geben, was ihm zukommen muß, — und auf der anderen Seite soviel zu erübrigen, daß dagegen Lebensmittel für die Verbraucher hereingeholt werden können.

Es wird nicht gewünscht, daß die Bauern jetzt ihre Saatkartoffeln abgeben, sie dürfen ihre Saatkartoffeln zunächst behalten. Es wird in Frage kommen, daß sie dann, wenn Saatkartoffeln von Norddeutschland kommen, wieder entsprechende Mengen abgeben können anstelle dessen, was sie jetzt als Saatkartoffel zugeführt erhalten können. Wir haben durchaus Aussicht, das die bestellten Saatkartoffeln aus Norddeutschland kommen (Abg. Seubert: Zu welchem Preise?). Die Preise für Saatkartoffeln sind allerdings höher als die sonstigen Kartoffelpreise. Wir haben aber bereits erklärt, und das will ich auch hier wiederholen: Wenn die Landwirtschaft die eintreffenden Saatkartoffeln nicht wünscht und lieber ihre eigenen Kartoffeln behält, dann mag sie das rechtzeitig erklären, wir werden dann Gelegenheit nehmen, diese eintreffenden Saatkartoffeln den Städten als Speisekartoffeln zuzuführen. Die Städte werden m. E. froh sein, dann diese Kartoffeln zu bekommen.

Es mag möglich sein, daß in den Städten Kartoffelvorräte über die zulässigen Mengen hinaus vorhanden sind, daß man sich übermäßig eingedeckt hat. Wir unsererseits können es den Städten nur anheimstellen, auch bei der städtischen Bevölkerung, event. bei den entsprechenden Teilen der städtischen Bevölkerung eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Kartoffelvorräte in den Kellern durchzuführen und etwaige Übermengen für die Gesamtheit der städtischen Bevölkerung einzufordern. Das wird jedoch, so wie die Stimmung in den Städten ist, keine ganz leichte Sache sein. Aber wir sind auch der Auffassung, eine gewisse Übereindeckung wird in den Städten vorhanden sein, und es könnte unter Umständen ein gewisser Vorrat von Kartoffeln auch durch eine derartige Nachkontrolle und Einhebung in den Städten herauskommen.

Mit Bezug auf die sogenannten Saatkartoffeln, die Mannheim im Odenwald habe einkaufen lassen, werden unsererseits Feststellungen veranlaßt. Es kann möglich sein, daß hier etwa Mannheim nicht ganz ordnungsgemäß verfahren ist. Es kann aber auch möglich sein, daß für landwirtschaftstreibende Vororte von Mannheim wirklich Saatkartoffeln aufzukaufen versucht worden ist (Abg. Kemmle: Jedes Jahr ist das gemacht worden, das ist ganz selbstverständlich!). Es ist vielleicht nicht ganz richtig verfahren worden, weil die erforderlichen Verträge zum Ankauf von Saatkartoffeln unter Umständen nicht abgeschlossen worden sind. Es wird insbesondere im Odenwald so aufgefaßt nach der Art, wie angekauft worden ist, daß man Kartoffeln zu Speisezwecken eben hintenherum als Saatgut zu höheren Preisen aufzukaufen versucht hätte. Das letztere könnte unter keinen Umständen gebuldet werden, denn es wäre wieder eine von den Maßnahmen, die die Erfassung der Kartoffeln ganz erheblich erschweren würden. Wir machen Feststellungen und werden das Geeignete veranlassen.

Wenn vorher der Herr Abg. Martin gesagt hat: Zu der Zeit, als die Kartoffeln und das Heu zwar vorhanden waren, waren die Kartoffeln und das Heu zwar vorhanden, aber sie sind nicht abgenommen worden, so darf ich dazu nur bemerken: Das Ministerium und auch die Bezirksbehörden sind zweifellos an dem Mißstand nicht schuld gewesen. Ich darf den Herrn Abg. Martin an die Verkehrserschwerungen erinnern, die in den Zeiten vorhanden gewesen sind. Das Ministerium und die Bezirksbehörden konnten diese Transportschwierigkeiten nicht in dem Maße

überwinden, wie das wünschenswert gewesen wäre. Da wäre es notwendig gewesen, daß die Entente uns nicht derartig mit der Abnahme des Eisenbahnmateriale kritisiert hätte, wie das z. B. insbesondere durch Frankreich geschehen ist (Abg. Seubert: Sehr richtig!).

Es ist gewünscht worden, daß die Kontrollen bei der Landwirtschaft aufhören. Das kann ich nicht zusagen. Wir können ohne die Kontrollen in den nächsten 4 bis 6 Monaten nicht durch. Ich muß die Landwirtschaft bitten, all diese Kontrollen, Bestandsaufnahmen, Sicherstellungskommissionen usw. in den nächsten Wochen noch zu ertragen. Ich kann mir vorstellen und kann es nachempfinden, daß der Landwirt, der, Einsehen hat, der Gewissen hat und der bisher ordnungsgemäß abgeliefert hat, es unangenehm empfindet, daß er Kontrolle auf Kontrolle ertragen muß. Aber auch diese Teile der Landwirtschaft müssen erkennen, daß es auch unter der Landwirtschaft räubige Schafe, wenn ich mich so ausdrücken darf, gibt. Es gibt auch dort Leute, die in der Tat lieber zu Wucher- und Schleichhandelspreisen abgeben als auf dem ordentlichen Wege der öffentlichen Einhebung und Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Wegen dieser Bauern, die ihre Pflicht nicht tun wollen, sind die Kontrollen zu ertragen. Sie sind nicht zu entbehren; davon bitte ich, die Landwirte draußen zu überzeugen. Ich bin durchaus davon überzeugt, wir würden den Zusammenbruch viel, viel rascher erleben, als er aus den oder jenen Umständen an sich in Betracht kommen kann, wenn wir unsererseits dazu übergehen wollten, die Kontrollen zu erleichtern oder etwa ganz zurückzuziehen. Was wir tun konnten, das war, daß wir dafür gesorgt haben, daß ungeeignete Beamte als Kontrollreue wegkommen. Es ist viel geklagt worden über sogenannte preussische Kontrollreue. Wir haben in der Hinsicht eine ganz genaue Durchschau bei den Kontrollreuen vorgenommen, und die sogenannten preussischen Kontrollreue, wobei ich bitte, das „preussisch“ in Anführungszeichen zu verstehen, sind auf unser Einschreiten beseitigt worden (Weisfall im Zentrum).

Von den Einquartierungen, glaube ich, wird die ländliche Bevölkerung in absehbarer Zeit erlöst werden. Die Regierung ist mit allen Kräften tätig, damit die Entlassung des Jahrganges 1899 erfolgt und die Reste des Heeres abgebaut werden.

Die Preise sind ein Gebiet, auf dem wir eigentlich gerade zur Zeit am meisten leiden. Wir stehen da in einer brandenburgischen See sondergleichen. Von allen Seiten stürmt es auf uns ein. Einerseits verlangt man Preiserhöhungen, andererseits kommen die Klagen, daß die Preise zu hoch seien, daß vor allem die Lebensmittelpreise gesenkt werden müßten. Ich kann nur grundsätzlich erklären: es muß alles getan werden, daß die Preise nicht erhöht, sondern daß sie vielmehr sobald wie nur irgendmöglich gesenkt werden (Weisfall bei den Sozialdemokraten), denn die Senkung der Lebensmittelpreise wird doch die Voraussetzung sein müssen für einen Abbau der Löhne und für einen Abbau der Gehälter (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Wenn wir nicht zum Abbau mit Bezug auf die Löhne usw. kommen können, so werden wir m. E. nicht zu den Produktionsergebnissen gelangen, die wir haben müssen, wenn wir aus dem Auslande die Einfuhr erzielen wollen, die wir im Interesse einer Verbesserung der Ernährung unter gar keinen Umständen entbehren können. Denn es ist richtig — auch das muß von hier aus gesagt werden, es ist ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit, und es hiesse, Eulen nach Athen tragen —, aber es ist unabweisbar durchaus richtig, was auch der Reichsernährungsminister gesagt hat, daß Ausland will unser Papiergeld, unsere Banknoten nicht. Wir sind auch nicht in der Lage, auskömmlich einzuführen zu den Preisen, zu denen man unser Papiergeld im Auslande annimmt. Was wir notwendig haben, das ist Ausfuhr, damit wir überhaupt Lebensmittel entsprechend einführen können und zur Ausfuhr gehört dann aber auch unter allen Umständen Arbeit, Arbeit von allen Teilen des Volkes, Arbeit von der Arbeiterschaft, aber, gestatten Sie mir auch zu sagen, Arbeit auch von allen anderen. Ich darf auch die Landwirte bitten, die es ja allerdings in den letzten Jahren an Arbeit nicht haben sehen lassen dürfen, auch die Landwirtschaft, insbesondere die Ackersteilnehmer in der Landwirtschaft, die sich jetzt zu Widerständen rufen, auch sie müssen überzeugt sein, daß es auch nur durch Arbeit auf ihrer Seite, dadurch daß sie in erhöhtem Maße Lebensmittel schaffen, möglich sein wird, daß wir überhaupt durchkommen. Das Ausland muß an Lebensmitteln erhalten was irgend wie mit allen Arbeitsmethoden und mit allen Arbeitskräften möglich

ist, und die Arbeiterschaft, sie muß geschlossen und streng in den Arbeitsstätten an der Arbeit sein, damit wir die Werte erzeugen können und haben, die notwendig sind, für die Einfuhr aus dem Ausland (Weißall).

Es ist teilweise Kritik geübt worden mit Bezug auf die Bekämpfung des Schleichhandels, die wir vorhaben. Glauben Sie nicht, daß ich etwa der Schwierigkeit mir nicht bewußt wäre; ich weiß, was wir im Ministerium in der Richtung unternehmen; ich kenne die Schwierigkeiten und ich bin durchaus nicht Optimist in dieser Richtung. Aber gestatten Sie mir folgendes zu sagen: Man kommt jetzt in der Ernährung des Volkes nicht damit durch, daß man sagt: „Wir sind allewege Sünder gewesen“, und daß man dann sich bestrebt, die Erklärungsgründe zu suchen, warum es so gewesen ist. Mit Entschuldigungen wird es nicht mehr gehen, es wird nicht damit gehen, daß man sich als Phariseer beträgt, sondern ich bin der Auffassung, wir müssen alle miteinander hanteln in der Haltung und in der Tat des Bölners; wir müssen Buße tun, und wir müssen uns in den nächsten Monaten zu der Tat bekennen. Denn wir dürfen davon überzeugt sein, es besteht nicht bloß die Hungerblockade, sondern in den nächsten Wochen und Monaten wird die Hungerpeitsche geschwungen werden, um uns unerträgliche Friedensbedingungen aufzwingen zu können, und wir haben keine Aussicht, in den nächsten Wochen und Monaten Lebensmittel in irgend wie nennenswertem Umfang aus dem Auslande einführen zu können, wir werden auf unsere eigenen Vorräte angewiesen sein. Deshalb wird die Regierung mit allen Mitteln bestrebt sein müssen, bei den Erzeugern zu erfassen, was sie abgeben müssen, und was sie darüber hinaus etwa noch abgeben können. Und die Regierung wird es sich mit allen Kräften angelegen sein lassen müssen, gerecht zu verteilen, damit die Einzelnen während der nächsten Monate in der Lage sind, wenn auch nur sehr notdürftig, aber immerhin notdürftig, ihren Unterhalt zu finden.

Ich weiß, wir in der Regierung dürfen unsere Kräfte nicht überschätzen. Wir sind an sich wohl nicht die Menschen, die sich anmaßen könnten, daß wir gerade nun das Allheilmittel, das in dieser Hinsicht in Betracht kommen könnte, zu erfinden in der Lage wären. Wir dürfen uns auch nicht einbilden, daß wir die Macht und die Kraft in staatlicher Hinsicht hätten, damit wir nun alles mit Kraft und Macht zu machen in der Lage wären. Wir kennen unsere Position und deshalb wissen wir: notwendig ist der gute Wille, der gute Wille aber von der Gesamtheit des Volkes, der gute Wille bei den Bauern, der gute Wille aber auch insbesondere bei den Städtern. Wenn man dem Schleichhandel entzogen werden will, muß man auch den Städtern die Verantwortung nahe legen, die sie auf sich zu nehmen haben. Es ist den Städtern zu sagen, daß, solange sie Bücherpreise bieten nicht zu erwarten ist, daß es keinen Landwirt gibt, der die Bücherpreise nicht annimmt. Die Städter müssen das Samstern und den Schleichverkehr unter allen Umständen lassen. Dann werden wir die Lebensmittel entsprechender erfassen können.

Nehmen Sie bitte die Sache nicht leicht. Ich stimme dem Herrn Abg. Memmle zu, der gestern abend gesagt hat, man begegne noch vielfach dem Zustand, daß man den Ernst und die Not nicht erkennt. Ja, das ist durchaus richtig. Man ist noch nicht davon überzeugt, in welchem Umfang derzeit Schleichverkehr und Schleichversorgung vorhanden sind. Es ist richtig, was heute morgen mit Bezug auf den Schleichverkehr aus den Bezirken Eppingen und Bretten gesagt worden ist. Aber gestatten Sie mir zu sagen: so sind die Zustände auch im Hinterland (Zustimmung), und so sind sie auch im Oberland (Zustimmung), so sind sie durch das ganze Land hindurch. Es wird uns gesagt, und ich habe mich am letzten Sonntag in Tauberbischofsheim hinten selbst davon überzeugen können, daß aus einzelnen Bezirken täglich hunderte und aber hunderte von Zentnern von Lebensmitteln auf dem Schleichweg und durch die Schleichversorgung uns verloren gehen. Die Dinge haben einen Umfang angenommen, daß, wenn sie fort dauern, wir unter allen Umständen, bevor noch ein paar Wochen verflossen sind in den Ernährungsverhältnissen verloren sind. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit, weil ich weiß, daß es so ist, und weil ich weiß, daß wir in der Tat nicht durchkommen mit dem, was das Ministerium anordnet, und mit dem, was die Bezirksstellen tun sollen, weil wir unter allen Umständen die Mitwirkung aller Teile des ganzen Volkes haben müssen.

Wir appellieren gern an die Freiwilligkeit bei den Bauern, damit wir so wenig Zwang als möglich ausüben müssen. Ich habe das letzt hin in Tauberbischofsheim gesagt und werde es,

wenn ich für kurze Zeit noch an dieser Stelle zu stehen habe, auch weiter noch sagen in den entsprechenden Bezirken: Die Bauern sollen uns freiwillig das geben, was sie irgendwie geben können. Was sie jetzt an Pflicht erfüllen und was sie jetzt den Städtern, ihren Mitbrüdern und Mitmenschen, gegenüber an Barmherzigkeit tun, das wird höher im Kurs stehen als die Papierpreise, die sie derzeit für ihre Erzeugnisse einzunehmen in der Lage sind. Wir suchen ganz gern Aufklärung hinauszubringen. Die Regierung redet sich seit jetzt 12 bis 15 Tagen fast mund, indem sie die Vertreter der einzelnen organisierten Stände zusammenkommen läßt, um ihnen in politischen, in wirtschaftlichen und in Ernährungsverhältnissen die Wahrheit zu sagen, ihnen den Ernst der Lage darzustellen und sie um freiwillige Mitwirkung zu bitten, des Volkes, des ganzen Volkes wegen. Die Regierung wird auch heute oder morgen einen Aufruf an das ganze Volk herausbringen, der über das ganze Land hin in Orten und Städten zum Anschlag kommen wird, worin meiner Auffassung nach das Nötige eindringlich gesagt ist. Wenn nun, dem Antrage des Herrn Abg. Karl entsprechend, die Nationalversammlung Ihrerseits noch mit einem Aufrufe an die Bevölkerung herantreten will, so sei das meinerseits dem Hohen Hause anheimgegeben. Ich habe nur bemerken wollen: Ein derartiger Aufruf ist bereits in der Fertigstellung begriffen, ich hoffe, daß längstens morgen mit dem Versand an die Bezirke begonnen werden kann.

Allgemein gestatten Sie mir noch folgendes zu sagen — weniger für Sie, als damit es für das ganze Land gesagt wird und damit man sich durch das ganze Land davon überzeugt —: Vielfach ist die Auffassung vorhanden: Der Krieg ist um, und die Revolution, sie hat uns Freiheit versprochen und gebracht, und nun wollen wir diese Freiheit tatsächlich haben. Da muß ich sagen: Allerdings ist der Krieg um, aber damit sind nicht die mißlichen Umstände hinsichtlich der Ernährung beseitigt worden. Im Gegenteil! Während des Krieges haben wir lange Zeit noch von Vorräten, von angesammelten Vorräten, leben können. Wir haben während des Krieges noch mehr aus dem Auslande hereinbringen können als zur Zeit. Seit wir den Krieg verloren haben, schließen wesentliche Teile des neutralen Auslandes ihre Grenzen fester gegen uns als während des Krieges, als während der Zeit, da sie annehmen, daß auch wir Sieger sein könnten. Jetzt haben sie diese Sorge vor uns nicht mehr und sind schärfer uns gegenüber als je. Außerdem ist zu beachten, wir haben viel besetztes Gebiet verloren, wir haben die Ukraine nicht, die der sogenannte Profriede uns bringen sollte, wir haben Rumänien nicht mehr. Aber wir haben auch Posen nicht mehr, und wir haben mißliche Verhältnisse in Ost- und Westpreußen, in Schleswig-Holstein und drüben links vom Rhein. Alle diese Verhältnisse haben uns sehr viel an Lebensmöglichkeiten genommen. Allein in der Provinz Posen sind ungeheure Lebensmittelbestände für uns nicht mehr greifbar. Und wenn wir jetzt in einer Kartoffelnot uns befinden, dann ist der Verlust der Provinz Posen in der Hauptsache daran schuld, denn eine Million Zentner Kartoffeln sind uns allein durch Posen verloren gegangen. Aber ich muß auch darauf hinweisen, daß gerade die unruhigen Verhältnisse und der dadurch bewirkte Mangel an Kohle uns auch im Ernährungswesen äußerst empfindlich getroffen haben, nicht nur hinsichtlich der Düngemittel, sondern auch sonst. Es ist in der Tat richtig, daß vielfach Getreide noch nicht hat ausgedroschen werden können, weil es an Droschkohlen gefehlt hat. Außerdem besteht die Tatsache, daß die ungeordneten Verhältnisse im Transportwesen uns sehr erheblichen Schaden zugefügt haben. Es ist zu wünschen, daß es darin in den nächsten Monaten besser wird. Besser werden muß es auf allen Gebieten, nach allen Richtungen, andernfalls habe ich nicht die Hoffnung, daß wir durchkommen ohne eine sehr erhebliche Hungerkrisis durchzumachen.

Dabei möchte ich besonders bemerken, daß ich davon warne, dem Volke Seifenblasen vorzublasen — nicht etwa Mitglieder des Hauses habe ich im Auge, aber verschiedene andere Seiten, etwa des Handels oder solcher Personen, die nun rasch etwas Geld verdienen möchten —, Seifenblasen hinsichtlich der Möglichkeit der Einfuhr aus dem neutralen Auslande, bevor wir Frieden haben, bevor die Grenzziehung eine gewisse Sekte. So möchte ich es beinahe nennen, veranfaßt worden. Man hat der Bevölkerung und insbesondere der städtischen beizubringen gesucht, man könne Lebensmittel wagonweise nur so hereinbringen, und wenn sie nicht hereinkönnen, so sei lediglich das Ernährungsministerium in Karlsruhe daran schuld. Gestatten Sie

mir, dazu zu sagen: Erstens können wir daran nicht schuld sein, weil es sich um Reichsbestimmungen handelt, die wir über-treten müssen, wenn wir etwas daran ändern wollten. Wenn z. B. eine Karlsruher Firma sich darüber beklagte, sie hätte Kafao, der ihr angeboten gewesen wäre, nicht einführen können, so können wir dazu gar nichts, denn die Einfuhr von Kafao ist zentralisiert. Kafao, der hereinkommt, ist an die Kriegs-Kafao-Gesellschaft auch heute noch abzuliefern, und zur Einfuhr ist die Einfuhrgenehmigung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhr notwendig, während zur Beschaffung der Zahlungsmittel und zur Zahlung die Genehmigung der Reichsbank bzw. des Reichsbankdirektoriums erforderlich ist. Und das Ministerium ist in der Richtung nicht so turnerisch qualifiziert, daß es leicht über alle diese reichsgesetzlichen Bestimmungen hinwegzuturnen vermag.

Aber es kommt hinzu, daß die Dinge gar nicht so sind. Bei diesen Angeboten handelt es sich fast ausschließlich um Lust-angebote. Man macht der Bevölkerung die Geschichte vor, als ob man's könnte. Wir haben Veranlassung genommen, durch Fachleute den Sachen auf den Grund zu gehen und Angebote akzeptieren zu lassen, um sie unter Umständen zu realisieren, im Einvernehmen mit dem Reichskommissar oder mit den zuständigen Reichsstellen, und unsere Fachleute haben überall lebhaft in die Luft gegriffen, aber die Waggons Meis, Öl, Kafao usw. sind bisher nicht zu erhalten gewesen. Und wenn der eine oder der andere mit der Behauptung zu kommen in der Lage ist, er hätte Ausfuhrbewilligung, bzw. sein Lieferant oder sein Gewährsmann in der Schweiz hätte Ausfuhrbewilligung und Waren, er brauche nur die Einfuhrgenehmigung, dann gestatten Sie mir dazu die Bemerkung: Inwieweit Bern Ausfuhrbewilligung gibt, freidet es diese Ausfuhr dem Deutschen Reiche auf das vertragsgemäße Kontingent an. Denn immer noch besteht die S. S. S. in der Schweiz und immer noch ist die Schweiz selbst Bedarfsland. Wenn nun, jemand kommt und uns sagt: „Ich habe fünf Waggons Schokolade angeboten bekommen, mein Gewährsmann hat Ausfuhrbewilligung aus Bern in der Tasche, lassen sie die Sachen herein!“, dann muß ich sagen: Erstens sind wir nicht berechtigt, diese Ware ohne weiteres hereinzulassen, sondern dem stehen die vorhin beschriebenen reichsgesetzlichen Bestimmungen entgegen; außerdem aber würden wir, selbst wenn wir sie unter Umkehrung dieser reichsgesetzlichen Bestimmungen hereinlassen wollten, auf diesem Wege noch nicht 1 Pfund mehr für unsere Bevölkerung hereinbringen weder für die Gesamtbevölkerung im ganzen Deutschen Reiche noch für die Bevölkerung in Baden. Denn wenn Bern Ausfuhrbewilligung gegeben hat, dann ist die Ankreidung auf das deutsche Kontingent schon erfolgt. Und ist einmal nach Berlin hin angekreidet, dann freidet eben auch Berlin uns in Karlsruhe wieder das Quantum an. Schon deshalb ist es gar nicht möglich, überhaupt dem Einzelnen eine derartige Erlaubnis zu geben. Gebe ich etwa dieser Karlsruher Firma, welche da so sehr damit hausieren gegangen ist, die Erlaubnis, auf diesem Wege drei Wagen Schokolade hereinzubringen, dann verkauft die Firma sie an ihre gute Kundschaft. Es wäre eine „sehr gute“ Kundschaft, welche diese Karlsruher Firma für ihre Schokolade gehabt hätte. Denn nicht in der Oststadt und nicht in der Südstadt draußen wohnt sie und hat ihr Geschäft, und nicht dort wohnt ihre Kundschaft. Diese Kundschaft hätte die Schokolade gehabt, sie hätte sie auch zahlen können. Aber das ganze Quantum dieser Schokolade wäre nicht nur der Gesamtheit des Deutschen Reiches, es wäre auch für Baden verloren gegangen, und Berlin hätte unter Umständen dazu gegriffen, uns zur Einhaltung der reichsgesetzlichen Bestimmungen hindurch zu erzwingen, daß es uns unter Umständen zum Ausgleich die fünffache Anzahl Wagen Stöckfische nicht gegeben hätte.

Nun frage ich Sie: Könnte es ein Ernährungsministerium beantworten, daß etwa in Karlsruhe eine Firma an der Kaiserstraße für ihr Publikum Schokolade aus der Schweiz bezieht, daß auf der anderen Seite nicht nur diese Schokolade der Gesamtheit angekreidet wird, sondern daß unter Umständen die Gefahr besteht, daß uns dadurch das Doppelte, das Fünffache, unter Umständen das Zehnfache anderer notwendiger Lebensmittel, insbesondere auch für die Kreise der kleineren und mittleren Bevölkerung, verloren gehen würden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das nicht zu machen ist; gestatten Sie mir mit Bezug darauf aber auch zu sagen: Recht ist Recht und Arbeit Recht!

Zu diesen Bemerkungen will ich im Ganzen schließen. Ich meinerseits hätte nur einen Wunsch: Man hat sich hier gegen-

seitig ausgesprochen, man hat sich auch gegenseitig in gewissem Streit das gesagt, was man bei den städtischen Verbrauchern und bei den ländlichen Erzeugern auf dem Herzen hatte. Es sind ja Klagen wohl auch vorhanden. Aber ich bitte zu beachten: von den Klagen haben und von den Klagen drüben wird während der nächsten Monate niemand satt werden. Wir wollen zusammenwirken, einträchtig zusammenwirken. Wir müssen darauf bestehen, daß alle Art von Schlemmerei aufhört. Es geht in der Tat nicht mehr an, daß man abends in gewissen Restaurants und Hotels noch dreimal zu Abend essen kann (Sehr richtig!), und es geht nicht an, daß man in der Lage ist, die ganze Nacht hindurch zu schlammern (Sehr richtig! rechts). Wenn das Ministerium weiß, daß derartiges geschieht, dann werden Sie es ihm nicht anrechnen können, wenn es dazu übergeht, durch Geheimschüler da hereinschauen zu lassen. Wir wollen nicht „Spizel“ schicken. Wir werden nicht Leute schicken, die dort zunächst gute Fleischportionen essen, dann der Kellnerin die Fleischmarke nicht geben und darauf den Wirt anzeigen. Glauben Sie ja das nicht. Aber es werden Leute, es werden „Gäste“ in die Wirtschaften, auch in die Hotels kommen müssen, sie werden auch einmal in einem solchen Hotel — wie ich mir sagen lasse, soll es solche auch in Karlsruhe geben — eine Nacht mit als „Gäste“ hindurchleben müssen, unerkannt als Fahnder, und daraus werden dann die Konsequenzen gezogen werden müssen. Ich möchte hoffen, daß unsere Fahnder durchweg auf rechtem Wege bleiben. Wir haben mit Bezug auf die Bezahlung getan, was wir immer tun konnten und wir werden in den nächsten Wochen und Monaten unsere Fahnder auswärts möglichst selbst verpflegen, damit sie nicht in die Lage kommen können, zu ihrer eigenen Ernährung etwa auf Schleichwege gehen zu müssen, damit sie insbesondere nicht etwa gar draußen auf den Außenstationen, auf die wir sie schicken werden, auf Abwege kommen.

Ich hätte uns gerne diese Maßnahme erspart; ich hätte sie gerne den Wirten und auch den Metzgeren erspart, und ich würde sie gerne dem gesamten Volke erspart haben. Aber ich habe nur deshalb dazu gegriffen, weil ich weiß: wenn wir uns nicht alle der drohenden Hungersnot gegenüber solidarisch erklären, dann kommen wir in der Hungersnot alle zusammen um.

II. Vizepräsident Muser, der im Verlaufe obiger Ausführungen die Leitung der Verhandlungen übernommen hat:

Ich halte mich für verpflichtet, den verehrten Mitgliedern des Hauses mitzuteilen, daß sich zu dem vorliegenden Gegenstand der Tagesordnung noch 6 Redner gemeldet haben. Wie Sie wissen, stehen noch einige andere Punkte auf der Tagesordnung. Wenn sich die Herren Redner nicht der größten Kürze befleißigen, sind wir genötigt, eine Nachmittagsitzung abzuhalten, da wir unter allen Umständen — ich glaube, das entspricht Ihrer Aller Intention — die heutige Tagesordnung auch heute zur Erledigung bringen müssen, damit wir in die Lage versetzt werden, in der nächsten Woche mit der Beratung der Verfassung beginnen zu können. Es würde also eine Nachmittagsitzung notwendig sein. Die Erfahrung zeigt uns aber, daß solche Sitzungen gewöhnlich schlecht besucht sind. Es liegt doch nicht im Interesse einer sachgemäßen Behandlung der Materie, daß die Diskussion sich vor einem schwach besuchten Hause abwickelt. Ich möchte also dringend bitten, daß die nachfolgenden Herren Redner sich so kurz als möglich fassen.

Abg. Vierneisel (Zentr.):

Die Ernährungsfrage ist in der gegenwärtigen Zeit eine der wichtigsten Fragen. Der Herr Ernährungsminister hat uns gerade auf eine Seite der derzeitigen Sachlage hingewiesen; er hat uns gezeigt, daß es nur bei der äußersten Sparsamkeit möglich sein wird, die Bevölkerung bis zur nächsten Ernte durchzubringen. Er hat uns dargetan, daß das kaum möglich sein wird, wenn nicht in allen Kreisen mit Energie darauf hingewirkt wird, daß einerseits die Lebensmittel, wo solche noch vorhanden sind, entsprechend erfasst werden, und daß andererseits entsprechend sparsam mit ihnen umgegangen wird. Ich glaube, diese Worte müßten wir Alle beherzigen, sowohl die Erzeuger, als auch diejenigen, an welche diese Lebensmittel gelangen sollen.

Wir geben uns vielfach der Hoffnung hin, daß das Ausland uns wesentliche Nahrungsmittel liefern könnte, um damit wenigstens bis zur nächsten Ernte durchzuhalten. Auch ich habe bis zu einem gewissen Grade diese Hoffnung geteilt; aus

den Worten des Herrn Ministers glaube ich aber doch entnehmen zu können, daß diese Hoffnung nur eine sehr schwache sein darf, daß es trotz hoher Preise, die wir anlegen müßten, kaum möglich sein wird, nennenswerte Mengen von Lebensmitteln hereinzubringen. Wenn die Dinge so liegen, so bleibt uns eben nur die alleräußerste Sparsamkeit übrig, um einigermaßen durchkommen zu können.

Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, so geschah es noch aus einem anderen Grunde, und zwar aus diesem: Es fragt sich: war die Ernährungspolitik, die wir bisher getrieben haben, vollständig richtig? Man ist geneigt anzunehmen, sie sei richtig gewesen, nach den Erfolgen, die sie gezeitigt hat. Wir sind während der Kriegszeit trotz der Absperrung vom Auslande durchgekommen mit den Lebensmitteln, die wir im Inlande erzeugt haben, und mit den Lebensmitteln, die wir uns aus den besetzten Gebieten erworben haben. Aber seinerzeit schon als man mit der Rationierung der Lebensmittel anfang, namentlich als man anfang, das Wahlsergebnis hinaufzusetzen und zu verlangen, daß 94% Ausmahlung beim Getreide stattfindet, damals ist schon von verschiedenen Seiten Einsprache dagegen erhoben worden. Es waren zunächst die Müller, die darauf hinwiesen, daß es nicht möglich sei, mit ihren Mühleinrichtungen ein 94%iges Mehl herzustellen und daß ein solches Mehl für den Konsumenten gebrauchsfähig sei. Es waren auch die Hausfrauen, die geradezu die Hände über dem Kopf zusammenschlugen, als sie erfuhren, daß sie mit einem derartigen Fabrikat ihre Haushaltung führen sollten. Sie wandten dagegen ein, daß ein so weit ausgemahlene Mehl zum Baden und zur Verwendung in der Haushaltung nicht genügend ausgebe, daß es in einem Haushalt nicht verwendungsfähig sei. Alle diese Mahnungen wurden damit niedergehalten, daß man in Karlsruhe Backversuche mit derartig ausgemahlene Mehl gemacht, und sie haben gezeigt, daß man damit eine gebrauchsfähige Ware herstellen kann, diese Ware ist für das Publikum notwendig, um die Mengen zu erzeugen, die zum Durchhalten erforderlich sind.

Nun bin ich an dieser Überzeugung irre geworden durch eine Schrift, in der ein Nahrungsmittelchemiker darlegt, daß diese Auffassung von der 94%igen Ausmahlung auf einem Irrtum beruht. Er sagt: wenn das Getreide soweit ausgemahlen wird, so hat es zwar den entsprechenden Wert für den Tierkörper, dieser ist in der Lage, Stoffe die in diesem Mehl enthalten sind, vollständig zu verdauen und in Nährwerte umzusetzen. Der menschliche Magen dagegen ist dazu nicht in der Lage. Der Chemiker steht auf dem Standpunkt, es wäre viel richtiger gewesen, wie früher bei einer 80%igen Ausmahlung zu bleiben. Nun sage ich mir, und das möchte ich der Regierung zur Erwägung anheimgeben: wenn diese Auffassung, wie sie das praktische Leben zeigt und wie sie hier durch einen Nahrungsmittelchemiker theoretisch festgelegt wird, richtig ist, dann sollte man sich doch ernstlich überlegen, ob nicht von der nächsten Ernte ab wieder auf das alte Verfahren zurückgegriffen werden kann; es würde doch auf diese Weise eine große Menge Futtermittel frei werden. Wir haben ja schon in diesen Tagen, gestern und heute, beklagt, daß die Landwirtschaft so sehr unter der Futtermittelnot leidet. Wenn auf diese Weise die nötigen Futtermittel beschafft werden können, um die Tierhaltung verbessern zu können, so würde ja mehr damit geleistet sein, als wenn wir diese Stoffe zwar der menschlichen Ernährung zuführen, sie dort aber unbenutzt bleiben. Es würde dann namentlich die Schweinehaltung wesentlich verbessert werden können. Ich glaube, es könnte dann auch das System wieder eingeführt werden, das wir früher einmal hatten, das der sogenannten Vertragschweine, wobei wir die Landwirtschaft, der wir diese Futtermittel zuweisen, verpflichten, daß sie für die Allgemeinheit wieder Schweine hält. Denn wir wissen ja alle, daß jetzt in landwirtschaftlichen Kreisen nicht mehr Schweine gehalten werden, als der einzelne Landwirt unbedingt für sich braucht, weil er bei den derzeitigen Höchstpreisen überhaupt keine weiteren Schweine heranziehen kann. Die Folge davon ist die, daß nun jeder, dem es irgendwie möglich ist, sucht, selbst einen Schweinestall zu erbauen und selbst Schweine zu halten. Das hat nun seine großen Schattenseiten. Es gibt Leute, die es verstehen, ein Schwein heranzuziehen und sich auch die nötigen Futtermittel zu verschaffen, sei es aus den Abfällen der Haushaltungen, sei es, daß sie aus den Mühlen schließlich im Schleichhandelswege sich noch weitere Materialien zu verschaffen wissen und so ihr Schwein großziehen. Es gibt aber

auch eine große Anzahl von Leuten, die auch Schweine halten, die es aber nicht richtig verstehen, ein Schwein aufzuziehen, und die dann nur Mißgriffe machen. Durch die große Nachfrage, insbesondere nach Jungschweinen werden dann die Preise der Jungschweine auch unerbildlichmäßig gesteigert, und dadurch wird ja die Schweinefleischversorgung auch immer wieder schwer geschädigt.

Ich glaube also, man sollte diese Frage für die nächste Zukunft und für späterhin einmal ernstlich erwägen, denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir die Rationierung auch in den nächsten Jahren noch nicht verlassen können. Ich bin der Überzeugung, daß wir Brot, Mehl und Fleisch als die hauptsächlichsten Nahrungsmittel unter allen Umständen auch späterhin rationieren müssen, selbst wenn die Grenzen geöffnet sind, und wir vom Auslande Lebensmittel bekommen können. Ich glaube nicht, daß sie uns in der Menge zur Verfügung stehen, wie wir sie notwendig brauchen, weil eben die Ausfuhr anderer Stoffe unsererseits in den nächsten Jahren nicht so groß sein wird, daß wir entsprechende Tauschwerte zur Verfügung haben. Wenn heute schon darauf hingewiesen worden ist, wir Landwirte sollten uns nicht so sehr dagegen sträuben, daß wir Waren vom Auslande hereinbekommen, so stehe ich auf dem gleichen Standpunkt. Wir Landwirte haben uns auch niemals dagegen gelehrt, daß landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem Auslande hereinkommen dürfen. Wir haben auch niemals gelehrt, daß wir allein in der Lage wären, die deutsche Bevölkerung zu ernähren, sondern wir haben uns immer nur auf den Standpunkt gestellt: wir können die deutsche Bevölkerung in der Hauptsache ernähren. Wir müssen Zufuhren vom Auslande haben. Wir wollten nur deshalb Schutzzölle für die Landwirtschaft haben, um unsere inländischen Produkte geschützt zu sehen; wir wollten die Schutzzölle so geregelt haben, daß die inländische Produktion dabei bestehen kann. Mehr wollten wir nicht.

Um die Fütterungsverhältnisse noch besser zu gestalten, möchte ich auch dringend empfehlen, daß den Landwirten möglichst viel Laub und Moos als Streumaterial zur Verfügung gestellt wird, damit das Stroh, das noch in kleineren Mengen in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben vorhanden ist, zu Futterzwecken verwendet werden kann.

Der Herr Ernährungsminister hat darauf hingewiesen, daß die Milchausschüsse die Viehkontrollen übernehmen sollen. Ich stimme ihm da vollständig bei. Ich halte das für den richtigen Weg. Die Milchkontrollen kommen jeden Monat in den einzelnen Ställen; sie können bei dieser Gelegenheit auch ganz genau die Kontrolle über das Vieh ausüben, das im Stalle steht, und über den Verkehr, der in dem einzelnen Stalle stattfindet. Von Monat zu Monat ist in der einzelnen Stallung kein großer Wandel. Wenn ein Stück Vieh weggenommen ist, so können die Milchkontrollen sofort Nachforschungen anstellen, wohin es kam. Bei dieser Kontrolle glaube ich, daß wir aus dieser schwierigen Situation, in der wir uns zur Zeit befinden, herauskommen und daß wir, wenn auch notdürftig, die Ernährung der Bevölkerung aufrecht erhalten können (Beifall im Zentrum).

Hg. Schöpfler (D.-Natl. Bp.):

Ich werde mich befleißigen, in 10 Minuten fertig zu sein, möchte aber meinen Nachrednern empfehlen, dasselbe zu tun, damit wir zu Ende kommen. Ich will nur einige Hauptpunkte herausgreifen.

Es ist vorhin betont worden, daß das Wirtschaftssystem durchlöchert und nicht mehr zu halten sei. Ich bin ebenfalls der Ansicht. Das System ist durchlöchert und wird sich kaum mehr in richtige Bahnen lenken lassen. Es war eigentlich schon von Kriegsbeginn an durchlöchert; wenn man zuseh, wie die Kriegsgesellschaften unsere Lebensmittel aufspeicherten, bis sie verdorben waren, mußte man sich sagen: das System ist nicht richtig. Schon vor zwei Jahren haben wir den Antrag gestellt, die Erzeugerhöchstpreise abzuschaffen und die Verbraucherhöchstpreise zu lassen. Beide nebeneinander ist ein Unding. Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel klarlegen. Meine Gemeinde hatte ziemlich trockene Witterung im letzten Jahr, in anderen Landesteilen hat es mehr geregnet. Dort ist Kraut gewachsen, bei uns nicht. Unsere Bauern mußten Kraut kaufen. Im Herbst wurde es verkauft zu 15 M. im Auftrag der Landwirtschaftskammer. Der Höchstpreis war

3.75 M., bei vertragsmäßiger Lieferung 4 M., die Landwirtschaftskammer verkaufte es aber zu 15 M. Auf meine Beschwerde hin teilte sie mir mit, daß sie unbeteiligt und unschuldig sei, das sei ein Privatgeschäft von Sally Haas. Warum Sally Haas berechtigt ist, bei den Bauern Kraut aufzukaufen und es weiter zu verkaufen, ist mir unverständlich. Ich konnte keine Auskunft darüber bekommen, warum es so gemacht wird. Ähnlich steht es mit dem Öl aus Reps. Es ist das ein ganz rarer Artikel, und der Preis richtet sich nach der Nachfrage. Der Erzeugerhöchstpreis war 85 M. der Doppelzentner. Der Doppelzentner gibt 40 Liter Öl, folglich steht das Liter Öl auf 2.13 M. Setzte man nun den Bauern einen Höchstpreis von 8 bis 8 M. bei direktem Verkauf an den Verbraucher, wäre mehr herauszubekommen, als wenn man ihm bezieht, den Reps für 2.14 M. abzugeben und andere treiben damit Wucher. Ähnlich steht es mit den Schweinepreisen. Hier wäre es genügend, wenn wir einen Fleischhöchstpreis von 1.20 M. hätten. Der Schweinepreis ist 79 M. pro Zentner Lebendgewicht; das Schlachtgewicht ist 80 Proz. des Lebendgewichts, also 20 Proz. weniger; folglich steht das Schweinefleisch den Metzger im Anlauf 1 M. Warum kann dann das Schweinefleisch nicht für 1.20 M. verkauft werden? Warum müssen hier Höchstpreise für den Erzeuger festgestellt sein, die nicht im Einklang zum Verkaufspreis stehen? Ähnlich wie ich bei Reps vorschlage, den Bauer Öl abliefern zu lassen, so möchte ich vorschlagen, künftig einmal zu probieren, ob man den Bauer nicht Mehl abliefern lassen kann, anstelle des anzuliefernden Quantum Getreide. Erstens bekäme die städtische Bevölkerung ein viel schöneres Mehl von den Bauern, und der Bauer behielte noch die Kleie, und müßte sie nicht zu einem höheren Preise wieder kaufen, als der Getreidepreis selbst war.

Dann möchte ich noch auf etwas aufmerksam machen. Der Staat, der die Gewinne in einzelne Taschen fließen läßt, muß untergehen. Derjenige Staat hat Bestand, der es versteht, die Gewinne in recht viele Taschen fließen zu lassen. Wenn wir aber gegenwärtig sehen, wie auch jetzt noch fortwährend die Marmeladefabriken die Kommunalverbände zwingen, ihnen Marmelade abzunehmen und die Kommunalverbände die Bevölkerung zwingen, ihnen die Marmelade abzunehmen, ist es mir unverständlich, warum man den Zucker, der den Fabriken waggonweise zugeführt wird, nicht den Hausfrauen zuführt, damit sie selbst Marmelade herstellen. Ebenso steht es mit den Kunsthonigfabriken. Der Kunsthonig wird der Bevölkerung auch förmlich aufgezwungen, während Zucker nicht zu bekommen ist. Ich glaube, es wäre an der Zeit, die Marmeladefabriken, die Kunsthonigfabriken und andere derartige Fabriken zu beschneiden und den Zucker der verbrauchenden Bevölkerung zukommen zu lassen. Wie sehr diese Fabriken in die Höhe gekommen sind beweist die Firma Stern hier, die vor dem Krieg 23 Arbeiter hatte und jetzt über 800. Da sorgt die Regierung dafür, daß die Taschen einzelner gefüllt werden, während die große Masse keinen Anteil daran hat. Ich sage noch einmal: nur der Staat hat Bestand, der es versteht, den Gewinn in recht viele Taschen fließen zu lassen.

Ähnlich wie mit dem Kraut ging es bei uns mit dem Dörrobst. Es wurde abgeliefert zu 520 M. pro Doppelzentner, und unsere Bataillone, bei denen ich war, kauften es auf für 700 M. 180 M. nahm die Gesellschaft Gewinn. Als man zum Preiswucheramt ging, hörte man nur soviel, es sei nichts dabei herausgekommen, die Leute seien berechtigt, verschiedene Preise zu machen. Wenn der eine 320 und der andere nur 260 M. bezahlt, so sei das Sache der Verkäufer; solche Spielräume müßten gelassen werden. Das sind Mißstände, die den Bauer aufregen, wenn er sieht, daß der Verbraucher keinen Gewinn hat von dem niederen Preis, den man ihm aufzwingt, sondern der Verbraucher trotzdem hohe Preise zu zahlen hat.

Wenn z. B. jetzt die Milchpreiserhöhung von den Bauern verlangt wird, so halte ich das für ganz berechtigt. Der Milchpreis mit 40 Pfennig das Liter ist entschieden zu nieder. Die Molkerei in meiner Heimatgemeinde macht monatlich 1500 bis 2000 M. Reingewinn. Ich sehe nicht ein, warum sie soviel Gewinn machen soll. Es könnte also der Milchpreis heraufgesetzt werden, und die Verbraucher wären befriedigt ohne den Bauer zu schädigen. Wenn wir Gelegenheit hätten direkt zum Verbraucherhöchstpreis zu verkaufen, würden verschiedene Artikel für den Verbraucher billiger werden.

II. Vizepräsident M u s e r bittet die nachfolgenden Redner, sich an die Tagesordnung zu halten.

Abg. D. Goldermann (D. Dem. P.):

Ich habe mich gestern zum Worte gemeldet aus Anlaß der Dörracher Vorgänge, die gestern angeschnitten worden sind und auch heute des näheren dargelegt wurden. Der Herr Kollege Kieselich hat eine Darlegung des Sachverhalts gegeben; er hat die Proklamation erwähnt, die von Volkstat, dem Gewerkschaftskartell und der sozialdemokratischen Partei erlassen und unterschrieben war, aus der in der Öffentlichkeit hauptsächlich die Amtsentsetzung des Dörracher Oberamtmanns Aufsehen erregt hat. Der Herr Kollege Kieselich hat den Sachverhalt dargelegt, er hat insbesondere auch darauf hingewiesen, daß der Ausdruck in der betreffenden Proklamation, der sich auf den Dörracher Oberamtmann bezog, mißverständlich gefaßt war und infolgedessen tatsächlich auch im Lande zu der Auffassung Anlaß geben konnte, daß hier ein schwerer Eingriff in die Staatsverwaltung erfolgt sei. Ich möchte nicht untersuchen, ob nicht andere Wege und Mittel hätten angewendet werden können, um dort zum Ziel zu führen. Ich gebe zu, daß in jedem Falle wenigstens nach dem, was wir gehört haben, eine sehr bedenkliche Situation vorlag. Ich möchte nur wünschen, daß die Aufklärung, die vorher gegeben wurde allenthalben im Lande bekannt wird. Es müßten ja sonst die Begriffe unserer Bevölkerung sich verwirren, wenn derartige geschehen kann. Und ich glaube, darüber sind wir wohl alle in diesem hohen Hause einig, daß wir derartige Vorgänge aufs tiefste bedauern. Es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß durch solche Vorgänge, und wenn noch mehr dazu kommt, die Staatsautorität, soviel davon noch übrig ist, vollständig zu Schaden kommt. Derartige Dinge müssen ja schließlich zur Anarchie führen. Zweifellos aber liegen die Verhältnisse dort in jener Gegend so, daß auch in den Gemeinden des Bezirkes eine starke Mißstimmung vorhanden gewesen ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhange auf einen Mißstand in den Industriegemeinden des Bezirkes Dörrach Bezug nehmen. Wir haben dort bekanntlich eine größere Anzahl von Industriegemeinden in Dörrach-Land. Hier liegen die Ernährungsverhältnisse ganz ähnlich wie in der Stadt Dörrach (Abg. Kieselich: Sehr richtig!) Trotzdem ist in diesen ländlichen Industriegemeinden die Arbeiterbevölkerung und die Nicht-Selbstversorger-Bevölkerung zu einem guten Teil in wesentlichen Stücken schlechter gestellt als die Arbeiterbevölkerung in der Stadt Dörrach. Namentlich trifft das für die Fettversorgung zu, worüber mir je und je große Klagen zugegangen sind. Es muß die Arbeiterbevölkerung und die Nicht-Selbstversorgerbevölkerung in diesen ländlichen Industriegemeinden verbittern und erbittern, wenn sie immer wieder liest und hört, wie in der Stadt, wo die Verhältnisse ganz dieselben sind, Monat für Monat so und soviel Fett ausgeteilt wird. Ich möchte auf ein Beispiel hinweisen. In der größten Gemeinde im Bezirk — es ist die Gemeinde Weis-Leoboldshöhe-Kriedlingen — befindet sich ca. 70% Arbeiterbevölkerung. Die Gemeinde hat seit Kriegsbeginn eine starke Einquartierung gehabt; sie ist, man darf es wohl sagen, fast ausgeplündert worden von dem Militär, das sie in ihrer Mitte hatte; es war eine wahre Landplage, nicht nur dort, sondern allenthalben in unserer Gegend, die wir ja von Kriegsbeginn an diese Einquartierung gehabt haben, weil überall gehampft und ausgeplündert worden ist. Die Leute sind ausgeplündert worden, indem übermäßige Preise bezahlt und mit großer Zudringlichkeit von ihnen Lebensmittel abgefordert wurden. Außerdem hatten sie dauernd Elässer Urlauber und Flüchtlinge. Die Gemeinde beklagt sich — in einem Schreiben der Lebensmittelkommission, das mir zugegangen ist — darüber, daß sie schon von Kriegsbeginn an nicht entsprechend ihrer Einwohnerzahl mit Nahrungsmitteln versorgt worden sei. Seit 13 Monaten hat nun diese Gemeinde kein Fett zugewiesen erhalten, obwohl ca. 70% der Gemeinde Arbeiterbevölkerung sind. Beschwerden, die deswegen immer und immer wieder erhoben worden sind, haben nichts gefruchtet. Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß man ja in dieser Gemeinde Vollmilch habe. Worin bestand aber die Vollmilch? Sie besteht jetzt in neuerer Zeit in nicht ganz einem halben Liter für die erwachsene Person und Woche. Das ist zugleich auch die Fettration. Es ist aber ganz unmöglich, daraus Fett zu gewinnen. Die Nichtselbstversorger-Bevölkerung ist also tatsächlich eicentlich ohne Fett. Ich weiß nicht, ob hier ein Fehler der Bezirksstelle oder der Zentralstelle vorliegt. Vielleicht liegen die Dinge in anderen ländlichen Industriegebieten unseres Landes ähnlich. Nach Mitteilungen, die ich von dort erhalten habe, ist die Stim-

mung sehr bedenklich, und eines Tages, vielleicht sehr bald, könnte es auch dort geschehen, daß Arruben ausbrechen. Es wäre dringend erwünscht, eine gewisse Differenzierung zwischen Landgemeinden, die wirklich bäuerlicher Charakter sind, und Landgemeinden, die nun einmal nicht mehr Land sind, die im wesentlichen Industrieortgemeinden sind, wo die Verhältnisse im wesentlichen gerade so liegen, wie in der benachbarten Stadt, zu machen. Ich wäre dankbar, wenn der Herr Ernährungsminister seine Aufmerksamkeit diesen Verhältnissen dort zuwenden würde und wenn, soweit möglich, irgendwie Abhilfe geschaffen werden könnte.

Vorgänge, wie sie in Vörsach stattgefunden haben, sind ja nur Symptome. Es sind Symptome viel tieferer Uebel, einerseits der außerordentlichen Schwere, welche die Ernährungsnöte in großen Teilen unserer Bevölkerung angenommen hat, andererseits der Psychose, welche gewisse Teile unseres Volkes ergriffen hat, die eben infolge des Schwere, was über uns gekommen ist, und infolge dieser blühenden Ernährungsverhältnisse innerlich verhärtet und verwirrt sind, daß ihnen der Verstand durchgeht und viele dann nicht mehr wissen, was sie tun. Es ist ja leicht, zu verurteilen, wenn solche Dinge vorkommen, wie jetzt in Vörsach und in anderen Orten des Landes. Aber man muß sich immer in die Stimmung, in die Psyche dieser Leute hineinsetzen. Wenn diese Leute sehen, wie dem Bemittelten immer noch genug Wege offen stehen, um sich sehr auskömmlich ernähren zu können, wenn sie sehen, wie manche noch leben, prassen und vergeuden, und wenn das Zeug sind, die vier Jahre lang im Kriege draußen gestanden sind und, wenn sie dann in diese elenden Verhältnisse heimkommen, in diese Entblößung an Nahrung, an Schuhen, an Kleidung, an allem was zum Leben unbedingt notwendig ist, dann faßt diese Menschen eben eine ungeheure Erbitterung an. Ich weiß nicht, wenn wir in ähnliche Verhältnisse hineingestellt wären, ob es uns nicht auch ganz ähnlich gehen würde, ob nicht auch mit uns einmal der Verstand durchgehen würde. Umso wichtiger — das möchte ich dem, was ich eben gesagt habe, beifügen — um so ernster und verantwortungsvoller ist aber dann die Aufgabe derer, die Einfluß besitzen auf diese Bevölkerungsschichten, diesen Einfluß auch anzuwenden, damit nicht böse Dinge geschehen. Denn schließlich haben, wenn wir in anarchische Zustände übergehen, ja zu allererst die unermittelten Massen den Schaden davon.

Alles, was geschieht, um die ärgsten Quellen der Erbitterung, die in den Massen besteht, zu verstopfen, ist durchaus zu begrüßen. Ich begrüße außerordentlich, was der Herr Minister uns vorhin an Maßnahmen in Bezug auf die Wirtschaften und Hotels mitgeteilt hat. Es gibt auch draußen auf dem Lande Wirtschaften, wo es den Himmel schreit, wie das Gesetz übertreten wird (lebhafteste Zustimmung). Ich möchte auch durchaus die Anregung unterstützen, die, wenn ich nicht irre, der Herr Kollege Memmle gestern gegeben hat, und die sich auf diejenigen bezieht, welche auf einmal während des Krieges ein starkes Interesse an der Aufzucht entdeut haben, ohne daß bei ihnen dieses Interesse vorher zu bemerken gewesen wäre. Die Pensionskassen ist ein Institut, dem wirklich endlich einmal auf den Leib gerückt werden muß (lebhafteste Zustimmung).

Gewiß, das werden ja alles schließlich nur kleine Mittel sein. Die Hauptsache — und darin stimme ich ebenfalls dem Herrn Ernährungsminister zu —, ist das Beispiel, das Beispiel, das alle ohne Ausnahme zu geben haben, denn alle ohne Ausnahme sind schuldig, darüber ist gar kein Zweifel. Ich bin jetzt überzeugt, wenn wieder einmal Arbeit und Lebensmittel in unserem Volke vorhanden sind, dann wird unser Volk auch bald wieder auf den rechten Weg kommen, zur Besinnung zurückkehren und wieder ganz anders sein. Dann werden alle diese Erscheinungen bald verschwinden, die wir jetzt zu beklagen haben. Freilich, die Adresse, an die wir uns deswegen zu wenden haben, ist nicht irgend eine Instanz im Lande, das sind schließlich jene, welche unserem Volke, obwohl vor 4½ Monaten der Waffenstillstand geschlossen worden ist, immer noch die Segnungen des Friedens vorenthalten und damit die Rohstoffe und Lebensmittel, die unser Volk bitter notwendig braucht. Auch unser Volk hat Schuld am Kriege und während des Krieges auf sich geladen. Aber diese Schuld wiegt von Tag zu Tag geringer gegenüber der ungeheuren, der himmelstreichenden Schuld, die unsere Feinde auf sich laden, indem sie unser Volk durch Aushungerung menschenmörderisch zugrunde richten wollen. Das ist eine jener Sünden, von denen das Wort des Heilands gilt, daß sie nie und nimmer ver-

geben werden können. Aber es gibt eine Vergeltung, und es gilt das Wort und es wird sich auch hier erweisen: Alle Schuld rächt sich auf Erden.

Abg. Memmle (Soz.):

Es ist notwendig, von unserer Seite dem Herrn Abg. Hertle auf die, wie ich glaube, sehr schweren Angriffe gegenüber der Stadtverwaltung Mannheim zu antworten. Wir haben uns gestern und auch heute früh hier in diesem Hause von dem Bestreben leiten lassen, nichts dazu beizutragen, daß die Gegensätze verschärft werden; wir wollten im Gegenteil dazu beitragen, daß von hier aus ins Land hinaus der Ruf erklingt: Setzt jetzt einig zusammen, um die schwersten aller schweren Zeiten zu überwinden. Dem Herrn Abg. Hertle war es vorbehalten, hier einen anderen Ton hereinzutragen; ich bedauere das, und wenn er nun etwas Anderes anzuhören gezwungen sein wird, dann mag er das mit sich selbst ausmachen.

Was zunächst die Frage der Saatkartoffeln anbelangt, so stelle ich fest, daß die Regierung, bezw. die Kartoffelstelle, von dem Zeitpunkt ab, wo sie Saatgut von Norddeutschland her nicht zur Verfügung stellen konnte, den Städten und auch der Stadt Mannheim anheimstellte, das für ihre Bevölkerung notwendige Saatgut im Lande aufzubringen. Während des Krieges haben die Städte und auch die Stadt Mannheim in ausgedehntem Maße Schrebergärten eingerichtet und der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, in diesen Schrebergärten Kleingartenbau zu betreiben. Die Stadtverwaltung mußte wohl oder übel auch dafür sorgen, daß die für diesen Betrieb notwendigen Materialien vorhanden seien. Nun mag zuzugeben sein, daß von diesen Saatkartoffeln in gewissen Zeiträumen — dann nämlich, wenn die Kartoffeln im Allgemeinen sehr knapp gewesen sind — auch welche allgemein als Speisekartoffeln verwendet worden sind; ich möchte aber denjenigen Herren, die daran Kritik üben, doch dringend empfehlen, doch einmal einige Tage während einer Zeit, wo in einer Stadt kein Pfund Kartoffeln mehr aufzufinden ist, in einer solchen zu leben: von dem Augenblick an würden sie, glaube ich, aufhören, Kritik zu üben, wie das hier im Allgemeinen geschehen ist (Sehr richtig). Es ist sehr leicht, hinterher aufzutreten und einer Stadtverwaltung zu sagen, da und da habe es gefehlt; sehr schwer aber ist es, in einer schwierigen Situation sich über die Schwierigkeiten im Allgemeinen hinwegzuhelfen. Die Dinge sehen sich ganz anders an, wenn das hungernde Volk aufs Rathaus stürmt und am Bürgermeister sich tödlich vergreift. Dann gewinnt die Angelegenheit ein anderes Aussehen, als wenn man sich ruhig hier hinstellt und nachträglich gegen Vorkommnisse protestiert, für die kein Mensch in der Stadt verantwortlich ist.

Eine ganz eigenartige Methode ist es aber, hier aufzutreten und im Tone der Kritik zu sagen, die Stadt Mannheim habe sich Güter angeeignet und die Bewirtschaftung dieser Güter „fordere im Allgemeinen zur Kritik heraus“. Ich habe vorhin als Zwischenruf das Wort „Schwindel“ gebraucht — nicht gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. Hertle, sondern gegenüber dem Inhalt des von Herrn Hertle verlesenen Briefes. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß der Briefschreiber selbst, um das es sich hier handeln soll, nicht nennt. Denn man kann doch beim besten Willen nicht annehmen, daß dem Angeklagten die Pflicht auferlegt sei, er solle seinerseits den Schuldigen suchen. Das ist doch eine Theorie, die unter allen Umständen verworfen werden muß, und vor allen Dingen dann verworfen werden muß, wenn man mit seinen Ausführungen ernst genommen sein will. Ich stehe auch jetzt noch ein für das, was ich im Zwischenruf gesagt habe, und zwar solange, bis das Gut genannt wird, wo diese Schiebung vorgekommen sein sollen. Aber etwas Anderes! Die Frage der Beschaffung von Gütern für die Stadt Mannheim ist in der Geschichte der Ernährungsfürsorge dieser Stadt ein so trauriges Kapitel, daß man wahrhaft nicht gezwungen sein sollte, darüber zu reden. Im Jahre 1917 haben wir es ganze Wochen hindurch erlebt, daß wir nicht nur für die armen Frauen und Kinder, sondern selbst für die Säuglinge keine Milch mehr gehabt haben (Sehr wahr! links). Ich erhebe keinen Vorwurf gegen diejenigen, welche insbesondere infolge der Seunot keine Milch mehr liefern konnten. Andererseits aber kann man doch gegenüber einer Stadtverwaltung, die sich angesichts solcher Vorkommnisse rührt, und sich Güter verschafft, um sich wenigstens für die Säuglinge Milch zu sichern, beim besten Wissen nicht Vorwürfe erheben, selbst dann nicht, wenn aus einem solchen Gute einmal nicht

alles so gegangen sein sollte, wie es wünschenswert ist. Wenn wir einmal anfangen wollten, an all demjenigen, was in der Kriegswirtschaft nicht gut gegangen ist, Kritik zu üben, dann würde sich, glaube ich, herausstellen, daß keine Schicht der Bevölkerung der anderen etwas vorzuwerfen hat — am allerwenigsten aber diejenigen, die heute hier als Kritiker aufgetreten sind.

Ich bin gezwungen, auf diese Dinge etwas näher einzugehen. Sie haben viel Entschuldigungen für Schleichhandel und andere Dinge gehört. Warum aber muß eine Stadt wie Mannheim sich Güter anlegen, wenn sie sich Säuglingsmilch sichern will? Aus der Gegend, aus der der Herr Abg. Hertle stammt (Abg. Hertle: Wir liefern nach Heidelberg!) — Sie liefern nach Heidelberg! Aber ich habe die Nachweise für die Bezirke Buchen, Adelsheim, Tauberbischofsheim und Eppingen bei mir. Da soll z. B. der Amtsbezirk Buchen im Monat Dezember des letzten Jahres 8000 Liter Milch liefern, in Wirklichkeit hat er 2018 geliefert (Hört, Hört!); dazu hat er Butter geliefert, die, in Milch umgerechnet, 927 Liter gleichkommt, insgesamt beträgt also seine Lieferung 2943 Liter, statt 8000 Liter. Der Bezirk Tauberbischofsheim hat eine Solllieferung von 10580 Liter; er hat tatsächlich geliefert 4073 Liter; dazu Butter, in Milch umgerechnet, 453 Liter: Summa 4526 Liter. — Eppingen soll 2524 Liter liefern; tatsächlich hat es 928 Liter geliefert. Eppingen ist ja derjenige Bezirk, in welchem der Schleichhandel besonders stark im Schwange ist; er zählt ja auch mit zu denjenigen Bezirken, die in Bezug auf Gehorsam gegenüber dem Gesetz das Allermeiste zu wünschen übrig gelassen haben. Ich könnte Ihnen auch noch andere Zahlen vorführen, welche beweisen, wie wenig einzelne Kommunalbezirke ihre Pflicht gegenüber den Städten erfüllt haben; ich glaube, in dem Amtsbezirk des Herrn Hertle wird's kein Paar anders bestellt sein. Denn wenn schon der Bürgermeister eines Ortes (Abg. Hertle: Hundert Prozent abgeliefert!), wenn schon der Bürgermeister . . . (Abg. Hertle: Hundert Prozent abgeliefert!) — II. Vizepräsident Muser bittet, den Redner nicht zu unterbrechen, wenn schon der Bürgermeister eines Ortes in der Weise, wie das heute geschieht ist, Angriffe gegen eine Stadtverwaltung erhebt, dann kann man sich ungefähr vorstellen, wie erst die Bauern, die Einwohner solcher Orte, über die Stadtverwaltungen losziehen werden (Sehr richtig! links). Denn es kommt nicht darauf an, daß zunächst einmal die Bürgermeister an und für sich Beschwerde führen, darüber siehe sich noch reden, sondern es kommt auf die Wirkung solcher Ausführungen an. Wenn die Herren zuhause hören, wie ihr Oberhaupt hier im Landtag losgezogen hat, dann werden sie ihrerseits noch dreimal schärfer vom Leder ziehen und Folgerungen aus dieser allgemeinen Auffassung ableiten. Ich glaube, in dem Punkte ist es notwendig, sich allergrößte Reserve aufzuerlegen, wenn man nicht gewillt ist, selbst in der Stadt die Not mitzuerleben, die dort tatsächlich seit Jahr und Tag herrscht.

Nun ist während der Ausführungen des Herrn Abg. Hertle von der rechten Seite des Hauses der Zwischenruf gefallen, die Geister, die gerufen worden seien, würd' den wir jetzt nicht los. Ich habe gestern schon einmal gesagt: Ich habe das Gefühl, daß man den Ernst der Situation draußen immer noch nicht genügend erfährt. Die Dinge liegen doch so, daß es vom Zusammenbruch ab nicht die organisierte Arbeiterschaft, nicht die politisch und nicht die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft war, und heute auch noch nicht ist, die dem Staatsganzen diese großen Schwierigkeiten bereiten, die wir heute haben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern — ich habe, das, glaube ich, früher schon einmal ausgeführt — es waren in der Hauptsache diejenigen Kreise der Arbeiterschaft, die organisatorisch nicht eriaht gewesen sind, vor allen Dingen aber jene Kreise der Arbeiterschaft, die durch Unternehmerorganisationen in den sogenannten gelben Arbeitervereinen zusammengeschlossen waren, und es sind jetzt in den Städten und auch auf dem platten Lande vor allen Dingen die indifferenten Volksgenossen, die, durch die Not gezwungen, nach einer Betätigung und nach Hilfe suchen durch Mittel, die wir nicht billigen, die wir aber nicht ändern können, weil die ganze Erziehung und die ganze Erfahrung des Lebens diese Leute nichts Besseres gelehrt haben. Darin liegt die große Schwierigkeit, mit der wir heute zu kämpfen haben, und wir kommen darüber nicht dadurch hinweg, daß man gegen die Träger der Revolution Vorwürfe erhebt, sondern da muß man auch gerecht sein. Man kommt nur dadurch darüber hinweg, daß man denjenigen, die als Träger der Revolution dastehen, den

guten Glauben beibringt, daß sie ihre Arbeit zum besten des ganzen Volkes verrichten wollen.

Ich habe mich deswegen gewundert, daß die Ausführungen des Herrn Abg. Kieselich, der uns vorhin auseinandersetzte, westwegen man in Börtach zu dem Rotbettel griff zu sagen: Der Herr Oberamtmann ist jetzt nicht mehr da, am Reinerungstische falsch verstanden worden sind. Der Herr Abg. Kieselich hat, wie ich zu hören glaubte, erklärt: Der Herr Oberamtmann ist seines Amtes nicht enthoben, er ist nur enthoben gegenüber der Öffentlichkeit, um die aufgeregten Arbeitermassen zu beruhigen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Der Herr Abg. Kieselich hat selbst gesagt, die Form, in der es gemacht worden ist, könne er nicht billigen, es wäre besser gewesen, man hätte es anders gemacht. Aber ich kann allen denjenigen, die solche Dinge noch nicht miterlebt haben, nur das eine sagen: Es ist sehr schwer, in solchen Situationen seinen Mann zu stellen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Wir wollen uns darüber klar sein, daß wir über diese Schwierigkeiten noch lange nicht hinweg sind, und daß sie durch Auseinandersetzungen und Debatten, wie wir sie heute hier haben, sicher nicht geringer, sondern, ich glaube, größer werden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); denn jedes Wort und jeder Satz, den wir heute reden und schreiben, wirkt in dieser Zeit der Revolution und in der Zeit der Hungersnot ganz anders als in normalen Zeiten (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ich glaube, für uns, die wir in den Arbeiterkreisen tätig sein müssen — ich sage nicht: sind, sondern: sein müssen, weil uns das Volkswohl am Herzen liegt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) — können wir wenigstens in Anspruch nehmen, daß wir bestrebt waren, seit dem ersten Tage dieser schwierigen Zeit alles zu tun, um die Staatsautorität zu stützen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wenn dann solche Dinge einmal vorkommen, wie sie da und dort vorgekommen sind, dann rechnen Sie, mit dem, was ist! Denken Sie einmal an die Zeit nach dem dreißigjährigen Kriege! Denken Sie daran, daß die 4/5 Jahre Krieg in ihrer Wirkung für Deutschland und für das deutsche Volk mindestens soviel gewesen sind, wie der dreißigjährige Krieg in einer früheren Zeit (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). — Zurufe: Schlimmer!). Darüber müssen wir uns klar sein, daß wir demoralisiert sind, daß die Moral zusammengebrochen ist, und daß wir nahe vor dem Bürgerkriege stehen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Was ist denn das alles, was wir jetzt erleben? Unbotmäßigkeit in den Städten, die wir nicht wollen, leider nicht verhindern können, aber auch Unbotmäßigkeit auf dem Lande, die Sie nicht wollen und auch nicht verhindern können! Maschinengewehre in den Händen von Volkshewisten in den Städten, aber auch Maschinengewehre in den Händen der Bauern, wie wir das in Elsenz festgestellt haben! Ja, das ist der Anfang des Bürgerkrieges, der kommen muß, wenn nicht alle berufenen Kräfte zusammenstehen und vor allen Dingen beruhigend wirken, andererseits aber auch dafür sorgen, daß in der großen Frage der Hungersnot und der sonstigen schweren Not für das Volk möglichst bald Abhilfe geschafft wird.

Darüber bin ich mit dem Herrn Abg. Dr. Gotthein und anderen durchaus einig, daß alle die Maßnahmen, die wir heute treffen, bis zu einem gewissen Grade zu spät kommen werden. Aber darüber müssen wir uns auch klar sein: das nächste, was wir brauchen, die Sie nicht wollen und auch nicht verhindern können! Maschinengewehre in den Händen von Volkshewisten in den Städten, aber auch Maschinengewehre in den Händen der Bauern, wie wir das in Elsenz festgestellt haben! Ja, das ist der Anfang des Bürgerkrieges, der kommen muß, wenn nicht alle berufenen Kräfte zusammenstehen und vor allen Dingen beruhigend wirken, andererseits aber auch dafür sorgen, daß in der großen Frage der Hungersnot und der sonstigen schweren Not für das Volk möglichst bald Abhilfe geschafft wird.

Darüber bin ich mit dem Herrn Abg. Dr. Gotthein und anderen durchaus einig, daß alle die Maßnahmen, die wir heute treffen, bis zu einem gewissen Grade zu spät kommen werden. Aber darüber müssen wir uns auch klar sein: das nächste, was wir brauchen, die Sie nicht wollen und auch nicht verhindern können! Maschinengewehre in den Händen von Volkshewisten in den Städten, aber auch Maschinengewehre in den Händen der Bauern, wie wir das in Elsenz festgestellt haben! Ja, das ist der Anfang des Bürgerkrieges, der kommen muß, wenn nicht alle berufenen Kräfte zusammenstehen und vor allen Dingen beruhigend wirken, andererseits aber auch dafür sorgen, daß in der großen Frage der Hungersnot und der sonstigen schweren Not für das Volk möglichst bald Abhilfe geschafft wird.

Hg. Siegelmeier-Bruchsal (Zentr.):

Nach dem bisher Gehörten sind wir, wie es scheint, in die schwerste Zeit seit Ausbruch des Krieges eingetreten. Auf der einen Seite überall Unruhe und Kampf, auf der anderen

Seite grinst uns das Gespenst der Hungernot entgegen. Ich glaube, es gibt kein besseres Mittel, es zu bekämpfen, als die Einigkeit unter den Parteien.

Was die Ernährungsfrage anbelangt, so muß gesagt werden, daß in manchen Dingen viel, viel gesündigt wurde. Von Seiten der Regierung wurden Verfügungen hinausgegeben, die nichts weniger als praktisch waren. Gerade das Gegenteil von dem haben sie bewirkt, was man erreichen wollte, und zwar deshalb, weil man diese Verfügungen hinausgegeben hat, ohne sich mit Sachverständigen ins Benehmen zu setzen. Man hat viele Bezirke mit Viehablieferungen besetzt, die nicht dazu in der Lage waren, und jetzt stehen sie vor der Frage: Was anfangen? Ihr Viehstand ist dezimiert, er ist ruiniert auf Jahre hinaus. Und dazu kommt noch der unglückliche Schleichhandel. Es wird weder Salt gemacht vor dem Kalb, noch vor der trächtigen Kuh, sie werden gekauft um jeden Preis, sie werden hingeschlachtet, und dadurch wird eben der Viehstand elend dezimiert. Der Schleichhandel ist jetzt sozusagen eine Landplage geworden. Die Landwirtschaft seufzt und wünscht die Stunde herbei, wo endlich einmal Wandel geschaffen und sie den Schleichhandel los wird. Er ist in der Tat eine Landplage. Täglich kommen Duzende und Überduzende und gehen nicht zu den Häusern hinaus, bis sie etwas bekommen, sei es unentgeltlich oder um schweres Geld. Ich muß den Vorwurf zurückweisen, daß die Landwirte den Schleichhandel begünstigen, sie wären froh wenn der Schleichhandel beseitigt würde und manches würde den Städtern noch zuschießen, wenn der Schleichhandel aus der Welt geschafft würde. Viele, die Schleichhandel treiben, veräußern das weiter, was sie bekommen haben, und verteuern dadurch dem armen Mann die Lebensmittel. Der arme Mann treibt Schleichhandel aus Not, das kann man verstehen, aber es können auch andere Leute, die nicht aus Not, sondern aus Wucher Schleichhandel treiben.

Was die Kartoffelversorgung anbelangt, so glaube ich, daß wir in dieser Beziehung in manchen Bezirken sehr schlimm daran sind, denn in vielen Bezirken hätten wir den unendlich schrecklichen Mäusefraß. Dem Landwirt ist es jetzt schon bange. Wenn keine Saatkartoffeln vom Ausland hereinkommen, so wird er vor die Frage gestellt: Wo bringe ich meine Saatkartoffeln her, um meine Ländereien anzupflanzen? Ich möchte unsere Regierung bitten, alles anzubieten, um auf diesem Gebiete Hilfe zu leisten. Man hat vorher gesagt, man solle im eigenen Lande kaufen. Die Bezirke sind aber sozusagen boneinander abgeschlossen. Wenn es noch ginge ohne Genehmigung, so wäre ja leicht abzuhelfen. Aber manche Bezirke geben kein Saatgut heraus, weil sie sagen: Wir brauchen die Kartoffeln zur Ernährung unseres Bezirks.

Es wird von den Städtern den Landwirten vielfach der Vorwurf gemacht, sie würden die Lebensmittel verteuern. Aber wie steht es denn in Wirklichkeit, woher kommt die Teuerung? Vom Zwischenhandel! Wenn Sie betrachten, wie wir das Vieh abgeben; es ist ja schon mehrfach gesagt worden, wir bekommen 65 bis 60 M. pro Zentner Lebendgewicht. Aber die Metzger verkaufen es, ob es 65 oder 60 M. gekostet hat, für 2 M. das Pfund. Ich glaube, hier hätte eine Staffelung eintreten müssen, daß das Fleisch, das 65 M. kostet, auch um einen entsprechend billigeren Preis an die Konsumenten abgegeben würde. Das ist aber bis heute noch nicht geschehen.

So ist es auch bezüglich der Schweinezucht. Daran, daß die Schweinezucht zurückgegangen ist, ist nur der schlechte Preis schuld. Wenn heute einer ein Paar Ferkel kaufen will, so braucht er vier fette Schweine, um ein Paar Schweine zu bekommen, die 20 Pfund wiegen. Sie sehen, daß der Landwirt in manchen Dingen sehr belästert bekommt wenig im Verhältnis zu den Preisen der Dinge, die er kaufen muß. So ist es auch bei den Maschinen; ich will aber darauf nicht eingehen, weil es schon vorgetragen worden ist.

Wie steht es mit dem Mehl- und dem Getreidepreis? Der Mehlpreis beträgt das Doppelte des Getreidepreises. Dem Händler fließt der Gewinn in die Tasche. Der Landwirt wäre froh, wenn das Mehl billig abgegeben würde, damit der arme Mann es billig bekommt. Aber überall steht der Wucher ein. Man könnte heute noch ganz gut das Mehl für 45 M. abgeben an die armen Leute, und man würde immer noch etwas verdienen gegenüber dem Getreidepreis. Aber hier wurde noch nie etwas gemacht, obwohl es oft genug der Regierung vor die Augen gehalten worden ist. Wir sind einverstanden, wenn wir Höchstpreise haben, aber man sollte die Höchst-

preise so machen, daß das Mehl und überhaupt alle Produkte zu einem annehmbaren Preis abgegeben werden könnten.

Es ist oft sonderbar, daß man von vielen Leuten, hoch und nieder, immer auf die Landwirtschaft schimpfen hört, nicht aber wegen der Artikel, die die Industrie verkauft, z. B. über das Leder. Die Häute haben bis heute noch nicht aufgeschlagen gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Wenn wir eine Haut verkaufen, so kostet heute das Pfund gerade noch so viel als vor dem Krieg. Was aber kostet das Leder dagegen? Hierin sollte man Wandel schaffen. Aber wie man hört, geht so eine Haut durch 25 Hände, bis der Schuhmacher sie bekommt. Das sind Dinge, die aus der Welt geschafft werden müssen, wenn es anders werden soll.

Ich glaube, daß die Landwirtschaft während des Krieges alles aufgegeben hat, um durchzuhalten, und ich glaube auch, daß die Frauen und Kinder mitgeholfen haben, so viel in ihren schwachen Kräften stand. Deshalb heißt es jetzt: einig sein, zusammenwirken, um aus diesem Elend herauszukommen. Nur dann, wenn wir alle zusammenarbeiten, werden wir erreichen, daß wieder bald Ruhe und Ordnung unter die Menschen kommen wird.

Abg. Hertle (D.-Nat. Sp.):

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. Nemmele muß ich zunächst feststellen, daß er zugegeben hat, daß die Stadt Mannheim im Saatkartoffeln draußen gekauft hat. Es waren aber keine Saatkartoffeln, sondern Speisekartoffeln zum Preise von 9 M. Der Herr Abg. Nemmele soll selbst bedenken, auf was für Schwierigkeiten man draußen stoßen muß, wenn der Höchstpreis auf diese Art und Weise unterbunden wird (Abg. Nemmele: Es waren Saatkartoffeln, wie haben keine Speisekartoffeln gekauft!). Ich sage, daß es in diesem Betriebe keinen absoluten Unterschied gibt, es ist die gleiche Ware. Es ist Tatsache, daß dieser Fehler vorgekommen ist und ich habe hiervon gar nichts zurückzunehmen.

Aber die Vorwürfe, die der Herr Abg. Nemmele meiner Person gegenüber gemacht hat, will ich gar nicht sagen. Er möge sich bei der Stadtverwaltung Heidelberg erkundigen, die wird ihm sagen, wie sehr ich der Stadtgemeinde Heidelberg schon früher zur Seite gestanden bin. Der Herr Abg. Nemmele hat aber auch hingewiesen auf die Kartoffelnot im Sommer. Damals ist ein Mann zu mir gekommen, wenn ich mich recht entsinne, hat er mich gebeten, von der Kartoffelversorgung Mannheim. Es war im Juni in der Heuernte. Ich bin mittags 12 Uhr nach Hause gekommen mit der Sense. Er hat mich gebeten, daß ich mit ihm von Haus zu Haus, von Keller zu Keller gehen soll; er hat mich gebeten, es sofort zu tun, weil er noch in eine andere Gemeinde wollte. Ich habe es getan, ohne zu Mittag zu essen; ich habe die Sense hingehängt und bin mit ihm von Keller zu Keller gegangen, und wir haben noch 21 Zentner herausgeholt zugunsten der Stadt Mannheim.

Was die übrigen Ausführungen anlangt, so ist es meines Erachtens für die Stadt Mannheim ein leichtes, das Gut festzustellen. Ich verspreche Ihnen aber, bei meinem Gewehrsmann, der sehr zuverlässig ist, Erkundigungen einzuziehen, um was für ein Gut es sich handelt. Betrüben die Mittelkassen, die er mir gegeben hat, nicht auf Tatsachen, so bin ich bereit, meine Erklärungen zurückzunehmen.

Minister für Ernährungswesen Traut:

Noch zu einigen wenigen Punkten einige Bemerkungen. Der Herr Abg. Schöpfle hat der Regierung eigentlich angedeutet, sie solle jetzt einen vollständigen Systemwechsel vornehmen, sie solle insbesondere nur Verbraucherhöchstpreise festsetzen, im übrigen aber Freiheit geben. Ich habe früher dem Parlament nicht angeführt; ich bin aber dahin informiert, daß ein derartiger Vorschlag früher in diesem Hofen Hause einmal erörtert worden ist, und daß er durch eine sehr erhebliche Mehrheit Ablehnung erfahren hat. Ich meinerseits möchte nicht glauben, daß lediglich mit der Festsetzung von Verbraucherhöchstpreisen durchzukommen ist, denn wir würden meines Erachtens unter gar keinen Umständen die Quantitäten Lebensmittel hereinbekommen können, die wir brauchen. Wir müssen unter allen Umständen zur zwangsweisen Erlassung, wir können unter Umständen zur Entziehung kommen. Jedenfalls möchte ich meiner Auffassung dahin Ausdruck geben: in diesen Wochen und Monaten der äußersten Knappheit wird es nicht möglich sein, mit ir-

gendweitem Systemwechsel zu experimentieren. Ich meine, bei Experimenten unter allen Umständen die Hände weg! Zusammenstehen und äußerster Kraftentfaltung und äußerster guten Willen von Seiten der Erzeuger hinsichtlich der Erfassung, Gerechtigkeit hinsichtlich der Verteilung, Opferbereitschaft, Bereitschaft zu Verzicht und Entjagung auf allen Seiten, insbesondere aber auch Bereitschaft zum Verzicht hinsichtlich des Genusses! Wir müssen uns in den nächsten Monaten etwas versagen können, damit wir alle zusammen mit der geliebten und mit den mächtigen Nationen durchkommen können.

Der Schleichhandel, Herr Abg. Kemmle, ist nicht nur in Eppingen in dem außerordentlichen Umfange vorhanden, sondern insbesondere auch im Odenwald, und der Odenwald ist — das muß auch gesagt werden, ohne der Stadt Mannheim und der Stadt Heidelberg zu nahe treten zu wollen — in einer recht schlimmen Lage durch die Hamsterer und die Zudringlichkeit der Schleichhändler von Mannheim und Heidelberg (Abg. Hertle: Sehr wahr! — Abg. Dr. Leserer: Nicht nur von Mannheim und Heidelberg, auch von Frankfurt!). Sehr richtig, auch von Eberbach und von Frankfurt und von Würzburg. Wenn ich Heidelberg und Mannheim hauptsächlich genannt habe, so geschah es deshalb, weil von diesen Städten die Rede gewesen ist und weil uns diese Orte im Lande hauptsächlich berühren. Der Odenwald wird hart bedrängt durch Schleichhändler und durch Hamsterer. Es ist am letzten Sonntag an mich das Ansuchen gestellt worden, die Regierung solle veranlassen, daß sich in den einzelnen Ortsschaften des Odenwaldes „Hamsterer-Abwehr-Kommandos“ bilden, damit man sich der Hamsterer und Schleichhändler erwehren könne, denn sie kämen zu Haufen und sie schleppten gantnerweise weg, was sie sich von Haus zu Haus sammelten. Sie kämen in die Häuser, setzten sich nieder, heulten stundenlang, leerten das Geld auf den Tisch und wichen nicht eher, als bis die Bauern mit etwas herausrückten. Und man ist davon überzeugt: es sind nicht nur arme Frauen und arme Kinder, sondern hinter den sogenannten armen Frauen und armen Kindern stehe sehr oft der wuchernde Schleichhandel (Sehr wahr! rechts), der dann die Sachen nach Mannheim und Heidelberg usw. bringe und dort daran reich zu werden versuche. Deshalb die Mahnung: Halten wir alle zusammen auch auf diesem Gebiete, damit wir der Sache einigermaßen Herr werden!

Ich danke dem Herrn Abg. Kemmle für seine Feststellung bezüglich der Vorgänge in Lörrach, insbesondere soweit sie sich auf die Persönlichkeit des Herrn Amtsvorstands bezog. Ich akzeptiere sehr gerne die Auslegung der Ausführungen des Herrn Abg. Kieselich, die also wohl dahin zu verstanden gewesen sind — ich meinerseits bekenne mich recht gern zu einer irrigen Auffassung in dieser Hinsicht —, daß also der Herr Amtsvorstand in Lörrach seines Amtes durch den Volksterrat in Lörrach nicht entsetzt worden ist, sondern daß damit lediglich konstatiert werden wollte, daß der Herr Amtsvorstand damals nicht im Amte sich befunden habe.

Ich möchte der Auffassung sein, daß in der Tat alle diese Gewalttätigkeiten unabweisbar, denn schließlich leidet nicht nur die Gesamtheit Not, sondern auch alle die einzelnen Personen, die sich zu Gewalttätigkeiten hinreißen lassen. Heute Nacht ist eine Kompanie des jetzt in Karlsruhe liegenden Freiwilligenbataillons in Elsenz eingerückt, um in der landwirtschaftlich treibenden Bevölkerung von Elsenz dem Gesetz und dem Rechte zur Beachtung zu verhelfen. Es ist soweit gut gegangen, aber bedauerlicherweise muß ich feststellen, daß aus den Häusern geschossen worden ist, und daß Handgranaten geworfen wurden (Hört, hört! links). Derartige Vorgänge sind natürlich im allerhöchsten Maße bedauerlich. Man kann die 26 Personen nur bedauern, die letzthin in Sickingen wegen der Vorgänge dort verhaftet werden mußten, und man kann Mitleid mit den Familien haben, die es betroffen hat. Man kann Mitleid haben mit den Familien, die es in Elsenz trifft, die es aber treffen muß, denn es kann in Gottes Namen nicht so gehen. Ich bedauere meinerseits auch alle die Familien, die es in Mannheim wegen der Mannheimer Vorgänge treffen muß. Deshalb kommt es darauf an, die Gegensätze auszugleichen, so viel wie möglich in Harmonie zu bringen hinsichtlich der Leistungen und hinsichtlich der Meinungen in Stadt und in Land, so weit wenigstens die politischen Auffassungen in Frage kommen. Sie werden verschieden bleiben und sie können auf parlamentarischem und auf politischem Boden zum Austrag kommen. Aber hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen, meine ich, könnten wir uns doch zu der einen

Meinung zusammenfinden, daß wir uns alle gegenseitig notwendig sind, damit das Ganze durchkommt. Es ist keiner zu entbehren, keines Leistung darf fehlen; im Gegenteil, es muß die Leistung jedes Einzelnen zur Höchstleistung gemacht werden, damit wir überhaupt bestehen. Nur diese Mahnung kann ich immer und immer ins Land hinausrufen.

Ich will noch eine Bemerkung zu den Ausführungen machen, die hinsichtlich der Viehpreise, der Mehlpreise usw. gemacht worden sind. Es ist allerdings eine Spannung vorhanden von 65 bis 95 M., bezüglich der Viehpreise bis zu 2 M. hinsichtlich der Fleischverkaufspreise. Aber es ist da eine Verschiedenheit vorhanden. 65, 85 und 90 M. beim Einkauf des Viehs ist der Preis für Lebendgewicht. 2 M. ist der Verkaufspreis für geschlachtetes Vieh, für Schlachtgewicht und Fleisch. Und wie einerseits die Bauern behaupten, die Spannung sei zu groß, so behaupten, wie ich ja gestern schon gesagt habe, auf der anderen Seite die Metzger, sie könnten mit dem, was sie dabei verdienen könnten, nicht mehr auskommen. Wir sind vor ernsthafte Erwägungen in dieser Richtung gestellt. Ich möchte es erwarten, daß wir den Preis nicht erhöhen müßten; ob wir davon absehen können, das muß die Beratung der nächsten Tage noch zeigen. Die Bauern bitte ich, auch zu beachten, daß die Klage der Metzger doch auch richtig sein dürfte, daß die Schlachtabeute jetzt sehr gering ist. Die Metzger erklären, sie sei kaum mehr 40 Prozent und deshalb könnten sie nur sehr schwer bestehen. Die Metzger klagen auch darüber — und es mag manchen Bauern geben, der auch in der Hinsicht seine Pflicht nicht tut —, daß vor der Ablieferung des Viehs alle Kunststücke gebraucht würden, um das Gewicht des Viehs zu erhöhen und ein stark vergrößertes Gewicht vorzutauschen. Es mag vorkommen; es ist bedauerlich, daß es vorkommt. Wir wollen davon überzeugt sein, wer jetzt irgendwie seine Pflicht nicht tut, der hilft mit am Untergange, wenn wir uns davor nicht bewahren können.

Die Mehlpreise sind meines Erachtens von dem Herrn Abg. Ziegelmaier nicht ganz richtig angegeben worden. Die Preise für Weizen und Roggen stellen sich so, daß 18 bis 20 Pfennige pro Pfund in Betracht zu ziehen sind, und zwar einschließlich der Druschprämie usw. (Abg. Hertle: Heutige Ablieferung!), und der Preis für Mehl bei Abgabe an den Verbraucher darf höchstens 56 bzw. 60 Pfg. — für das Kilo, nicht für das Pfund! — betragen, für das Pfund also 28—30 Pfg. Demgemäß stehen den 18—20 Pfg. auf der anderen Seite 28 bis 30 Pfg. gegenüber. In dem Unterschiede von etwa 10 Pfg. liegen all die verschiedenen Unkosten und Spesen enthalten, die eben erwachsen, bis aus dem Roggen und dem Weizen Mehl geworden ist, und bis das Mehl an den Verbraucher abgegeben werden kann. Soviel noch meinerseits.

Das Schlußwort erhalten:

Abg. Weißhaupt (Zentr.):

Ich hätte auf das Schlußwort verzichten können, wenn nicht vonseiten der Regierung und auch vonseiten einzelner Redner Ausführungen gemacht worden wären, die unbedingt nicht unwiderprüfbar ins Land hinausgehen können. Es hat sich in der Verhandlung gezeigt, daß unsere Interpellation zeitgemäß war und daß ein dringendes Bedürfnis bestand, sowohl vonseiten der einzelnen Parteien, als aber auch ganz besonders einmal vonseiten der vorläufigen Volksregierung sich hier in aller Öffentlichkeit gründlich über diese Frage auszusprechen.

Was nun die Ausführungen der Regierung, die Äußerungen der Regierung bezügl. der Melasselieferung anbelangt, so muß ich sagen, daß unsere Regierung diese Lieferung viel zu hoch eingeschätzt hat. Sie hat mitgeteilt, es seien im letzten Jahre 6000 Zentner Melasse geliefert worden. Wenn ich Ihnen mitteile, daß in Friedenszeiten der Bauernverein Pfullendorf allein 3000 Zentner bezogen hat, so können Sie darnach ermessen, wieviel auf den einzelnen Züchter oder Landwirt trifft, wenn derartig kleine Mengen insgesamt auf ganz Baden entfallen. Ich bin der Meinung, daß hier vonseiten der Reichsfuttermittelstelle Baden nicht genügend vorgejorgt wird.

Ich kann ferner mitteilen, daß unsere sämtlichen Rübenschnitzel von der Zuckfabrik Waghäusel in den letzten Jahren aus Baden hinausgekommen und nach Bayern abgewandert sind.

Dann hat ferner der Herr Minister noch mitgeteilt, daß die Produzenten höhere Preise für ihre Produkte bez-

langen; offiziell sind sie vonseiten der landwirtschaftlichen Organisationen noch nicht verlangt worden. Aber wir können hier Eines mitteilen: Wenn es nicht in der nächsten Zeit der Regierung gelingt, die Preise für Gebrauchsgegenstände abzubauen, dann muß die gesamte Landwirtschaft notgedrungen dazu übergehen, höhere Preise zu verlangen. Deshalb wäre es angezeigt, wenn nach der Richtung hin unsere Regierung eine starke Hand zeigen würde.

Bezüglich der Kontrolle hat uns die Regierung auch keine Besserung zugesagt. Ich bin der Meinung, daß auf diesem Gebiet etwas geschehen könnte. Die Verzögerung zeigt sich ganz besonders bei denjenigen Landwirten, die ihrer Ablieferungspflicht in vollem Maße nachgekommen sind. Deshalb könnte hier wohl eine Abänderung in der Weise durchgeführt werden, daß man bei demjenigen Landwirt von der Kontrolle Abstand nimmt, der seine Solllieferungen, seine Pflichtmenge, abgeliefert hat; daraufhin werden alle übrigen Landwirte sich befehligen, auch ihrer Pflicht zu genügen.

Das Beste wäre, was wir früher schon verlangt haben, daß die aufzubringenden Mengen umgelegt würden, wobei es hieße: auf den Sektor muß so und soviel abgeliefert werden, wer das abgeliefert hat, darf über den übrigen Ertrag frei verfügen. Das würde einmal Befriedigung bei den Landwirten hervorrufen und auf der anderen Seite würde die Allgemeinheit den Vorteil haben, daß viel mehr zur Ablieferung käme.

Dann hat noch der Herr Kollege Kieslich etwas gesagt, was nicht unwidersprochen bleiben darf. Er hat gemeint, wir hätten „zugestanden“, daß die Landwirtschaft nicht in der Lage sei, das deutsche Volk zu ernähren. Das haben wir jederzeit zugestanden. Aber er hat weiter gemeint, wir sollten uns das für den Abschluß von Zollverträgen merken. Ich glaube, was er vorgebracht hat, beweist gerade das Gegenteil von dem, was er daraus gefolgert hat. Er hätte uns keinen größeren Gefallen tun können, als hierauf aufmerksam zu machen. Gerade wenn wir nicht in den 90er Jahren so schlechte Zollgesetze und Handelsverträge gehabt hätten, wäre Deutschland viel besser daran. Infolge der niedrigen Preise ist damals in Deutschland der Getreidebau zurückgegangen; nicht nur in Norddeutschland, auch bei uns in Baden sind Tausende von Hektar zu Wald umgewandelt worden: wären diese nicht aufgeforschet, sondern noch in vollem Betrieb für den Getreidebau, dann wären wir in Bezug auf die Nahrungsmittelversorgung besser daran. Gerade den Herren von der Partei des Herrn Kieslich möchte ich zurufen: Denken Sie daran, wenn einmal Zollgesetze gemacht werden, denken Sie an die schweren Zeiten, die wir infolge einer verkehrten Zoll- und Handelspolitik erlebt haben (Abg. Hertle: Bravo!).

Dann noch ein Wort an die Regierung. Sie hat ausgeführt, sie treffe ihre Maßnahmen nicht in der Absicht, die Berufsstände zu schädigen, sondern um den Zusammenbruch zu verhüten. Wir werden ganz gerne unsere Regierung bei der Durchführung dieser Maßnahmen unterstützen, aber nur dann, wenn diese Maßnahmen auch berechtigt sind und wenn sie auch für andere Berufsstände in der gleichen Weise eingeführt und durchgeführt werden. Aber wir haben ja von der Regierung gehört, daß sie nicht in der Lage sei, gegen den Handel vorzugehen. Zuerst müßte man doch dort vorgehen, wo unverdiente Gewinne gemacht werden, wo große Lager von Rohstoffen usw. waren. Sie hat das damit bewiesen, daß sie gesagt hat, sie könne nicht in den Abbau der Tabakorganisation, in den Branntweinverkauf usw. eingreifen, sie hätte keinen Einfluß auf die Reichsstellen. Das sind doch reine Handelsorganisationen: hier muß es der Regierung gelingen, einmal einzugreifen und abzubauen.

Was nun die letzten Ausführungen des Herrn Ernährungsministers betrifft, so müssen wir gestehen, daß auch wir vom Standpunkt unserer Bauern aus das bedauern, was vorgefallen ist, aber ich betone; ich bedauere auch, was die Regierung gemacht hat. Ich glaube, es wird nicht ohne Gegenwirkung bleiben. Ich kann der Regierung versichern, daß die Bauern nun nach 4½ Jahren Kriegszeit genug haben, für noch längere Zeit der Prügelnahe zu sein, und von der Zwangswirtschaft frei sein wollen. Die Bauern werden nicht zugeben, daß bei ihnen so vorgegangen wird wie in Elsenz, wenn auf der anderen Seite halbwüchsige Bürschen und Taugenichtse jedem ihnen nicht beliebigen Geschäftsmann ein Haberfeldtreiben veranstalten können. Wir Landwirte werden mithelfen, aus dem elenden Dilemma herauszukommen, in dem wir uns befinden;

aber wir werden auch entschlossen sein, unsere Rechte selbst zu wahren — ganz besonders dann, wenn sie vonseiten der Regierung nicht gewahrt werden.

Das Schlusswort zur Interpellation der Abgg. Vogel und Gen. erhält:

Abg. Vogel (D. Dem. P.):

Ich werde die Debatte nicht verlängern; ich werde nichts vorbringen, was nicht mit unserer Interpellation in Zusammenhang steht. Ich werde auch nicht auf das eingehen, was der Herr Ernährungsminister vorgebracht hat; denn ich gehe von der Auffassung aus, daß ich das Schlusswort nur zu der Interpellation habe, die wir eingereicht haben. Hätte ich nicht einige Worte der Richtigstellung an den Herrn Ernährungsminister zu richten, so hätte ich auf das Schlusswort verzichten können.

Der Herr Ernährungsminister hat erklärt, es wäre hier das Verlangen nach einem höheren Preis gestellt worden. Ich möchte das richtigstellen, dahin, daß ich erklärt habe, es wäre eine Erhöhung vielleicht wünschenswert, um die gegenwärtige Not zu heben. Es ist also kein „Verlangen“ nach einem höheren Preis geäußert — es ist nur ein Vorschlag gemacht worden. Nachdem der Herr Minister die Gegenstände geltend gemacht hat, bin ich zufrieden und sehe ein, daß das nicht möglich ist.

Zweitens wurde mitgeteilt, daß die Verteilungspläne für die Mannheimer Fleischlieferung nie ganz stimmen. Auf Grund der Akten, die ihm zur Verfügung stehen, hat der Herr Minister das Gegenteil erklärt. Diesen Verteilungsplan habe ich auch gesehen; ich habe mich aber damit nicht begnügt, sondern mich von der Theorie zur Praxis gewendet. Der Herr Respizient hatte auf dem Verteilungsplan seinerseits das Durchschnittsgewicht schon etwas heruntergesetzt, als wie es damals war. Aber wie allgemein bekannt ist, ist das Rindvieh heute so eigenförmig, infolge der schlechten Ernährung ein Durchschnittsgewicht unter dem damaligen schon niedrigen Satz zu haben. Das Rindvieh wird aber auch viel früher geschlachtet, als es eigentlich geschlachtet gehört. Auch das ist ein Grund, weshalb wir trotz des vorzüglichen Verteilungsplans das Fleisch nicht bekommen, was wir nach dem Plan zu beanspruchen haben.

Weiter wurde von dem Respizienten gesagt, daß wir eigentlich mehr bekämen, als wir zu beanspruchen hätten. Auch das ist nicht richtig. Ich habe gestern ausdrücklich hervorgehoben: Wir haben unsere Kunden:innen zweimal revidiert, zweimal neu aufgestellt. In dem einen oder dem anderen Falle hätte sich eine Differenz herausstellen müssen. Ganze 100 kg sind herausgekommen; die Praxis steht also wie gesagt auf einem anderen Standpunkt als die graue Theorie. Aber wir wollen uns keine Vorwürfe machen. Wir sind auch jetzt garnicht in der Lage, die Sache abzuändern.

Zum Schluß noch ein Wort über das verschimmelte Gefrierfleisch. Der Herr Ernährungsminister hat gesagt, ich scheine nicht richtig orientiert zu sein, denn das Fleisch sei ja von der Stadt Mannheim nachher behalten worden. Ich habe das ausdrücklich in meinen Ausführungen erklärt. Das möchte ich aber noch hervorheben: ich war über die Praxis vielleicht besser orientiert, als der Herr Ernährungsminister, denn der Schimmel, der auf dem Fleische war, konnte bei 75 Prozent des Fleisches durch Abreiben nicht weggebracht werden, sonst hätte auch ich es für unverantwortlich gehalten, wenn der Schlachthof das Fleisch nicht angenommen hätte. Aber auf 75 Prozent des Fleisches waren Schimmelpilze, die 2, 3 und 4 mm stark waren. Das konnte man nicht durch Abreiben, sondern nur durch Abschneiden wegbringen, und das Fleisch sah nachher so unappetitlich aus, daß es nicht zu dem beabsichtigten Zwecke gebraucht, d. h. als Fleisch in den Läden verkauft werden konnte. Ich habe auch gesagt, das Fleisch war nicht direkt gesundheitschädlich, aber der Ekel hätte eine Gesundheitschädigung hervorrufen können. Ich habe aber ausdrücklich gesagt: gesundheitschädlich wäre das Fleisch für die Metzger geworden, die es verkauft hätten, denn wahrscheinlich hätten sie von dem Publikum Prügel bekommen.

Zum Schluß möchte ich dann noch folgendes anführen. Ich habe das Fleisch auch probiert. Einen Teil, der etwas fetter war, konnte man zur Not essen, nachdem der Schimmel abge-

schabi war, das andere aber war zähe wie Leder. Nun braucht aber nicht gelacht zu werden, wie es bei einigen Herren geschehen ist, als der Herr Ernährungsminister gesagt hat, wir hätten das Fleisch doch behalten wollen. Es ist vielmehr geradezu niederschmetternd traurig, daß eine Stadtverwaltung Fleisch behalten will, das im Frieden von vornherein als nicht wert für die menschliche Ernährung angesehen worden wäre, das hätte weggeworfen werden müssen. Wir haben es trotzdem behalten wollen, um es als Fütterungsmittel für Wurst zu verwenden, weil die Not so groß ist. Einzig und allein um dieser Not etwas abzuwenden, haben wir die Interpellation eingebracht. Ich glaube, meine ersten Ausführungen haben niemand auf der Seite der Herren Landwirte oder sonstwo veranlaßt, sich beleidigt zu fühlen. Ich habe vielmehr meine Ausführungen ganz sachlich gehalten, weil ich auf dem Standpunkt des Herrn Kollegen Kemmle stehe, weil ich das vollkommen unterstreiche, was er gesagt hat: wir sollen uns nicht gegenseitig zerfleischen und nicht gegenseitig neue Reibungsflächen schaffen, sondern die Zeit ist so ernst, daß wir zusammenarbeiten müssen, um endlich wieder Ruhe und Frieden herbeizuführen. Man sollte, wenn es möglich wäre, die Mahnung des Herrn Kollegen Schell befolgen; aber seine eigenen Parteigenossen haben sie auch nicht befolgt, sie sind auch immer wieder gegeneinander losgefahren. Wir wollen uns aber gegenseitig bemühen — es ist notwendig im Interesse unseres gesamten badischen Volkes —, daß jetzt ein anderer Ton in unsere Verhandlungen kommt und daß wir von Worten und von Reden zum Handeln und zu Taten übergehen (Beifall bei den Demokraten).

II. Vizepräsident Muser teilt sodann den Eingang einer Bitte der Vereine Nationaler Frauendienst Karlsruhe, Evangelischer Frauenverband (Ortsgruppe Karlsruhe) und Katholischer Frauenbund (Zweigverein Karlsruhe) um Einschränkung der Schulentlassung mit.

Die Petition wird der Petitionskommission überwiesen.

Zur Geschäftsordnung erhält noch das Wort:

Abg. Wittemann (Zentr.):

Der parlamentarische Ernährungsbeirat soll neu gebildet werden. Im Hohen Hause hat man sich geeinigt, daß 9 Mitglieder dazu berufen werden sollen, und zwar 3 vom Zentrum, 3 von der Sozialdemokratie, 2 von der Demokratischen Partei und eines von der Deutsch-Nationalen Volkspartei. Die Fraktionen haben sich geeinigt und bezeichnen als Mitglieder seitens des Zentrums Frau Siebert und die Herren Weißhaupt und Ziegelmaier-Oberkirch, seitens der Sozialdemokratie Frau Fischer-Karlsruhe und die Herren Müller-Schoppsheim und Kausch-Heidelberg, seitens der Demokratischen Partei die Herren Hrig und Massa, von seiten der Deutsch-Nationalen Partei Herrn Hertle.

Das Haus stimmt diesen Vorschlägen zu.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr.

Rednerverzeichnis umstehend.

Rednerverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge:	
Präsident Kopf	345
Begründung und Beantwortung der Interpellationen	
a) der Abgg. Weißhaupt u. Gen., die Erhaltung des nötigen Viehbestandes betr., sowie der Abgg. Müller-Schopfheim u. Gen., die Notlage in der Landwirtschaft betr. (Druckf. Nr. 8 und 8a),	
b) der Abgg. Vogel u. Gen., die Lebensmittelfürsorge, hier die Fleischversorgung der Städte Mannheim und Heidelberg betr. (Druckf. Nr. 9a):	
Abg. Dr. Gothein (D. Dem. P.)	345
" Schell (Zentr.)	350
" Hertle (D.-Natf. Sp.)	353, 382
" Belzer (Zentr.)	358
" Kieslich (Soz.)	360
" Martin (Zentr.)	362
Minister für Ernährungsweisen Trunt	364, 382
Abg. Bierneifel (Zentr.)	372
" Schöpfle (D.-Natf. Sp.)	374
" D. Holdermann (D. Dem. P.)	376
" Kemmele (Soz.)	378
" Ziegelmeier-Bruchsal (Zentr.)	380
" Weißhaupt (Zentr.)	384
" Vogel (D. Dem. P.)	388